



22 | **2014**

67. Jg., 47.–48. KW, 27. November 2014

ifo Schnelldienst

Zur Diskussion gestellt

Alfons Weichenrieder, Markus Kerber

- Private Investoren für öffentliche Projekte: Schattenhaushalt oder Notwendigkeit?

Kommentar

Bernd Rudolph

- Warum ABS schlechte Produkte sein können, aber nicht müssen

Daten und Prognosen

Eckart Bomsdorf und Jörg Winkelhausen

- Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland bis 2060: Der demographische Wandel bleibt ungebrochen – trotz höherer Zuwanderung

Gernot Nerb und Johanna Plenk

- ifo Weltwirtschaftsklima stark eingetrübt

Teresa Buchen

- ifo Sonderfrage: Löhne, Beschäftigung und Finanzierung

Christian Breuer

- Steuermindereinnahmen und ausgeglichener Bundeshaushalt: Zu den Ergebnissen der Steuerschätzung vom November 2014

ifo Institut

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

an der Universität München e.V.

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X (Druckversion)
ISSN 2199-4455 (elektronische Version)

Herausgeber: ifo Institut, Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifode.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hans-Werner Sinn, Annette Marquardt, Prof. Dr. Chang Woon Nam.

Vertrieb: ifo Institut.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut.

Druck: Majer & Finckh, Stockdorf.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Zur Diskussion gestellt

Private Investoren für öffentliche Projekte: Schattenhaushalt oder Notwendigkeit?

3

Führt eine private Finanzierung von Infrastrukturprojekten zu größerer Wirtschaftlichkeit, oder ist dies nur eine Umgehung der Schuldenbremse? Für *Alfons Weichenrieder*, Universität Frankfurt, liegt der Verdacht nahe – so ökonomisch sinnvoll im Einzelfall der Einsatz eines Public Private Partnerships (PPP) sein mag –, dass in vielen Fällen nicht die optimale Vertragsgestaltung, sondern die Umgehung von öffentlichen Verschuldungsgrenzen im Vordergrund steht. Bei der Wahl von PPP-Instrumenten sollte die Effizienz der Bereitstellung bei öffentlicher Infrastruktur und Dienstleistungen im Vordergrund stehen, nicht die Umgehung von Budgetregeln und die versteckte Lastverschiebung in die Zukunft. Mehr Transparenz könnte durch die Ergänzung der Kameralistik durch doppelte Buchführung und geeignete Rückstellungen für aus PPPs eingegangene Zukunftsverpflichtungen hergestellt werden. Ein anderes Instrument liege in der Anpassung von Budgetregeln. Die europäische Konvention, nach der die Maastricht-Relevanz von PPPs davon abhängt, ob das wirtschaftliche Risiko beim privaten Partner liege, sei wenig einleuchtend. Eine zukünftige Belastung des staatlichen Haushalts nur deshalb zu ignorieren, weil sie mit Sicherheit auf-trete, sei wenig überzeugend. Aber auch in der deutschen Schuldenbremse spreche vieles dafür, Rückstellungen für zukünftige Zahlungsverpflichtungen aus PPP-Verträgen auf das Kontrollkonto anzurechnen und ähnliche Regelungen in den Bundesländern zu treffen. Nach Ansicht von *Markus Kerber*, Bundesverband der Deutschen Industrie, ist der momentan einzig mögliche Weg, für Infrastrukturinvestitionen zeitnah auch institutionelles Kapital zu aktivieren, öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP). Sie ermöglichen es, seiner Meinung nach, aufgrund des Streckungseffekts der Verbindlichkeiten, mehr Investitionen anzustoßen, als im Rahmen konventioneller Projekte möglich wäre. Dabei handele sich nicht um eine Verlagerung von Schulden auf künftige Generationen. Ebenso gäbe es keine Anhaltspunkte, dass es sich bei ÖPP um Schattenhaushalte handele. ÖPP helfe dabei, die zwei Ziele der Bundesregierung miteinander zu verbinden: »Schwarze Null« und »Mehr Investitionen in die Infrastruktur«.

Kommentar

Warum ABS schlechte Produkte sein können, aber nicht müssen

9

Bernd Rudolph

Bernd Rudolph, Ludwig-Maximilians-Universität München und Steinbeis Hochschule Berlin, zeigt in seinem Kommentar, welche Vor- und Nachteile mit einer Nutzung der ABS-Märkte verbunden sind, wie sie gestaltet und wie sie reguliert sein müssen, damit die genannten Defizite und möglichen adversen Anreize vermieden werden und insbesondere damit ein Desaster wie beim Zusammenbruch der Subprime-Märkte im Sommer 2007 verhindert werden kann.

Daten und Prognosen

Der demographische Wandel bleibt ungebrochen – trotz höherer Zuwanderung

Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland bis 2060 auf der Basis des Zensus 2011

15

Eckart Bomsdorf und Jörg Winkelhausen

Eckart Bomsdorf und Jörg Winkelhausen, Universität zu Köln, verwenden in ihrer Studie die Ergebnisse des Zensus 2011 als Basis der Vorausberechnung der Bevölkerung in Deutschland bis 2060. Ihre Berechnungen zeigen, dass der zukünftige Bevölkerungsrückgang in Deutschland kaum abwendbar ist, selbst

wenn hohe positive Wanderungssalden unterstellt werden. Da die Fertilitätsrate seit längerer Zeit auf niedrigem Niveau verharrt und aktuell die potenzielle Müttergeneration bereits zu den geburtenschwachen Jahrgängen gehört, wird der Effekt des Rückgangs der Bevölkerung noch verstärkt. Lediglich die Wanderungen könnten den Bevölkerungsrückgang in größerem Maße, jedoch nicht in vollem Umfang, dämpfen. Die Bevölkerung wird, auch bei höheren Zuwanderungen, schrumpfen und vor allem altern.

ifo Weltwirtschaftsklima stark eingetrübt **Ergebnisse des 126. World Economic Survey (WES)** **für das vierte Quartal 2014**

35

Gernot Nerb und Johanna Plenk

Der ifo Indikator für die Weltwirtschaft ist im Vergleich zum Vorquartal von 105,0 auf 95,0 Punkte gefallen. Das ist der schlechteste Wert seit dem dritten Quartal 2013. Er liegt nun knapp unter seinem langfristigen Durchschnittswert von 95,5. Die Einschätzungen zur aktuellen Lage haben sich nur leicht verschlechtert, die Konjunkturerwartungen wurden allerdings stark nach unten korrigiert. Der weltwirtschaftliche Aufschwung erhält einen Dämpfer. Das ifo Wirtschaftsklima trübte sich in allen Regionen ein. In Europa und den GUS-Staaten war der Rückgang des ifo Klimaindex sehr ausgeprägt. Während der ifo Index für Europa nur leicht unter dem Durchschnitt liegt, bilden die GUS-Staaten gemeinsam mit Lateinamerika das Schlusslicht: In beiden Regionen ist das ifo Wirtschaftsklima so unterkühlt wie zuletzt vor fünf Jahren. Die ungelöste Krise in der Ukraine hinterließ Spuren in den Umfrageergebnissen. Sowohl in der Ukraine als auch in Russland haben sich beide Urteile zur aktuellen Lage und den Aussichten für die kommenden Monate verschlechtert.

Ergebnisse der ifo Sonderumfrage zu Löhnen, Beschäftigung **und Finanzierung**

48

Teresa Buchen

Im Juni 2014 führte das ifo Institut eine einmalige Sonderumfrage zu Löhnen, Beschäftigung und Finanzierung durch, an der mehr als 2 400 Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Dienstleistungssektor, dem Groß- und Einzelhandel sowie dem Baugewerbe teilnahmen. Die Befragung hatte zum Ziel, das wirtschaftliche Umfeld, insbesondere die Finanzierungsbedingungen, der deutschen Unternehmen nach der vergangenen Rezession zu erfassen, die Entwicklung der Arbeitskosten und die Bedeutung von Arbeitsmaßnahmen während und nach der Krise zu vergleichen, sowie Informationen zur Art der Lohnsetzung und der Häufigkeit von Lohnänderungen vor, während und nach der Krise zu erhalten. Der Beitrag fasst die Ergebnisse zusammen.

Steuermindereinnahmen und ausgeglichener Bundeshaushalt **Zu den Ergebnissen der Steuerschätzung vom November 2014**

52

Christian Breuer

Der Arbeitskreis »Steuerschätzungen« hat die Aufkommensprognosen für die Jahre ab 2015 deutlich gesenkt. Während die Schätzungen für das laufende Jahr kaum korrigiert wurden, wird bereits im Jahr 2015 mit Mindereinnahmen von insgesamt 6,4 Mrd. Euro gerechnet. Die reduzierten Erwartungen sind auf die ebenfalls schwächeren Konjunkturaussichten zurückzuführen. Sowohl die Gemeinschaftsdiagnose als auch die Bundesregierung haben die Wachstumsprognosen im Oktober für das laufende und kommende Jahr nach unten revidiert. Trotz der gesunkenen Steuerbasis hält die Bundesregierung am Ziel des ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2015 fest. Ob dieses Ziel erreicht wird, ist jedoch auch vom weiteren konjunkturellen Verlauf abhängig.

Führt eine private Finanzierung von Infrastrukturprojekten zu größerer Wirtschaftlichkeit, oder ist dies nur eine Umgehung der Schuldenbremse?

PPPs: Umgehung von Defizitregeln oder höhere Effizienz im Staatssektor?

Öffentliche Aufgaben und private Unternehmen

Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass viele öffentliche Aufgaben nicht von staatlichen Angestellten oder Beamten selbst erfüllt werden müssen. Der Staat kann und soll sich bei der überwältigenden Mehrheit seiner Aufgaben privater Unternehmen bedienen, die in staatlichem Auftrag Dienste und Güter produzieren, die im Wettbewerb stehen und die durch diesen Wettbewerb zu deutlich mehr Kosteneffizienz neigen als die öffentliche Verwaltung. Die Erstellung und Erhaltung der öffentlichen Infrastruktur ist hier keine Ausnahme.

Unterschiedliche Arten der Auftragsvergabe

Eine klassische Art der Auftragsvergabe besteht darin, öffentliche Infrastruktur in Auftrag zu geben und den späteren Betrieb entweder unter der Regie der öffentlichen Verwaltung zu organisieren oder den Betrieb einer weiteren privaten Unternehmung zu übertragen. Demgegenüber beschreibt der Begriff Public Private Partnerships (PPP) üblicherweise vertragliche Konstrukte, bei der nicht nur der Bau einer Infrastruktureinrichtung von einer privaten Unternehmung übernommen wird, sondern auch deren späterer Betrieb und deren Finanzierung von der gleichen privaten Unternehmung abgewickelt werden. Diese Bereitstellung aus einer Hand hat Vor- und Nachteile, die es im Einzelfall abzuwägen gilt.

Ein möglicher Vorteil der Konstruktion resultiert daraus, dass das private Unternehmen, das versucht ist, in der Bauphase Kosten zu sparen, die späteren Nachteile unter Umständen in den höheren Kosten des Betriebs selbst zu spüren be-

kommt. Die Anreize der privaten Unternehmung, in der Bauphase zu pfuschen, billige Qualitäten zu verbauen und opportunistisch zu handeln, nimmt tendenziell ab. Demgegenüber verliert die Bündelung von Bau und Betrieb stark an Charme, wenn die Qualität der Betreiberleistung schwer zu kontrollieren oder gerichtsfest zu dokumentieren ist (vgl. Hart 2003). Die Einschränkung des Wettbewerbs in der Betriebsphase mit Bindungsdauern von bis zu 30 Jahren kann hier zu erheblichen Problemen führen. Die Baukontrolle eines Mensagebäudes kann beispielsweise einfacher sein als bei fehlendem Wettbewerb die Qualitätssicherung des Menssaessens in den folgenden 30 Jahren.¹

Ein weiterer Vorteil von PPP-Konstruktionen kann in bürokratischen Vergabeordnungen begründet liegen. Bei PPPs spart sich die öffentliche Verwaltung die Ausschreibung der einzelnen Gewerke und kann sich auf die Ausschreibung eines Gesamtauftrags konzentrieren. Doch auch hier ist nicht gesichert, dass ein Nettovorteil verbleiben muss. Die Vergabe des Gesamtauftrags kann hohe Anforderungen an die Kompetenz der Unternehmen beinhalten, die ja nun nicht mehr nur die Abwicklung der Infrastrukturerstellung, sondern auch deren Betrieb erbringen muss.² Dies dürfte den Bieterkreis in der öffentlichen Ausschreibung begrenzen und kann die Bieterrente zu Lasten der öffentlichen Hand erhöhen. Verträge mit Generalunternehmern sind zudem nicht auf PPPs beschränkt. Schließlich entlässt eine PPP-Konstruktion den Staat



Alfons Weichenrieder*

* Prof. Dr. Alfons Weichenrieder, Goethe-Universität Frankfurt, SAFE, Vienna University of Economics and Business, und CESifo.

¹ PPPs können zu den unterschiedlichsten Arten von Anreizproblemen führen. Einen Extremfall bildete in Massachusetts ein privat betriebenes Jugendgefängnis, das einen Richter bestach, Jugendliche für kleinste Vergehen zu monatelangen Arreststrafen zu verurteilen, um das unterbelegte Jugendgefängnis auszulasten (vgl. *The Guardian*, Samstag, 7. März 2009).

² Darüber hinaus kann auch die notwendige Finanzstärke dazu führen, dass Projekte nicht als PPPs durchgeführt werden können bzw. nur wenige Bieter auftreten (vgl. De Bettignies und Ross 2009).

keineswegs aus dem Vertragsmanagement, da sich die Definition der Leistungserbringung vom baulichen Bereich tendenziell in die Kontrolle der Qualität der späteren Dienstleistung verschiebt.

Lastverschiebung in die Zukunft

So ökonomisch sinnvoll im Einzelfall der Einsatz eines PPP sein mag, so nahe liegt der Verdacht, dass in vielen Fällen nicht die optimale Vertragsgestaltung, sondern die Umgehung von öffentlichen Verschuldungsgrenzen im Vordergrund steht. Die Finanzindustrie wirbt dann auch mitunter damit, dass es über PPPs möglich wird, große Infrastrukturprojekte trotz schwieriger Finanzlage zu verwirklichen (vgl. Bencard 2004).

Man muss kein Prophet sein, um vorherzusehen, dass mit der Einführung der Schuldenbremse in den Bundesländern ab 2020 die Häufigkeit von PPPs weiter zunehmen wird. Im Vergleich zur Steuerfinanzierung beinhalten PPPs eine ganz ähnliche Lastverschiebung in die Zukunft wie die Aufnahme von öffentlichen Schulden. Weil im Fall von PPPs die private Verschuldung in der Regel über Jahrzehnte laufende staatliche Zahlungen an das PPP-Unternehmen refinanziert wird, ergibt sich höchstens ein gradueller Unterschied.

Verschuldungsregeln und PPPs

Anders als bei der direkten öffentlichen Verschuldung unterliegt die verdeckte Verschuldung über PPPs nicht den Beschränkungen der deutschen Schuldenbremse und kann weiterhin der Politik als Schlupfloch dienen. Auch nach den europäischen Maastricht-Regeln kann die indirekte Verschuldung über PPPs trotz Verschuldungsregeln Gestaltungsspielräume eröffnen. Solange das wirtschaftliche Risiko des Projekts beim privaten PPP-Betreiber liegt, werden eingegangene Zukunftslasten nicht Maastricht-relevant. Im Zweifel kann sich für die Politik daher sogar eine Vertragsgestaltung als vorteilhaft erweisen, die das Risiko auf den Unternehmer verlagert, obwohl das Risiko besser vom Steuerzahler getragen werden kann.

Wenn man die Verschuldungsregeln grundsätzlich als sinnvoll anerkennt, müssen bei PPPs aus den oben genannten Gründen die Warnglocken schrillen, weil sie die Umgehung von Defizit und Schuldengrenzen ermöglichen.

Nun kann man durchaus auch Einwände gegen die deutschen und europäischen Verschuldungsregeln vorbringen. Im Gegensatz zur Formulierung der Schuldenbegrenzung des Bundes vor 2008 erlaubt die deutsche Schuldengrenze keine Lockerung der Schuldenrestriktion bei Investitionen. Insoweit als Investitionen zukünftige Vorteile bieten, erscheint nach der »goldenen Regel« des öffentlichen Budgets

eine zusätzliche Verschuldung als gerechtfertigt, um den zukünftigen Nutzern der öffentlichen Investition auch einen Teil der Lasten zu übertragen.³ Dies kann nicht nur aus Verteilungssicht, sondern auch aus Effizienz­sicht sinnvoll sein (vgl. Weichenrieder 2009). Mit PPPs kann eine solche Lastverschiebung erreicht werden. Der Nachteil, dass PPPs helfen, Schuldenregeln zu umgehen, könnte sich bei Fehlern in den Schuldenregeln zu einem Vorteil wandeln. Eine wichtige Frage ist also, inwieweit das Fehlen der goldenen Regel einen Fehler in den deutschen und europäischen Schuldenregeln darstellt. Zumindest auf der europäischen Ebene scheint ein empirischer Zusammenhang zwischen Verschuldungsregeln und geringen staatlichen Investitionen empirisch schwach zu sein (vgl. z.B. Heinemann 2006). Auf deutscher Gemeindeebene ist durch die Aufteilung in den Vermögens- und Verwaltungshaushalt die goldene Regel ohnehin reflektiert. Und schließlich sei darauf hingewiesen, dass nicht jede durch PPPs initiierte Investition eine Nettoinvestition ist. Da durch PPPs auch Ersatzinvestitionen getätigt werden können, eine richtig verstandene goldene Regel indes auf die Nettoinvestitionen abstellen müsste, würde die goldene Regel nur sehr unzulänglich implementiert. Zudem: Selbst wenn man zu der Auffassung gelangte, dass die Verschuldungsregeln die Investitionstätigkeit des Staates in ineffizienter Weise einengten, hat die Aushöhlung der Verschuldungsregeln durch PPPs den Nachteil, dass aus der Sicht der Politik die Wahl zwischen klassischen Instrumenten der Infrastrukturbereitstellung und PPPs verzerrt wird.

Lösungsmöglichkeiten

Bei der Wahl von PPP-Instrumenten sollte die Effizienz der Bereitstellung bei öffentlicher Infrastruktur und Dienstleistungen im Vordergrund stehen, nicht die Umgehung von Budgetregeln und die versteckte Lastverschiebung in die Zukunft. Mehr Transparenz könnte zum einen durch die Ergänzung der Kameralistik durch doppelte Buchführung und geeignete Rückstellungen für aus PPPs eingegangene Zukunftsverpflichtungen hergestellt werden. Einzelne Bundesländer tun dies bereits, wenngleich die mediale Aufmerksamkeit für die Details der entsprechenden Zahlenwerke vergleichsweise gering erscheint.

Ein anderes Instrument liegt in der Anpassung von Budgetregeln. Die europäische Konvention, nach der die Maastricht-Relevanz von PPPs davon abhängt, ob das wirtschaftliche Risiko beim privaten Partner liegt, ist wenig einleuchtend. Eine zukünftige Belastung des staatlichen Haushalts nur deshalb zu ignorieren, weil sie mit Sicherheit auftritt, erscheint – gelinde gesagt – wenig überzeugend. Aber auch in der deutschen Schuldenbremse spricht vieles dafür, Rückstellungen für zukünftige Zahlungsverpflichtungen aus

³ Für ein entsprechendes Votum vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2007).

PPP-Verträgen auf das Kontrollkonto anzurechnen und ähnliche Regelungen in den Bundesländern zu treffen. PPPs sollten dann vereinbart werden, wenn sie die Gesamtkosten reduzieren und nicht deshalb, weil sie Belastungen bequem und geräuschlos in die Zukunft verschieben.

Literatur

Bencard, T.J. (2004), »Rettung für klamme Kommunen – Public-Private-Partnership: Gemeinsam günstiger bauen«, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21. April, B10, Leasingbeilage.

De Bettignies, J.E. und T. Ross (2009), »Public Private Partnerships and the Privatization of Financing: An Incomplete Contracts Approach«, *International Journal of Industrial Organization*, 27, 358–368.

Hart, O. (2003), »Incomplete Contracts and Public Ownership: Remarks, and an Application to Public-Private Partnerships«, *Economic Journal* 113, 69–76.

Heinemann, F. (2006), »Factor Mobility, Government Debt and the Decline in Public Investment«, *International Economics and Economic Policy* 3, 11–26.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2007), *Staatsverschuldung wirksam begrenzen*, Expertise im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Wiesbaden.

Weichenrieder A.J. (2009), »A Note on Local Public Investment and Debt Limitation in a Federation«, *Finnish Economic Papers* 22, 3–8.



Markus Kerber*

Private Investoren für öffentliche Projekte: Schattenhaushalte oder Notwendigkeit?

Die deutsche Volkswirtschaft hat im letzten Jahrzehnt zwar deutliche Erfolge auf dem Arbeitsmarkt verzeichnet, aber beim wirtschaftlichen Wachstum ein eher mäßiges Bild abgegeben. Die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung ist somit nicht so rasch vorangekommen, wie dies von den Bürgern in allen westlichen Industrieländern üblicherweise erwartet wird. Natürlich spielte die Finanz- und Wirtschaftskrise eine große Rolle, und inzwischen haben auch fast alle großen Schwellenländer Schwierigkeiten, die Dynamik ihrer wirtschaftlichen Entwicklung aufrechtzuhalten. Dies lenkt den Blick wieder stärker auf die Frage, was denn Deutschland selbst tun kann, um die Wachstumskräfte zu stärken. Dabei fällt in diesen Monaten der Blick nicht, wie sonst üblich, vorrangig auf den privaten Verbrauch und die Binnennachfrage. Der private Verbrauch und die Staatsausgaben erweisen sich derzeit vielmehr als die stabilisierenden Faktoren in einer konjunkturellen Schwächephase. Vom Außenbeitrag ist angesichts der enttäuschenden Entwicklung in vielen Euro-Mitgliedsländern und der Wachstumsdelle in etlichen Schwellenländern auch wenig zu erwarten.

Große Chancen liegen dagegen in der Stärkung der Investitionstätigkeit in Deutschland. Die deutsche Volkswirtschaft benötigt auf vielen Feldern einen wahren Modernisierungsschub, um auch weiterhin im internationalen Wettbewerb mithalten und im Inland Wachstum und Arbeitsplätze schaffen zu können. Es ist wichtig, dass Bund, Länder und Gemeinden trotz ihres Konsolidierungspfades einen höheren Anteil der Wirtschaftsleistung für die Infrastruktur, insbesondere für den Erhalt von Brücken und Verkehrswegen, und für Bildung ausgeben müssen. Dabei muss der investive Anteil an den Staatsausgaben nicht nur konjunkturbedingt, sondern aus strukturellen Gründen substanziell und dauerhaft erhöht werden. Wichtig ist zugleich, dass die privaten

* Dr. Markus Kerber ist Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Industrie – BDI, Berlin.

Nettoinvestitionen in den materiellen und immateriellen Kapitalstock der Volkswirtschaft von ihrer abnehmenden Tendenz der letzten Jahre wieder auf ein nachhaltig höheres Niveau angehoben werden. Es liegen mittlerweile viele Untersuchungen zu den diversen Komponenten des Investitionsgeschehens vor, so dass wir ein klares Bild von den Stärken und Schwächen in Deutschland haben.

Die Investitionsschwäche betrifft auch die Bautätigkeit, die zwar seit 15 Jahren keine schädlichen Übertreibungen wie in den südlichen Krisenländern Europas aufzuweisen hat, aber angesichts der Angebotsengpässe in vielen Segmenten wieder Schwung nehmen sollte. Es betrifft jedoch vor allem die breite Palette von privaten Investitionen in die Energieversorgung der Zukunft, in die digitale Wertschöpfung der Industrie sowie des Dienstleistungssektors und in die Infrastruktur, vor allem die Netze für Telekommunikation und das Verkehrsnetz. In all diesen Bereichen ist in den letzten Jahren zwar investiert worden, aber der Bedarf ist weiterhin sehr hoch. Nun gibt es in jedem dieser Felder ganz unterschiedliche Hürden für eine stärkere Investitionstätigkeit privater Unternehmen. Dies fängt an mit den rechtlichen Rahmenbedingungen für digitale Wertschöpfung und endet bei der Frage, wie man privates Kapital für Infrastrukturprojekte nutzen kann. Glücklicherweise sind all diese Probleme in der Regel weder anfällig für grundsätzliche Streitigkeiten von Bund und Ländern oder von politischen Parteien, sondern Sachfragen, denen man sich im Austausch von Regierungen und der Wirtschaft mit intelligenten Lösungsansätzen widmen kann. Ein Beispiel stellen die privaten Investitionen in öffentliche Projekte dar, die in anderen Ländern viel häufiger und erfolgreicher genutzt werden als in Deutschland.

Mehr Investitionen in die Verkehrswege dringend nötig

Die öffentliche Debatte darüber hat in den letzten Monaten zu Recht deutlich an Fahrt gewonnen und muss gezielt weitergeführt werden. Denn gerade in Fragen der Verkehrsinfrastruktur stehen wir in Deutschland vor enormen Herausforderungen. Dass Deutschland verhältnismäßig gut aus der Krise gekommen ist, hat in allererster Linie damit zu tun, dass es in Deutschland erfolgreiche Unternehmen gibt, die mit qualifizierten Mitarbeitern wettbewerbsfähige Waren produzieren. Aber dieser Erfolg hat Voraussetzungen. Eine der wichtigsten ist eine moderne Verkehrsinfrastruktur. Sie bildet das Rückgrat für Produktion, Logistik und arbeitsteiliges Wirtschaften. Starke Unternehmen brauchen eine starke Infrastruktur.

Wenn diese Basis weiter bröckelt, bekommt unser Land zunehmend ein Problem. Und genau das ist heute schon in Teilen der Fall. Der zunehmende Verfall der Verkehrsinfrastruktur gefährdet Wettbewerbsposition, Arbeitsplätze und

Wohlstand unseres Landes. Seit vielen Jahren investiert Deutschland deutlich zu wenig in die Verkehrswege. Es bleibt primär die Aufgabe des Staates, angemessen in die Zukunft des Standorts im Sinne der öffentlichen Daseinsfürsorge zu investieren. Wer Investitionen in die Grundlagen künftigen Wohlstands vernachlässigt, handelt fahrlässig. Die von der Verkehrsministerkonferenz der Länder unter Beteiligung des Bundes eingesetzte Daehre-Kommission kommt zu dem Ergebnis, dass Deutschland jedes Jahr mindestens 7,2 Mrd. Euro zusätzlich allein in die Erhaltung von Straßen, Schienen und Wasserwegen investieren muss, um den Wirtschaftsstandort nicht zu gefährden. Es gibt kein Erkenntnisproblem. Was fehlt ist die politische Umsetzung.

Öffentlich-private Partnerschaften als Teil der Lösung

Investitionen in die öffentliche Infrastruktur sind bereits in dieser Legislaturperiode notwendig. Zugleich gibt es einen Anlagedruck institutioneller Anleger, die aufgrund der Niedrigzinsphase dringend nach neuen Anlagemöglichkeiten suchen, um ihre Garantieverprechen einhalten zu können.

Der momentan einzig mögliche Weg, um für Infrastrukturinvestitionen zeitnah auch institutionelles Kapital zu aktivieren, sind öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP). Die Erfahrungen mit ÖPP im Bereich der Bundesfernstraßen haben gezeigt, dass ÖPP zu wesentlich mehr Termin- und Kostensicherheit sowie zu einer höheren Qualität führen. Mit dem ÖPP-Projekt auf der A7 zwischen Bordesholm und Hamburg ist es erstmals in Deutschland gelungen, institutionelle Anleger im Rahmen einer Bond-Finanzierung direkt in ein Bundesfernstraßenprojekt einzubinden.

ÖPP ermöglicht es aufgrund des Streckungseffektes der Verbindlichkeiten, mehr Investitionen anzustoßen, als im Rahmen konventioneller Projekte möglich wäre. Es handelt sich hierbei übrigens – ausgeprägten Missverständnissen zum Trotz – nicht um eine Verlagerung von Schulden auf künftige Generationen. Denn ÖPP-Zahlungsverpflichtungen stehen künftige Mauteinnahmen gegenüber, und jede Generation zahlt für den Teil der Infrastruktur, den sie verbraucht bzw. deren Nutzen ihr zufällt. Dies ist aus volkswirtschaftlicher Sicht vernünftig. Und die ÖPP-Zahlungsverpflichtungen stehen transparent im Haushalt.

Kontrovers diskutiert wird auch die Frage, ob es sich bei ÖPP um Schattenhaushalte handelt. Hierzu gibt es keinerlei Anhaltspunkte.

Tatsächliche Schattenhaushalte werden geschaffen, wenn die öffentliche Hand trotz der fehlenden finanziellen Mittel, Rekommunalisierungsvorhaben über Landesbeteiligungen vorantreibt. Dies ist der Fall, wenn die öffentliche Hand bei-

spielsweise den Kauf von Energieinfrastruktur oder von Unternehmen der öffentlichen Daseinsfürsorger über einen Landesbetrieb abwickelt.

Der Landesbetrieb finanziert den Erwerb über einen Kredit. Der Erwerb ist nicht direkt haushaltswirksam. Allerdings steigt die mittelbare Verschuldung, denn es entsteht eine Art Schattenhaushalt. Das alleinige Haftungsrisiko verbleibt über die Gewährträgerhaftung bei der öffentlichen Hand als Eigentümer und letztlich beim Steuerzahler.

Nachhaltig wirkende Schattenhaushalte finden sich aber auch über die Sondervermögen im Haushalt des Bundes.

Weder das Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) noch die Bundeshaushaltsordnung (BHO) enthalten eine exakte Definition, was Sondervermögen oder Nebenhaushalte sind. So heißt es dort sinngemäß, dass Sondervermögen des Bundes vom Zentralhaushalt mit eigener Finanzhoheit ausgestattete Institutionen sind, die besondere finanzpolitische Aufgaben im Auftrag und unter der Kontrolle des Staates – aber nicht des Parlaments, wie sonst üblich – übernehmen.

Zu den Nebenhaushalten des Bundes zählen das Sondervermögen Aufbauhilfe, der Finanzmarktstabilisierungsfonds oder auch die Abwicklungsanstalt der Hypo Real Estate.

Die Gelder stammen aus Steuern und Gebühren. Weil die Ausgaben aus den laufenden Einnahmen gestemmt werden, weist dieser Schattenhaushalt kein Defizit aus. Sondervermögen werden buchhalterisch von den Bundesschulden getrennt. Diese Schulden tauchen nicht in der Neuverschuldung auf, die für die Schuldenbremse relevant ist. Erst wenn die Fonds wieder geschlossen werden, müssen die Defizite in den Bundeshaushalt übernommen werden.

Seit 2011 darf die Bundesregierung kein Sondervermögen mehr bedienen, um die Ziele der Schuldenbremse nicht zu konterkarieren. Die bis dahin eingeführten Schattenhaushalte werden aber auch über das Jahr 2011 hinaus weitergeführt. Haftung, Zinsen und Tilgung bleiben beim Bund.

Diese Beispiele dürften verdeutlichen, was finanzpolitisch tatsächlich als Schattenhaushalt bezeichnet werden kann.

Richtig ist, dass entsprechende Mittel über die gesamte ÖPP-Vertragslaufzeit im Haushalt festgeschrieben werden müssen. Allerdings übersteigt der Nutzen der Infrastrukturinvestitionen im Rahmen von ÖPP den vermeintlichen Flexibilitätsverlust im Haushalt – momentan rund 5% der Investitionslinie Bundesfernstraße. Zudem ist eine Entscheidung, ob konventionell umgesetzt oder durch ÖPP, immer mit Verbindlichkeiten verbunden, zumindest für den Erhalt und Betrieb.

ÖPP-Projekte haben sogar einen eingebauten Entschuldungsmechanismus. Denn die vom Bund gezahlten ÖPP-Entgelte enthalten stets einen Bestandteil für den Schuldendienst (Zins und Tilgung). Mit dem Ergebnis, dass die entsprechende ÖPP-Maßnahme am Ende der Vertragslaufzeit abbezahlt ist.

Kurzum: ÖPP hilft dabei, die zwei Ziele der Bundesregierung miteinander zu verbinden: »Schwarze Null« und »Mehr Investitionen in die Infrastruktur«. ÖPP sind kein Allheilmittel. Aber sie können einen wichtigen Beitrag leisten. Erst recht, wenn der Ordnungsrahmen für ÖPP verbessert wird.

ÖPP brauchen bessere Rahmenbedingungen

Positive Ergebnisse von ÖPP sind seit einiger Zeit aber nicht nur im Tief-, sondern auch im Hochbau belegbar, wie bei der Errichtung und dem Betrieb von Justizvollzugsanstalten. Dennoch bleibt erhebliches Potenzial, das es zu heben gilt. Im Fokus steht dabei zum einen die Ausweitung auf die Betätigungsfelder Gesundheit, Bildung sowie Informations- und Telekommunikationstechnik. Zum anderen kommt es auf eine Optimierung bereits bestehender ÖPP-Modelle an. Dazu sollten diese – für konkrete Vorhaben angepasst – weiterentwickelt werden. Je besser dies gelingt, desto leichter lassen sich passgenau private Investoren finden.

ÖPP sollten immer dann vorgesehen werden, wenn deren Vorteile in Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nachweisbar sind. Im Einzelfall muss also geprüft werden, ob eine ÖPP zu einem messbaren und nachhaltigen Mehrwert führt. Gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen vollständig öffentlich verwalteten Projekten und ÖPP-Projekten sind Voraussetzungen für einen fairen Vergleich. Es muss für einzelne Projekte ergebnisoffen bewertet werden, ob ÖPP sinnvoll ist.

Die Diskriminierung privater Unternehmen sollte aufgelöst werden, damit ein wettbewerbsgerechtes Mit- und Nebeneinander öffentlicher und privater Unternehmen stattfinden kann. Dafür gehören das Steuer- und Vergaberecht in den Blick, etwa Zusatzbedingungen bei Ausschreibungen. Beispielsweise sollten die Ausschreibungs- und Vergabeverfahren weiter standardisiert werden.

Wichtig für private Investoren ist zudem die Entwicklung von austarierten, die Interessen beider Vertragspartner berücksichtigenden Regelungen. Diese sollten insbesondere eine faire Verteilung der möglichen projektspezifischen Risiken berücksichtigen und Möglichkeiten einer späteren Vertragsanpassung enthalten. Wünschenswert ist darüber hinaus eine stärkere finanzielle Förderung von ÖPP, beispielsweise durch besondere Kredite oder Bürgschaften. Nicht zuletzt müssen Dialog, Transparenz und Kommunikation der Part-

ner – soweit möglich und zulässig – während des gesamten Prozesses gewährleistet werden.

Leider wird die Debatte über ÖPP nicht immer anhand von Fakten geführt. So wird von ÖPP-Gegnern immer wieder davor gewarnt, der private Partner könne während der Vertragslaufzeit Instandhaltungskosten sparen, welche zu einem Werteverzehr führen, der nach Ende des Vertrages vom öffentlichen Partner übernommen werden müsse. Grundsätzlich gehen Kritiker dabei von einer rechtlichen Übervorteilung des öffentlichen Partners seitens des privaten Partners aus.

Das klingt dramatisch, hat aber mit der Realität nichts zu tun. Denn ÖPP-Maßnahmen sind nicht nur am Ende der Vertragslaufzeit abbezahlt, sie werden auch in einem vertraglich vorher bestimmten Zustand an die öffentliche Hand zurückgegeben.

Möglichen ÖPP stehen auch steuerliche Diskriminierungen im Wege. Wenn private Partner Dienstleistungen einbringen, also z.B. staatliche Gebäude warten oder planen, müssen sie hierfür Mehrwertsteuer berechnen. Dies ist ein entscheidender Nachteil gegenüber der öffentlichen Hand, die von dieser Abgabe befreit ist.

ÖPP sollten nicht kategorisch abgelehnt werden. Die Umsetzung konkreter Projekte kann gelingen, wenn ÖPP als Chance begriffen und hemmende Faktoren für private Investitionen beseitigt werden. Gerade bei den notwendigen Infrastrukturinvestitionen mit Vertragslaufzeiten von 20 bis 30 Jahren können ÖPP einen Fortschritt darstellen. Dabei übernehmen die Firmen Verantwortung und Risiko, haben aber auch Spielraum, nach eigenen Vorstellungen zu arbeiten und das Vorhaben zu finanzieren. Weil private Bauunternehmen in der Regel mehr Erfahrung haben als Behörden, können sie Projekte schneller und günstiger verwirklichen.

Ganz klar: ÖPP können die dringend erforderlichen höhere staatliche Investitionen nicht ersetzen. Aber: Das Potenzial von ÖPP besser zu nutzen, ist volkswirtschaftlich sinnvoll. Denn ÖPP bilden einen wichtigen Baustein für mehr Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

Die Ankündigung der EZB, Asset Backed Securities (ABS) nicht nur als Beleihungsgrundlage für Kredite an die Banken zu akzeptieren, sondern zur Ankurbelung der Wirtschaft sogar anzukaufen, hat zu kritischen Äußerungen in der Öffentlichkeit geführt. Journalisten warnen vor der Rückkehr der toxischen Produkte, die die Finanzkrise ausgelöst haben, und sind besorgt, weil über die Verbriefungstechnik die Haftung der Banken als Originatoren der Kredite verwässert oder sogar außer Kraft gesetzt werden könnte. Juristen bezweifeln die Legalität der angekündigten Maßnahmen, Ökonomen je nach Ausgestaltung des Ankaufprogramms dessen positiven Einfluss auf die Realwirtschaft. Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute stellt in ihrer Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2014 fest, dass zur Einschätzung der Wirkung des Ankaufprogramms für Kreditverbriefungen die Erfahrungswerte fehlen. Die Projektgruppe weist aber auf problematische Anreize der Ankündigung der EZB hin, auch riskantere Wertpapier-Tranchen anzukaufen: »Eine Altlastenbereinigung der Bankbilanzen durch die Geldpolitik konterkariert die Bestrebungen im Zusammenhang mit der Bildung einer Bankenunion, dass Eigentümer und Gläubiger im Krisenfall Verluste tragen sollen. Das Signal, dass die EZB notfalls auch die Kreditrisiken von Banken übernimmt, dürfte auf lange Sicht den Anreiz der Banken zu noch riskanteren Finanzgeschäften (den sog. Moral Hazard) verstärken und somit dem Ziel eines stabileren Finanzsystems entgegenwirken.« (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2014, S. 45).

Alle Einschätzungen sind zunächst einmal nachvollziehbar und nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Aus Finanzmarktsicht stellt sich allerdings die grundsätzlichere Frage, welche Vor- und Nachteile mit einer Nutzung der ABS-Märkte verbunden sind, wie sie gestaltet und reguliert sein müssen, damit die genannten Defizite und möglichen adversen Anreize vermieden werden und insbesondere damit ein Desaster wie beim Zusammenbruch der Subprime-Märkte im Sommer 2007 verhindert werden kann. Schließlich stellt sich die Frage, ob die Aktivitäten der EZB geeignet sind, zur möglicherweise wünschenswerten Belebung und soliden Ausgestaltung der Verbriefungsmärkte beizutragen.

ABS-Bonds und ABCP-Programme

Kreditverbriefungen sind Instrumente zur Refinanzierung von Unternehmensforderungen über die Emission von ABS. In Deutschland nehmen diese Instrumente in der Realwirtschaft insbesondere Industrieunternehmen, große Mittelständler und Leasinggesellschaften zur Refinanzierung ihrer Kundenforderungen in Anspruch. Wie bei einem Verkauf ihrer Handelsforderungen an eine Factoring-Gesellschaft vermeiden die Unternehmen mit dieser Transaktion die zusätzliche Aufnahme von Krediten und entlasten sich von den Ausfallrisiken ihrer Forderungen. Factoring-Gesellschaften ebenso wie die Käufer der ABS tragen das Ausfallrisiko eines definierten Kreditportfolios und nicht, wie bei Industrieanleihen, das Ausfallrisiko des emittierenden Unternehmens. Die ABS sind auf das Vermögen einer Zweckgesellschaft gerich-

tet, das im Wesentlichen aus dem übertragenen Kreditportfolio besteht und mehr oder weniger breit gestreute Kreditrisiken enthält.

Verkäufer von Forderungen an eine Zweckgesellschaft können nicht nur die Unternehmen der Realwirtschaft, sondern auch die Banken selbst sein, wenn sie, soweit zulässig, bestimmte Kreditforderungen zu einem Pool bündeln und auf eine Zweckgesellschaft »True Sale« übertragen. Das »Special Purpose Vehicle« refinanziert sich dann über die Emission von ABS und leitet den Emissionserlös an die Bank weiter. Mit einer solchen Verbriefungstransaktion wird ein Portfolio von Buchkrediten in ein kapitalmarktfähig-



Bernd Rudolph*

* Prof. Dr. Bernd Rudolph, Ludwig-Maximilians-Universität München und Steinbeis Hochschule Berlin. Der Verfasser bedankt sich für hilfreiche Hinweise insbesondere bei Alexander von Dobschütz, Bayerische Landesbank München, und RA Sarah Zech, Peters, Schönberger & Partner, München.

ges Produkt umgestaltet. In der Regel verbleibt dabei die Kreditakte selbst bei der auslagernden Bank als Servicer, so dass die Kreditsachbearbeiter nicht einmal wissen, dass von ihnen betreute Kredite für die Bank gar kein Risiko oder nur mehr ein Restrisiko darstellen. Im Hinblick auf die Auswahl und Zusammensetzung des Portfolios gilt darüber hinaus die von der Bundesanstalt für Finanzmarktaufsicht (BaFin) zur Vermeidung von Reichtumsverschiebungen erhobene Forderung, dass die verbrieften Forderungen »einen repräsentativen Durchschnitt des entsprechenden Segments in der Bilanz darstellen müssen.«¹

Hinsichtlich der Fristigkeit der ABS-Finanzierungen unterscheidet man ABS-Bonds bzw. Verbriefungsanleihen, die für langlaufende Kredit- und Leasingforderungen der Banken und Absatzfinanzierungsgesellschaften genutzt werden, von den sog. ABCP-Programmen (Asset Backed Commercial Paper), die für kurzlaufende Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und für kleinere Leasingportfolios strukturiert werden. Forderungsverkäufer sind in diesem Fall Unternehmen der Realwirtschaft und nicht die Banken, wobei sich für die Transaktion mehrere Unternehmen als Forderungsverkäufer zusammenschließen können. Die Refinanzierung der von der Zweckgesellschaft angekauften kurzfristigen Kundenforderungen erfolgt bei einer ABCP-Struktur mehr oder weniger fristenkongruent, wobei der Ankauf im Rahmen einer stillen Zession erfolgt und die verkaufenden Unternehmen einen am Risikogehalt orientierten Selbstbehalt übernehmen (vgl. True Sale International 2014, S. 8–9). Ergänzend stellen die Banken für die Programme längerfristige Liquiditätszusagen von drei bis sieben Jahren bereit, die den Käufern die Rückzahlung der ABCP bei Fälligkeit absichern. Bei Supported-Programmen verbleiben die Ausfallrisiken aus dem Forderungsportfolio und das Liquiditätsrisiko der Commercial Paper bei den Banken, die dafür aber kein Funding aufbringen müssen.

ABS-Bonds der Banken werden im Gegensatz zu den ABCP typischerweise in mehreren Tranchen mit unterschiedlicher Seniorität nach dem Wasserfallprinzip emittiert. Die ersten Verluste eines Pools werden der Erstverlust-Tranche (First Loss Piece) zugeordnet, die damit für die nachfolgenden Tranchen eine Kreditverstärkung (Credit Enhancement) darstellt. Erst wenn die Erstverlust-Tranche verbraucht ist, schlagen Verluste auf die Mezzanine- und schließlich auf die Senior-Tranche durch. Die Tranchen werden einem separaten Rating unterzogen und sprechen Investoren mit unterschiedlicher Risikoneigung an (vgl. Pytlík,

Schmidtchen und Taistra 2011, S. 158). Das Asset-Backed-Securities-Purchase-Programm (ABSPP) der Europäischen Zentralbank bezieht sich nur auf solche ABS-Bonds und dort nur auf Senior-Tranchen und garantierte Mezzanine-Tranchen.²

Risikoeinschätzung von Asset Backed Securities

Es wird gelegentlich darauf hingewiesen, dass eine Auslagerung von Risiken in gesonderte Kreditpools dazu führt, dass die Investoren der ABS leicht hinters Licht geführt werden können, weil in die Pools überdurchschnittlich risikoreiche Kredite eingelagert werden können. Die Inhaber der ABS hätten dabei eine schlechtere Position als in dem Fall, in dem sie über eine Forderung (Covered Bonds) gegenüber der Bank verfügen, die durch einen gleichartigen Asset-Pool besichert ist. Im letzteren Fall haften nicht nur die in den Pool eingebrachten Assets für die Forderung, sondern in erster Linie das gesamte Vermögen der Bank. Darüber hinaus haben die Inhaber der Covered Bonds im Fall der Insolvenz der emittierenden Bank einen Anspruch auf Vorabverwertung der Assets im Pool. Die Emission von Covered Bonds dient allerdings der Bank nur als Funding-Maßnahme, während die Auslagerung und der Verkauf von ABS dem Funding und einem Risikotransfer auf die Käufer der ABS dient. Die Emission von Covered Bonds ändert bei der Bank nicht den Betrag der für die Eigenkapitalunterlegung anzurechnenden »Risk Weighted Assets«, der durch eine Emission von ABS unter geeigneten Bedingungen abgebaut werden kann.³

Der Hinweis auf die spezifische Risikoübernahme durch die ABS-Investoren darf nicht dahingehend missverstanden werden, dass die Position der Gläubiger der beschriebenen Zweckgesellschaft unbedingt schlechter ist als die der Bankgläubiger. Die Ereignisse seit Ausbruch der Finanzkrise haben immer wieder gezeigt, dass in Banken enorm hohe Risiken schlagend werden können, die nichts mit den Risiken im Kreditgeschäft zu tun haben: Verluste aus Tochtergesellschaften, Risiken aus steuerlichen Straftatbeständen, Rechtsrisiken aus dem Fehlverhalten von Mitarbeitern bei der Bestimmung von Marktzinssätzen oder Risiken aus einem nicht mehr tragfähigen Geschäftsmodell der Bank. Mit all diesen Risiken hat der Inhaber eines ABS-Papiers nichts zu tun, muss also auch keine Informationen über die Geschäftsstruktur und Geschäftstätigkeit der Bank einholen, sondern kann sich auf die Analyse des Kreditpools und die Verteilung der Risiken auf die verschiedenen Tranchen der

¹ Deutsche Bundesbank (2004, S. 41, Fußnote 12). Ökonomisch umfassender und im Hinblick auf die Vermeidung von Moral-Hazard-Effekten bei den emittierenden Banken wirksamer wäre allerdings der weitergehende Anspruch, dass bereits das verbiefte Forderungssegment einen repräsentativen Durchschnitt des gesamten durchschnittlichen Forderungsbestandes der Bank abbildet und andernfalls durch geeignete Ausgleichsmaßnahmen dafür gesorgt werden muss, dass es zu keinen Reichtumsverschiebungen zu Lasten der emittierten ABS oder zu Lasten des verbleibenden Bankportfolios kommen darf.

² Während die technischen Details für die Senior-Tranchen bereits bekannt gemacht wurden, stehen die für die Mezzanine-Tranchen noch aus (vgl. European Central Bank 2014).

³ Die Banken sind zur Begrenzung von Moral-Hazard-Risiken gehalten, einen Anteil von 5% der ausgelagerten Risiken selbst zu tragen. In der Regel übernehmen sie dazu einen 5%igen Anteil an allen emittierten Tranchen der ABS-Emission. Eine weitergehende Variante besteht darin, einen 5%igen Anteil an der Equity-Tranche zu übernehmen.

ABS-Emission konzentrieren. Die Zweckgesellschaft ist in juristischer Sicht »insolvenzfern« aufgestellt, isoliert den ABS-Käufer also vom »Schicksal« der Bank, so dass sogar deren Insolvenz für ihn mehr oder weniger folgenlos bleiben sollte.⁴

Allenfalls würde bei einer Insolvenz möglicherweise die Betreuung der Kredite im Pool, das Servicing, auf eine andere Bank übergehen. Wenn man also von der Undurchsichtigkeit mancher ABS-Produkte spricht, so darf man nicht vergessen, dass Banken keine transparenten Gebilde sind, weshalb die Bankenaufsicht in den vergangenen Jahren große Anstrengungen unternommen hat, die Banken zu mehr Transparenz zu zwingen. ABS-Forderungen stellen sich transparenter dar als Bankforderungen, insbesondere wenn sie in den Bereich der Europäischen Zentralbank gelangen oder für eine Refinanzierbarkeit über die Zentralbank ausgewählt worden sind. Solche ABS unterliegen nämlich den Anforderungen der »Loan-Level-Data«-Initiative, die bereits seit dem letzten Jahr die regelmäßige öffentliche Bereitstellung detaillierter Einzelkredit- und Transaktionsdaten sicherstellt. Auf der Homepage der True Sale International (TSI), einer 2004 aus einer Initiative von 13 Banken in Deutschland zur Förderung des deutschen Verbriefungsmarkts gegründeten GmbH, findet man Hinweise auf die günstigen Folgewirkungen der »Loan-Level-Data«-Initiative: »Die Datenbereitstellung basiert auf europaweit gültigen, sehr detaillierten und durch die EZB vorgegebenen Datentemplates für jede einzelne Kreditart, die in eine Verbriefung einfließt, und wird über das European Data Warehouse organisiert und abgewickelt. Schon jetzt haben Notenbanken und Investoren ungehinderter Zugang zum EDW, und es ist absehbar, dass die Datentemplates der EZB und das European Data Warehouse über ABS hinaus prägend werden für den europäischen Kreditmarkt, aber auch die dahinterliegenden Prozesse und Systeme in Banken sowie für Investoren und Datenlieferanten.«⁵

Die »Loan-Level-Data«-Anforderungen werden durch die von der EU-Regulierung durchgesetzten Due-Diligence-Anforderungen verstärkt, die dem Abbau von Informationsasymmetrien in Verbriefungstransaktionen dienen. Die Vorgaben für die Mindestbeteiligungen der Originatoren an den ausgelagerten Kreditrisiken sollen dafür sorgen, dass diesen stets ein »Skin-in-the-game« verbleibt, das auch nicht durch Hedging-Aktivitäten oder Versicherungsgeschäfte weitergereicht werden darf. Schließlich sind zumindest für Banken als Investoren strenge Mindestanforderungen an die Eigenkapitalunterlegung erworbener Verbriefungspositionen erlassen worden, die dafür sorgen sollen, dass die Übernahme von Kreditrisiken auch im Fall einer Investition in ABS durch einen ausreichenden Risikopuffer abgedeckt ist.

⁴ Aus ökonomischer Sicht gilt allerdings zu bedenken, dass die Insolvenz einer Bank als negatives Signal für die Kreditqualität des Pools aufgefasst werden und damit bei den ABS zu einem Wertverfall führen kann.

⁵ Vgl. http://www.true-sale-international.de/leistungen/veranstaltungen/veranstaltungskalender/einzelansicht/?c-Hash=0f33e9e10f298f107393f57fd252ee4&tx_ttnews%5Btt_news%5D=855.

Defizite der Verbriefungsmärkte für Subprime Kredite

Wenn von der Produktgestaltung her derzeit ein insgesamt positives Bild der ABS-Transaktionen gezeichnet werden kann, fragt man sich natürlich, warum dieser Markt in der Vergangenheit so riesige Verluste gezeigt und letztlich den Ausbruch der internationalen Finanzkrise ausgelöst hat. Dazu ist in historischer Hinsicht festzustellen, dass der ABS-Markt bereits in den 1970er Jahren in den USA auf der Basis hypothekarisch gesicherter Kredite entstanden ist und damals zur Entwicklung der Mortgage Backed Securities (MBS) als spezifischer ABS-Kategorie geführt hat. Der Markt entwickelte sich insbesondere wegen der Unterstützung durch die halbstaatlichen Agenturen Fannie Mae, Freddie Mac und Ginnie Mae in den USA dynamisch weiter, umfasste bald auch andere Forderungsarten wie Kreditkartenforderungen, Leasingforderungen sowie normale Kreditforderungen und etablierte sich später auch in Europa.⁶ In den USA kam es allerdings zu Beginn des neuen Jahrhunderts wegen des langanhaltenden Booms am Immobilienmarkt zu massiven Übertreibungen und einem absoluten Missbrauch der Verbriefungstechnik. Der Missbrauch hatte vielfältige Ursachen und nicht zuletzt damit etwas zu tun, dass die Politik über die substanzielle und ideelle Förderung qualitativ minderwertiger Hypothekendarlehen ihren Hebel zur Umsetzung sozialpolitischer Ziele bei der Erhöhung der Hauseigentumsquote einsetzte. Viele Marktteilnehmer spielten mit, einige mehr oder weniger am Rande, andere zuweilen auch jenseits der Legalität.⁷ Auch für viele Marktakteure des Subprime-ABS-Markts galt die Maxime, die Charles Prince, der damalige Chief Executive der Citigroup, bezüglich der Teilnahme am Markt für Leveraged Loans formuliert hatte. »As long as the music is playing, you've got to get up and dance,« verriet er der Financial Times in einem Interview noch am 9. Juli 2007. Und fügte hinzu: »We're still dancing.«⁸

In der Tat hatte zu der Zeit, in der in den USA die Verbriefungsmärkte für Subprime-Kredite und danach auch für viele andere Forderungen zusammengebrochen sind, das »Originate-and-Distribute«-Modell massive Defizite aufzuweisen. Zu diesen Defiziten zählten Charakteristika der Transaktionen, der Basismärkte und der Produktkonstruktion:

- a) Die Schaffung von Kreditpools an einem Teilmarkt (Subprime) des US-Kreditmarkts aus zum Teil minderwertigen und völlig unzureichend geprüften Hypothekenforderungen. Diese waren ohne die persönliche Haftung der Kre-

⁶ Obwohl Fannie Mae und Freddie Mac während der Finanzkrise wegen hoher Verluste stark kritisiert wurden, garantieren sie heute wieder über 95% der neu vergebenen Hypothekendarlehen. Zur Ankurbelung der Wohnungsbaufinanzierung soll der Mindesteigenkapitalanteil der Bauherren von 5% auf 3% gesenkt werden (vgl. Schmid 2014, S. 6).

⁷ Vgl. zur Wohnimmobilienkrise in den USA Rudolph (2013, S. C8-1–S14).

⁸ BealBook: Citi Chief on Buyouts: »We're Still Dancing«, *The New York Times*, 10. Juli 2007, 10:54 am.

- ditnehmer und ohne Regressmöglichkeit auf die Originatoren der Forderungen weitergereicht und in die Zweckgesellschaften (Special Purpose Vehicles) eingelagert worden.
- b) Das blinde Vertrauen der Anleger in die Ratings der Agenturen, die einerseits durch die geltende Bankregulierung privilegiert waren und andererseits an guten Ratingurteilen verdienten.
 - c) Ein viel zu dünnes Eigenkapitalpolster bzw. unzureichende Garantien und »Enhancements« der Banken und Sponsoren der Transaktionen bei der Weitergabe der verbrieften Risiken an die Marktteilnehmer.
 - d) Ein nie zuvor gekanntes Ausmaß der Fristentransformation, d.h. der kurzfristigen Refinanzierung langfristiger Darlehensforderungen im Rahmen der »Asset-Backed-Commercial-Paper«-Programme durch Zweckgesellschaften (Conduits, SIFs), von denen viele nach dem Ausbruch der Finanzkrise trotz ihres hoch gerateten Asset-Pools auf die Bücher ihrer Liquiditätssponsoren genommen werden mussten (in Deutschland z.B. »Rhineland Funding Capital« der IKB sowie »Ormond Quay« und »Georges Quay« der Sachsen LB).
 - e) Äußerst komplexe und undurchsichtige (opaque) Verbriefungsstrukturen, von denen insbesondere die stark tranchierten CDO (Collateralised Debt Obligations) und die Wiederverbriefungen (CDOs Squared) unrühmliche Schlagzeilen gemacht haben.
 - f) Eine verhängnisvolle Überschätzung der Diversifikationseffekte in den Kreditpools, die sich in der Krise letztlich als Klumpenrisiken herausstellten, sowie eine Verkenntung der Risikoverteilung auf die verschiedenen Tranchen bei Änderungen der Asset-Korrelationen.
 - g) Schließlich unzureichende Informationen der Marktteilnehmer und Aufsichtsbehörden über die Abnehmer und letztendlichen Träger der transferierten Kreditrisiken, so dass sich unbemerkt gewaltige systemische Risiken aufbauen konnten.

Erstaunlich war hinsichtlich des letztgenannten Punktes der mangelnden Information die sich erst spät einstellende Erkenntnis, dass viele Banken, die sich über das »Originate-and-Distribute«-Modell eines Teils ihrer Kreditrisiken entledigt hatten, den frei gewordenen regulatorischen Eigenkapitalspielraum nutzten, um wiederum ABS-Produkte in ihre Bücher zu nehmen, nun in ihre Handelsbücher. Bei Ausbruch der Krise stellte sich dann heraus, dass die Banken im Zuge des Kreditrisikotransfers ihre Risiken umgeschichtet, aber keineswegs außerhalb des Bankensektors platziert hatten. Stattdessen waren aber angesichts der fast voraussetzungslosen Möglichkeiten einer Weitergabe von Kreditrisiken die Kreditvergabestän-

dards der Basisportfolios vielerorts deutlich gesenkt worden. Das »Originate-and-Distribute-Verfahren« in den USA hatte zu massiven »Moral Hazard«-Problemen geführt, die in überaus nachlässigen Kreditvergabe- und Überwachungsstandards ihren Ausdruck gefunden hatten, von den Ratingagenturen und Investoren aber damals blauäugig übersehen wurden.

Zur Performance europäischer ABS-Transaktionen

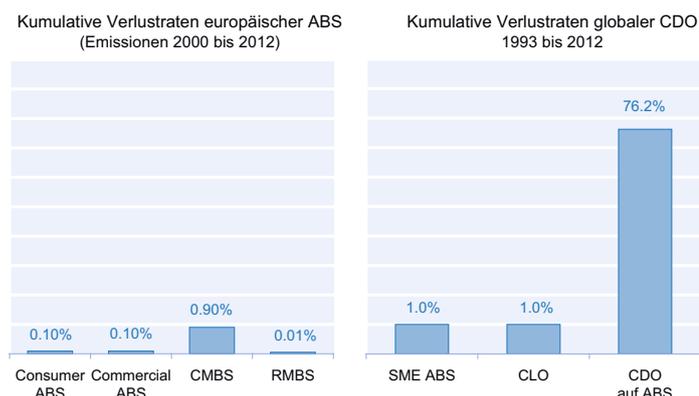
Die überaus markanten Defizite und Auswüchse waren für das amerikanische »Originate-and-Distribute«-Modell typisch, nicht aber für die europäischen Märkte, die erstens deutlich kleinere Volumina und zweitens selbst in der Krise keine auffällig gestiegenen Ausfallraten aufwiesen.⁹ Die vorliegenden Daten deuten darauf hin, dass die in Europa und insbesondere in Deutschland verbrieften Kredite solide Instrumente waren. Sie unterschieden sich jedenfalls ganz wesentlich von den Papieren, die als Auslöser für die Finanzkrise gelten müssen.

Trotz dieser günstigen Einordnung und der in Europa insgesamt guten Erfahrungen mit der Performance von Verbriefungsprodukten haben sich die Verbriefungsmärkte in Europa seit der Finanzkrise nicht wieder erholt.¹⁰ Diese Entwicklung steht ganz im Gegensatz zu den USA, wo dieser

⁹ Eine empirische Untersuchung von True Sale Transaktionen im Zeitraum von 2010 bis 2014 kommt zu dem Ergebnis, dass deutsche ABCP-Transaktionen (Asset Backed Commercial Paper) risikoärmer sind als das traditionelle Kreditgeschäft und im Konjunkturverlauf sehr stabil (vgl. True Sale International 2014, S. 4).

¹⁰ Vgl. Möglich und Raebel (2014, S. 2–8). In der Zwischenzeit gibt es allerdings auch Bemühungen innerhalb der EU, ABS regulatorisch wieder zu entlasten. So dürfen beispielsweise aufgrund eines Rechtsaktes der EU-Kommission vom 10. Oktober 2014 RMBS, Auto-ABS, SME und Consumer-Loan-ABS als Level 2B HQLA in den Liquiditätspuffer der Liquidity Coverage Ratio eingerechnet werden, wenn sie gewissen Qualitätsstandards genügen.

Abb. 1
Kumulative Verlustraten über verschiedene Zeiträume



Quelle: Fitch, Stand: 22. Okt. 2013; Moody's, Stand: 27. Nov. 2013; zit. nach Union Investment.

Sektor die größten Defizite gezeigt und dennoch seit der Finanzkrise wieder deutlich an Fahrt gewonnen hat. Die Verbriefungsmärkte wiesen in Europa nur bis 2007/2008 enorme Wachstumsraten auf, die danach aber einem drastischen Rückgang des Geschäfts wichen, der als geradezu dramatisch bezeichnet werden muss. Während in den USA die Emissionstätigkeit insbesondere bei den sog. Agency-MBS der Hypothekenversicherer Fannie Mae und Freddie Mac auf einem bemerkenswert hohen Niveau verblieb, brach der Emissionsmarkt in Europa, wo es solche Agency MBS nicht gibt, massiv ein mit dem Ergebnis, dass heute der europäische Verbriefungsmarkt nur ein Fünftel des US-amerikanischen Marktes ausmacht.

Chancen und Risiken der EZB-Initiative

Aus Finanzmarktsicht soll durch die Initiative der EZB ein Aufschwung der Verbriefungsmärkte unterstützt und darüber ein Wachstum der Realwirtschaft stimuliert werden, soweit dies von der Kreditangebotsseite aus möglich ist. Die Hoffnung auf die stimulierende Wirkung nährt sich aus der Erkenntnis, dass den Banken seit der Finanzkrise zahlreiche Verschärfungen des bankaufsichtlichen Instrumentariums und insbesondere der Anforderungen für die Eigenkapitalunterlegung von Risiken und zur Liquiditätsvorsorge auferlegt worden sind. Die neuen Restriktionen bewirken, dass die Unternehmen insbesondere bei längerfristigem Mittelbedarf nach alternativen Finanzierungsmöglichkeiten außerhalb des Bankensektors Ausschau halten, weil die Banken insbesondere bei längerfristigen Engagements eine große Zurückhaltung zeigen. Aber selbst dann, wenn die Unternehmen nicht von einer restriktiven Kreditvergabepolitik der Banken tangiert sind, reagieren sie mit einer Umstellung ihres Refinanzierungsverhaltens. Sie haben nämlich in der Finanzkrise die Erfahrung machen müssen, dass bestimmte Banken als Kreditgeber ausgefallen sind oder sich stark zurückgezogen haben. Als Reaktion wollen viele Unternehmen der Realwirtschaft ihren Finanzierungsmix bankenunabhängiger gestalten und die Kapitel- und Kreditquellen diversifizieren. Das passt zu den Veränderungen auf der Kapitalgeberseite, wo die Anleger wegen des niedrigen Zinsniveaus und des Anlagedrucks ein großes Interesse daran haben, auch in Kreditrisiken mit einem attraktiven Risiko-Ertrags-Profil investieren zu können. ABS-Produkte scheinen sich dort als ideale Ergänzungen der Finanzintermediation anzubieten. »In fact, if the right incentives are given, securitisation markets are the best way to more rapidly guarantee that loans are available for capital markets to invest while decreasing the home bias in banks' balance sheets and ensure that credit is channeled to the best projects at the minimum cost.«¹¹

¹¹ So die sehr positive Beurteilung des Präsidenten der Bank von Portugal Silva Costa bei seiner Begrüßungsrede zu einem Treffen der EIB und des IWF am 23. Oktober 2014 in Brüssel (Silva Costa 2014, S. 2).

Kreditverbriefungen im Zuge von ABS-Transaktionen können

- für die Verkäufer der Kreditforderungen deren Finanzierungs- bzw. Refinanzierungskosten senken sowie bei den Banken regulatorisches Eigenkapital freisetzen, das für andere Verwendungen verfügbar wird,
- für die Investoren als Käufer der in ABS gekleideten Kreditforderungen eine sonst nicht erreichbare Diversifikationsmöglichkeit bieten, die darüber hinaus hinsichtlich des gewünschten Risiko-Chancen-Profiles wie der Laufzeitstruktur auf sie zugeschnitten werden kann und die je nach Ausgestaltung eine liquidere Anlageform darstellt als die ursprüngliche Kreditforderung.

Gelänge eine Wiederbelebung der Verbriefungsmärkte, so hätte das insbesondere den Vorteil, dass die Banken in den Prozess der Kreditvergabe, Kreditüberwachung und Risiko-teilhabe während der gesamten Laufzeit Kreditlaufzeit eingebunden blieben und die Aufsichtsbehörden die Transaktionen und den Umgang mit den Kreditbeständen laufend quantitativ wie qualitativ überwachen könnten. Das herkömmliche Kreditgeschäft der Banken würde gestärkt, die Expertise der Banken genutzt, statt in Zukunft vermehrt andere, weniger erfahrene »Nicht-Banken-Finanz-Intermediäre« zu Originatoren von Kreditforderungen werden zu lassen. Der erwartete Übergang des europäischen bankenorientierten zu einem stärker kapitalmarktorientierten Finanzsystem könnte durch die Wiederbelebung der Verbriefungsmärkte zugleich abgefedert und beschleunigt werden.

Literatur

Altomonte, C. und P. Bussoli (2014), »Asset-Backed Securities: The Key to Unlocking Europe's Credit Markets?«, *Bruegel Policy Contribution* (07).

Bank of England und European Central Bank (2014), »The Case for a Better Functioning Securitisation Market in the European Union«. A Discussion Paper, Mai.

Deloitte (2012), *Asset Securitisation in Deutschland*, 4. Aufl., Vahlen, München.

Deutsche Bundesbank (2004), »Instrumente zum Kreditrisikotransfer: Einsatz bei deutschen Banken und Aspekte der Finanzstabilität«, *Monatsbericht*, April, 27–45.

European Central Bank (2014), »ECB Announces Details of the Asset-Backed Securities Purchase Programme (ABSPP)«, 2. Oktober 2014.

European Investment Bank (2014), »Unlocking Lending in Europe«, Oktober 2014.

Möglich, A.-K. und R. Raebel (2014), »Neuer Anlauf zu Basel III.5«, *DZ Bank Research, ABS & Structured Credits*, 21. Januar, 2–8.

Pytlík, M., M. Schmidtchen und G. Taistra (2011), »Verbriefung – Refinanzierungsinstrument für Leasing-Unternehmen«, *Finanzierung, Leasing, Factoring FLF* (4), 155–160.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2014), »Wirtschaft stagniert – jetzt Wachstumskräfte stärken, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2014«, *ifo Schnelldienst* 67(20), 3–61.

Roosebeke, B.V. (2014), »Die EZB teilt aus«, *Börsen-Zeitung*, 5. November, 6.

Rudolph, B. (2013), »Die Wohnimmobilienkrise in den USA als Auslöser der Internationalen Finanzkrise«, in: W. Eber (Hrsg.), *Bauprozessmanagement und Immobilienentwicklung*, Lehrstuhl für Bauprozessmanagement und Immobilienentwicklung, Technische Universität München, München, C8-1–C8-14.

Schmid, S. (2014), »Fannie und Freddie – statt Abwicklung winkt mehr Geschäft«, *Börsen-Zeitung*, 30. Oktober, 6.

Silva, C.C. da (2014), «Reviving Markets in High Quality Securitisation in Europe», Address at the European Investment Bank International Monetary Fund Meeting, Brüssel, 23. Oktober 2014.

True Sale International (2014), *Verbriefung von realwirtschaftlichen Forderungen gewinnt weiter an Bedeutung – Volumenentwicklung und Performance überzeugen*, Frankfurt am Main, September, online verfügbar unter: http://www.true-sale-international.de/fileadmin/tsi_downloads/Sonstiges/TSI_Verbriefungen_von_Forderungen_gewinnt_fuer_die_Realwirtschaft_weiter_an_Bedeutung__2_.pdf.

Der demographische Wandel bleibt ungebrochen – trotz höherer Zuwanderung

Bevölkerungsvorausberechnung für Deutschland bis 2060 auf der Basis des Zensus 2011

15

Eckart Bomsdorf* und Jörg Winkelhausen**

Im Mai 2011 fand in Deutschland die erste Volkszählung seit 24(!) Jahren statt; in den neuen Ländern liegt die letzte klassische Volkszählung sogar sechs Jahre länger zurück. Die aktuelle Zählung wurde nicht als Vollerhebung, sondern als registergestützte Volkszählung durchgeführt, sie wird üblicherweise als Zensus 2011 bezeichnet. Nachdem über 20 Jahre die Bevölkerung in ihrem Umfang und in ihrer Struktur nur aufgrund von Geburten, Sterbefällen und Wanderungen fortgeschrieben werden konnte, ist es nun möglich, diese Fortschreibung für das Jahr 2011 mit dem realen Zensusergebnis zu vergleichen. Die Resultate zeigen für Deutschland gesamt erstaunlich geringe Unterschiede, die beispielsweise beim Bevölkerungsumfang unter 2% liegen. Bei anderen statistischen Kenngrößen der Bevölkerung sind die Unterschiede teils noch wesentlich geringer; auf der Ebene der Kommunen ergeben sich jedoch durchaus auch wesentlich höhere Differenzen. Die folgende Studie verwendet erstmals die Ergebnisse des Zensus 2011 als Basis der Vorausberechnung der Bevölkerung bis 2060. Dabei werden zunächst die Auswirkungen der Zensusergebnisse auf die 2012 vorgelegten Modellrechnungen betrachtet und anschließend wird gegenüber diesen Modellrechnungen eine Aktualisierung der Annahmen vorgenommen. Insbesondere wird auf die hohen Zuwanderungen der jüngsten Zeit reagiert und deren Konsequenzen auf Bevölkerungsumfang und Bevölkerungsstruktur werden aufgezeigt; Basisbevölkerung dieser weiteren Modellrechnungen ist die Bevölkerung vom 31. Dezember 2013. Es zeigt sich, dass sich selbst bei der Annahme eines großen Wanderungssaldos die Altersstruktur der Bevölkerung bis 2060 gegenüber früheren Vorausberechnungen nicht wesentlich ändert, der Bevölkerungsumfang dagegen trotz niedrigerer Ausgangsbevölkerung zunimmt. Sensitivitätsbetrachtungen beschließen die Studie. Diese weisen darauf hin, dass selbst bei Zunahme der Fertilität und des Wanderungssaldos die Belastung für die mittlere Generation steigen wird.

Zensus 2011: Neue Basis für Bevölkerungsfortschreibungen und Bevölkerungsvorausberechnungen

Bevölkerungsvorausberechnungen der letzten 20 Jahre bauten auf Fortschreibungen der Bevölkerung auf der Basis der Daten der Volkszählung von 1987 für die Bundesrepublik Deutschland bzw. auf einer als Volkszählung bewerteten 1990 in den neuen Ländern erfolgten Registerzählung auf (vgl. Statistisches Bundesamt 2013a, S. 5). Diese Fortschreibungen waren zwar bezogen auf Deutschland gesamt relativ genau, allerdings nimmt die Qualität derartiger Berechnungen üblicherweise mit dem zeitlichen Abstand zum Volkszählungsjahr ab. Problematisch wurde die Fortschreibung insbesondere,

wenn auf kleinere Regionen wie Gemeinden zurückgegangen wurde. Dort zeigten sich teilweise Unterschiede zwischen den Resultaten der Fortschreibung und denen des Zensus 2011 von weit über 10%. Bei den Kreisen und kreisfreien Städten betrug die größte negative relative Abweichung zwischen Zensus 2011 und Fortschreibung – 7,5% bei Mannheim: Statt 313 700 Einwohnern nach der Fortschreibung hatte Mannheim am 9. Mai 2011 laut Zensus nur 290 117 Einwohner. Kempten dagegen wies unter diesen Gemeinden mit rund 3,4% die größte positive relative Abweichung auf: 64 078 Einwohnern nach dem Zensus 2011 standen nur 62 000 Einwohner, die sich der Fortschreibung nach ergeben hatten, gegenüber (vgl. Statistisches Bundesamt 2014a). Mannheim klagt allerdings wie auch andere Kommunen gegen das für die Stadt negative Ergebnis (vgl. Stadt Mannheim 2014).

Im Folgenden wird zunächst der Einfluss des Zensus 2011 auf die Ergebnisse früherer Bevölkerungsvorausberechnungen kurz dargestellt. Anschließend werden

* Prof. Dr. Eckart Bomsdorf, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität zu Köln, ist Mitglied des Expertenkreises Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes.

** Dipl.-Kfm. Dipl.-Volkswirt Jörg Winkelhausen war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Wirtschafts- und Sozialstatistik der Universität zu Köln und ist derzeit im Bereich Gesamtbankcontrolling der Kreissparkasse Köln tätig.

ausführlicher Annahmen und Ergebnisse der Modellrechnungen bis 2060 präsentiert, die auf der aktuellen Fortschreibung der Bevölkerungsdaten des Zensus 2011 beruhen.¹

Bevölkerungsvorausberechnungen über einen längeren Zeitraum sollten nie als Prognosen verstanden werden – auch wenn Politik und Medien dies häufig so darstellen, sondern sie sind immer als Modellrechnungen anzusehen, die abhängig von den jeweiligen Annahmen mögliche Entwicklungen aufzeigen. Die Qualität derartiger Modellrechnungen hängt naturgemäß auch von der Realitätsnähe dieser Annahmen ab. Dabei ist die Vorausberechnung für Kohorten, deren Mitglieder heute bereits geboren sind, d.h. aktuell für die Geburtsjahrgänge vor 2014, natürlich besser möglich als für zukünftige Geburtsjahrgänge. Während Letztere von den drei Komponenten Geburten, Sterbefälle und Wanderungen abhängen, werden Erstere in ihrer zahlenmäßigen Entwicklung nur von der Lebenserwartung und den Wanderungen beeinflusst. Dies steigert die Qualität der Vorausberechnung für die Entwicklung der Geburtsjahrgänge vor 2014.

Alle hier dargelegten Bevölkerungsvorausberechnungen basieren auf Annahmen über die Komponenten Geburten, Sterbefälle und Wanderungen über einen langen Zeitraum. Dabei wird einer deterministischen Vorausberechnung gegenüber stochastischen Ansätzen der Vorzug gegeben (vgl. Bomsdorf und Winkelhausen 2012, S. 27). Im Folgenden werden aufbauend auf Kombinationen verschiedener Annahmen mehrere Varianten der Bevölkerungsentwicklung vorgestellt. Die Jahreszahlen beziehen sich, soweit nichts anderes gesagt wird und es sich um Bestandsgrößen handelt, immer auf den 31. Dezember des betreffenden Jahres. Soweit vom Zensus 2011 gesprochen wird, ist der Zensus vom 9. Mai 2011 gemeint.

Der Zensus effekt ist kleiner als erwartet

Die 2012 vorgelegten Modellrechnungen der Bevölkerung Deutschlands bis 2060 basierten auf den Bevölkerungsdaten von Ende 2011 (vgl. Bomsdorf und Winkelhausen 2012). Dabei konnten die Bevölkerungszahlen des Zensus von 2011 noch keine Verwendung finden, sondern die Ausgangsdaten von 2011 beruhten auf der jährlichen Fortschreibung der Bevölkerung vorangehender Volkszählungen. Nun liegen mittlerweile u.a. für Ende 2011 auf dem Zensus 2011 basierende Fortschreibungsdaten vor. Werden diese statt der seinerzeit für Ende 2011 verwendeten Ausgangsdaten in die Modellrechnung von 2012 eingesetzt, so lässt sich

¹ Der folgende Absatz ist nahezu deckungsgleich aus der vor zwei Jahren noch auf Basis der Fortschreibung der Daten der Volkszählungen von 1987 bzw. 1990 von denselben Autoren erstellten Studie zur Bevölkerungsentwicklung bis 2060 übernommen worden (vgl. Bomsdorf und Winkelhausen 2012, S. 26 f.).

der Effekt des Zensus 2011 auf diese Modellrechnung bis 2060 isolieren. Die seinerzeit getroffenen Annahmen (vgl. Bomsdorf und Winkelhausen 2012 S. 28) werden an dieser Stelle nicht verändert, so dass de facto Änderungen in den Ergebnissen der Vorausberechnungen gegenüber den 2012 vorgelegten Resultaten nur auf die zahlenmäßig unterschiedlichen Ausgangsdaten der Bevölkerung zurückzuführen sind. Um den Umfang des beabsichtigten Vergleichs nicht zu groß werden zu lassen, werden im Folgenden exemplarisch nur die Resultate der Basisvariante dieser Vergleichsrechnung dargestellt.

Tabelle 1 enthält in einem ersten Block die auf dem Zensus 2011 basierenden Ausgangsdaten und die sich hieraus auf der Basis der alten Annahmen von 2012 ergebenden Werte der Vorausberechnung für die angegebenen Jahre.² Ein zweiter Abschnitt enthält die Ergebnisse der auf der langjährigen Fortschreibung der 1987er Volkszählung und der Registerzählung von 1990 beruhenden Vorausberechnung. Der sich anschließende direkte Vergleich der Werte der Kennzahlen beider Vorausberechnungen zeigt, dass die größten Abweichungen absolut gesehen bei der Bevölkerung auftreten. Die Bevölkerung lag dem Zensus 2011 nach Ende 2011 um rund 1,5 Millionen, die Bevölkerung im Erwerbsalter um rund eine Million niedriger, als sich aus der langjährigen Fortschreibung ergab. Diese Differenzen nivellieren sich im Zeitablauf. Bei der Altersstruktur, dem Jungen- sowie dem Altenquotienten sind die Abweichungen gering. Darauf weisen auch die relativen Abweichungen hin, die im letzten Teil der Tabelle aufgeführt sind. Diese lagen nahezu alle unter 2, bei den Strukturkennzahlen sogar unter 1%.

Eines lässt sich anhand dieses Vergleichs feststellen – und dies gilt auch für die hier nicht angeführten Varianten: So sehr es notwendig ist, eine Volkszählung durchzuführen, um aktuelle und damit auch qualitativ bessere Daten zu erhalten, so zeigt sich doch, dass, auf Deutschland gesamt gesehen, die Aktualisierung der Ausgangsdaten letztlich keine gravierenden Auswirkungen auf den demographischen Wandel hat. Der etwas niedrigere Umfang der Gesamtbevölkerung dieser Variante nach dem Zensus 2011 im Zeitablauf folgt aus der niedrigeren Ausgangsbevölkerung. Dies hat auch Auswirkungen auf die Bevölkerung im Erwerbsalter. Es ist aber keineswegs so, wie von manchen behauptet wurde, dass der Zensus 2011 zu einer grundsätzlichen Verschiebung oder sogar Verbesserung der Altersstruktur führt; am demographischen Wandel ändert sich durch ihn prinzipiell nichts.

² BEA ist die Bevölkerung im Erwerbsalter. Die Angabe 65 bzw. 65/67 (Jahre) gibt an, welche Altersgrenze jeweils zur Abgrenzung zwischen der mittleren und der oberen Altersklasse gewählt wurde; die Angabe 65/67 bedeutet hierbei, dass die Altersgrenze fließend entsprechend der Veränderung bei der Regelaltersgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung gewählt wird. Entsprechend gilt dies beim Altenquotienten und beim Jungenquotienten.

Tab. 1
Der Zensuseffekt bei der Vorausberechnung der Bevölkerung in Deutschland bis 2060
 (nur Basisvariante, Annahmen von 2012^{a)})

		Jahr					
		2011	2020	2030	2040	2050	2060
Modellrechnung, Grundlage Zensus 2011	Bevölkerung (in 1 000)	80 328	79 688	78 097	75 734	72 533	68 995
	BEA 65 (in 1 000)	48 997	47 473	42 665	39 675	37 790	35 286
	BEA 65/67 (in 1 000)	48 997	48 242	45 246	41 348	39 642	36 987
	Sechsjährige (in 1 000)	683	682	658	592	556	543
	unter 20 Jahren	18,4	17,3	17,1	16,4	15,8	16,0
	Altersstruktur (in % der Gesamtbevölkerung)						
	20 bis unter 65	61,0	59,6	54,6	52,4	52,1	51,1
	65 und älter	20,6	23,1	28,3	31,2	32,1	32,9
	Jungenquotient 65	30,1	29,0	31,3	31,3	30,4	31,2
Jungenquotient 65/67	30,1	28,6	29,5	30,0	29,0	29,8	
Altenquotient 65	33,8	38,8	51,8	59,6	61,5	64,3	
Altenquotient 65/67	33,8	36,7	43,1	53,2	54,0	56,8	
Modellrechnung; Grundlage VZ 1987	Bevölkerung (in 1 000)	81 844	81 110	79 457	76 978	73 661	69 973
	BEA 65 (in 1 000)	50 051	48 432	43 482	40 295	38 302	35 618
	BEA 65/67 (in 1 000)	50 051	49 213	46 108	42 014	40 193	37 344
	Sechsjährige (in 1 000)	692	693	668	596	563	550
	unter 20 Jahren	18,2	17,2	17,0	16,3	15,8	15,9
	Altersstruktur (in % der Gesamtbevölkerung)						
	20 bis unter 65	61,2	59,7	54,7	52,3	52,0	50,9
	65 und älter	20,6	23,1	28,2	31,4	32,2	33,2
	Jungenquotient 65	29,8	28,9	31,1	31,1	30,3	31,3
Jungenquotient 65/67	29,8	28,4	29,4	29,9	28,9	29,8	
Altenquotient 65	33,7	38,6	51,6	59,9	62,0	65,2	
Altenquotient 65/67	33,7	36,5	43,0	53,4	54,4	57,5	
Zensuseffekt absolut	Bevölkerung (in 1 000)	- 1 516	- 1 421	- 1 360	- 1 244	- 1 127	- 978
	BEA 65 (in 1 000)	- 1 053	- 959	- 817	- 620	- 512	- 332
	BEA 65/67 (in 1 000)	- 1 053	- 971	- 863	- 666	- 550	- 357
	Sechsjährige (in 1 000)	- 8	- 11	- 10	- 5	- 7	- 7
	unter 20 Jahren	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0
	Abweichungen Modellrechnung, Grundlage Zensus 2011 und Modellrechnung, Grundlage VZ 1987 absolut						
	Altersstruktur						
	20 bis unter 65	- 0,2	- 0,1	- 0,1	0,0	0,1	0,2
	65 und älter	0,0	0,1	0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,3
Jungenquotient 65	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	- 0,1	
Jungenquotient 65/67	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	- 0,1	
Altenquotient 65	0,1	0,2	0,2	- 0,3	- 0,5	- 0,8	
Altenquotient 65/67	0,1	0,2	0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,8	
Zensuseffekt relativ	Bevölkerung	- 1,85	- 1,75	- 1,71	- 1,62	- 1,53	- 1,40
	BEA 65	- 2,10	- 1,98	- 1,88	- 1,54	- 1,34	- 0,93
	BEA 65/67	- 2,10	- 1,97	- 1,87	- 1,58	- 1,37	- 0,96
	Sechsjährige	- 1,19	- 1,58	- 1,49	- 0,76	- 1,30	- 1,23
	unter 20 Jahren	0,76	0,44	0,26	0,51	0,47	0,18
	Abweichungen Modellrechnung, Grundlage Zensus 2011 und Modellrechnung, Grundlage VZ 1987 relativ (in %)						
	Altersstruktur						
	20 bis unter 65	- 0,26	- 0,23	- 0,17	0,08	0,20	0,47
	65 und älter	0,09	0,27	0,17	- 0,40	- 0,55	- 0,81
Jungenquotient 65	1,02	0,67	0,43	0,44	0,27	- 0,29	
Jungenquotient 65/67	1,02	0,66	0,42	0,48	0,30	- 0,27	
Altenquotient 65	0,35	0,51	0,34	- 0,47	- 0,74	- 1,27	
Altenquotient 65/67	0,35	0,50	0,36	- 0,38	- 0,71	- 1,31	

^{a)} Vgl. Bomsdorf und Winkelhausen (2012, S. 28).

Quelle: Berechnungen der Autoren.

Die Annahmen der Modellrechnungen: Die Wanderungen bleiben schwer kalkulierbar³

Unter Einbeziehung des Zensus 2011 und der daraus resultierenden Fortschreibung der Bevölkerung bis Ende 2013

³ Der Aufbau dieses und des folgenden Abschnitts lehnt sich sehr eng an die Studie derselben Autoren von 2012 an. Sie bauen jedoch auf den qualitativ besseren und neueren Ausgangsdaten sowie aktualisierten Annahmen auf; die Studie beinhaltet und interpretiert natürlich die neuen Resultate. Insofern ist die hier vorgelegte Untersuchung deutlich mehr als ein Update derjenigen von 2012.

sollen nun neue Modellrechnungen zur Entwicklung der Bevölkerung bis 2060 vorgenommen und diskutiert werden. Dabei gilt es zunächst, die Modellannahmen systemadäquat festzulegen.

Die Ergebnisse von Vorausberechnungen der Bevölkerung hängen neben den Ausgangsdaten von der Entwicklung der drei Komponenten Fertilität, Migration und Mortalität ab. Zu diesen drei Größen müssen Angaben über die zukünftige Entwicklung gemacht werden. Bezüglich der Fertilität gibt

es keinen Grund, die Annahmen von 2012 nicht zu übernehmen (vgl. hierzu auch Pötzsch 2013). Bei der Lebenserwartung sind aufgrund der Einbeziehung der zuletzt vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Sterbetafel 2009/2011 in die Berechnungen und wegen der daraus resultierenden Aktualisierung der Generationen- sowie der Periodensterbetafeln geringe Modifikationen angebracht.⁴ Die Migration dagegen ist – wie u.a. schon 2012 festgestellt wurde – als einzige Komponente politisch beeinflussbar: Sie ist gleichzeitig auch in ihrer Vorhersage die unsicherste Annahme. Der Wanderungssaldo – die Differenz zwischen Zuwanderung und Abwanderung⁵ – hat sich in den letzten Jahren in eine Höhe entwickelt, die für die meisten kaum vorhersehbar war. Dies hat vor allem mit der politischen Entscheidung der Freizügigkeit innerhalb der EU zu tun. Die Frage ist, ob und wie lange die Wanderung auf diesem hohen Niveau bleiben oder ob sie sogar noch zunehmen wird. In den folgenden Modellrechnungen der Bevölkerung wird von drei Annahmen über den Wanderungssaldo ausgegangen. Bei der Modellierung der Zu- und Abwanderungen und damit auch des Wanderungssaldos wird von einem Rückgang der Wanderungen sowie vor allem des Wanderungssaldos bis 2020 vom aktuell hohen Niveau auf das in den Modellrechnungen von 2012 bereits von Beginn angenommene Niveau ausgegangen. Ausgangspunkt ist jetzt eine Nettowanderung von 450 000 Personen⁶ für 2014.⁷

Ergänzt werden die Darstellungen zusätzlich durch eine Variante, bei der ab 2020 ein Wanderungssaldo von null angenommen wird, um zu zeigen, wie sich dieser dauerhafte Rückgang der Nettowanderung auf die verschiedenen Kenngrößen der Bevölkerungsentwicklung auswirken würde.⁸

⁴ Eine die Ergebnisse des Zensus 2011 einbeziehende Sterbetafel des Statistischen Bundesamtes lag zum Zeitpunkt der Durchführung dieser Studie noch nicht vor. Die Einbeziehung einer derartigen Tafel wird jedoch nicht zu einer grundsätzlichen Veränderung, sondern primär allenfalls in der Struktur der Sterbefälle zu leichten Verschiebungen führen.

⁵ Ein Wanderungssaldo von null bedeutet, dass Zuwanderung und Abwanderung vom Umfang – nicht notwendigerweise auch von der Alters- und Geschlechterstruktur – her identisch sind. Mit Wanderungen sind hier immer Außenwanderungen, d.h. Wanderungen über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland, gemeint.

⁶ Würde stattdessen von einer um 50 000 Personen höheren (niedrigeren) Nettowanderung für 2014 ausgegangen, so würden bis 2020 die kumulierten Nettowanderungen um 175 000 höher (niedriger) als bei der jetzigen Annahme liegen. Dies hätte längerfristig entsprechende Auswirkungen auf den Bevölkerungsumfang, lässt jedoch keine gravierenden Veränderungen bei der Altersstruktur erwarten.

⁷ Die Sockelwanderung – das Minimum von Zuwanderung und Abwanderung – wird jeweils an die Veränderung des Wanderungssaldos angepasst. Bei einem Wanderungssaldo von null wird eine Sockelwanderung von 600 000 Personen angenommen.

⁸ Ergebnisse dieser Variante sind in den Tabellen 4 und 5 – nicht jedoch in den Abbildungen – enthalten.

Tabelle 2 gibt einen Überblick über die in den Modellrechnungen verwendeten Annahmen für die Fertilitätsrate, die Migration und die Lebenserwartung.⁹

In den Modellrechnungen der Bevölkerung wird zunächst auf drei Kombinationen der dargestellten Annahmen zurückgegriffen (vgl. Tab. 2):

1. eine niedrige Bevölkerungsvariante¹⁰, bei der sowohl für Fertilität als auch für Migration und Lebenserwartung die niedrigen Annahmen F1, W1 und L1 verwendet werden,
2. eine mittlere Bevölkerungsvariante, im Folgenden auch Basisvariante genannt, die von den mittleren Annahmen F2, W2 und L2, und
3. eine hohe Bevölkerungsvariante, die von den hohen Annahmen F3, W3 und L3 ausgeht.

⁹ Diese Annahmen gründen sich auf Analysen der Vergangenheit. Bei der Lebenserwartung ergeben sich die drei verschiedenen Annahmen aus den unter Verwendung des Ansatzes von Bomsdorf und Trimborn (1992) geschätzten einjährigen Sterbewahrscheinlichkeiten. Bei deren Berechnung wurden Daten aus drei unterschiedlich langen Zeiträumen zugrunde gelegt (vgl. Bomsdorf 2010, S. 26), die aktuellste einbezogene Sterbetafel des Statistischen Bundesamtes ist nunmehr die Sterbetafel 2009/2011 (vgl. Statistisches Bundesamt 2013b). Um das Fehlen einer Sterbetafel am aktuellen Rand auszugleichen, wurde bis 2013 eine für alle Varianten einheitliche Justierung der Sterbewahrscheinlichkeiten vorgenommen.

¹⁰ Der Begriff Bevölkerungsvariante wird im Folgenden durch Variante abgekürzt.

Tab. 2
Annahmen der Modellrechnungen

Annahmen zur	• Fertilitätsrate Ausgangsniveau 1,4		
		Anpassung auf	bis zum Jahr
Fertilitätsrate	Variante F1	1,2	2025
	Variante F2	1,4	–
	Variante F3	1,6	2025
Annahmen zur	• Wanderungssaldo Ausgangsniveau 450 000		
		Anpassung auf	bis zum Jahr
Migration	Variante W1	100 000	2020
	Variante W2	150 000	2020
	Variante W3	200 000	2020
Annahmen zur	• Lebenserwartung Neugeborener männlich/weiblich nach Periodensterbetafel (Generationensterbetafel), in Jahren		
		2009/2011 ^{a)} (2013)	Bis 2060 Veränderung auf
Lebenserwartung	Variante L1	m: 77,7 (83,9) w: 82,7 (89,6)	m: 82,6 (87,7) w: 87,8 (93,0)
	Variante L2	m: 77,7 (88,1) w: 82,7 (92,8)	m: 85,5 (93,3) w: 89,9 (97,0)
	Variante L3	m: 77,7 (90,2) w: 82,7 (92,9)	m: 87,0 (95,6) w: 90,0 (97,1)

^{a)} Vgl. Statistisches Bundesamt (2013b).

Quelle: Berechnungen der Autoren.

Tab. 3
Varianten der Modellrechnung

Niedrige Variante	<ul style="list-style-type: none"> • niedrige Fertilität (F1) • niedrige Wanderung (W1) • niedrige Lebenserwartung (L1)
Basisvariante (Mittlere Variante)	<ul style="list-style-type: none"> • mittlere Fertilität (F2) • mittlere Wanderung (W2) • mittlere Lebenserwartung (L2)
Hohe Variante	<ul style="list-style-type: none"> • hohe Fertilität (F3) • hohe Wanderung (W3) • hohe Lebenserwartung (L3)

Quelle: Darstellung der Autoren.

Demographische Entwicklung in Deutschland von 2013 bis 2060: Die Dynamik beschleunigt sich in unterschiedlicher Weise

Zum ersten Mal seit über 25 Jahren können hiermit Modellrechnungen der Bevölkerung vorgelegt werden, die auf einer jüngeren Volkszählung, dem Zensus 2011, beruhen. Ausgangspunkt der Berechnungen ist die Bevölkerung Deutschlands am 31. Dezember 2013, die sich mittels Fortschreibungen aus den Zensusdaten vom Mai 2011 ergeben hat.¹¹ Ab 2014 handelt es sich somit um die Ergebnisse von Modellrechnungen, für 2013 um – teilweise vorläufige – Angaben des Statistischen Bundesamtes.¹² Der gesamte Zeithorizont der Modellrechnungen umfasst einen Zeitraum von nahezu 50 Jahren und endet 2060. Auf eine Erweiterung bis 2070 oder sogar darüber hinaus wurde bewusst verzichtet.

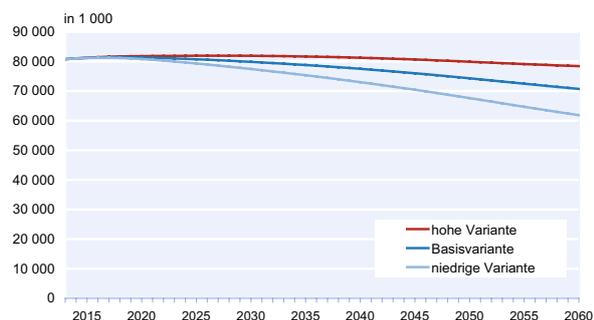
Abbildung 1 stellt die Entwicklung des Bevölkerungsumfangs Deutschlands bis 2060 in Abhängigkeit von der gewählten Variante dar.

- In allen drei Varianten steigt die Bevölkerung Deutschlands zunächst leicht an und erreicht in der Basisvariante

¹¹ Statistisches Bundesamt (2014b).

¹² Die Bewegungsgrößen wie die Anzahl der Gestorbenen beziehen sich auf das jeweilige Jahr, die Bestandsgrößen auf den 31. Dezember des jeweiligen Jahres.

Abb. 1
Bevölkerungszahl in Deutschland 2013–2060



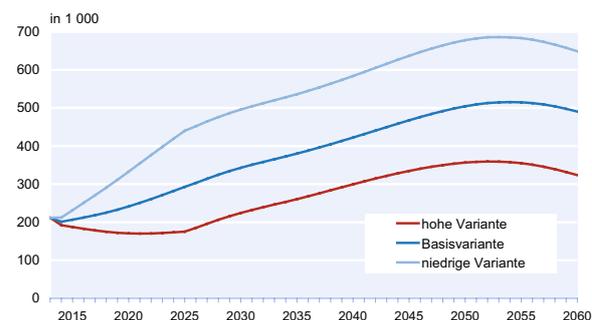
Quelle: Berechnungen der Autoren.

te bzw. der hohen Variante 2020 näherungsweise ein Niveau, das über eine halbe Million bzw. eine Million oberhalb des Wertes von 2013 liegt.

- In der niedrigen Variante sinkt die Bevölkerung Deutschlands bereits ab 2018 und erreicht 2020 mit 80,8 Millionen etwa das Niveau von 2013. Bis 2030 nimmt der Bevölkerungsumfang auf 77,4 Millionen ab, innerhalb der folgenden 20 Jahre geht die Bevölkerung auf 67,6 Millionen zurück. 2060 leben demnach nur noch 61,9 Millionen Personen in Deutschland. Damit wäre die Einwohnerzahl um nahezu ein Viertel (23,4%) niedriger als die von 2013.
- In der Basisvariante, in der für alle drei Bevölkerungskomponenten positivere Annahmen gemacht werden, sind die Rückgänge nicht so stark ausgeprägt. 2020 beträgt die Bevölkerungszahl 81,3, 2030 79,9 Millionen. Erst danach setzt ein Bevölkerungsrückgang in größerem Umfang ein: Die Bevölkerung nimmt demnach bis 2050 auf 74,3 und bis 2060 schließlich auf 70,7 Millionen Einwohner, d.h. gegenüber 2013 um 12,4%, ab.
- Der hohen Variante nach würde die Bevölkerung bis 2060 nur um 2,9% zurückgehen. Bis 2030 ergibt sich gegenüber heute sogar eine leichte Zunahme der Einwohnerzahl auf knapp 82 Millionen, anschließend beginnt ein leichter Bevölkerungsrückgang auf 81,2 Millionen Einwohner 2040.¹³ Das wären immer noch eine halbe Million Einwohner mehr als Ende 2013. Erst in den folgenden 20 Jahren käme es dann zu einem stärkeren Rückgang um rund 3 Millionen auf 78,4 Millionen 2060.
- Werden die vorstehenden Resultate mit den Modellrechnungen von 2012 verglichen, so zeigt sich – obwohl beim Zensus 2011 gegenüber den Fortschreibungsdaten des Statistischen Bundesamtes rund 1,5 Millionen Einwohner »verloren gingen« und die Wanderungen nach oben revidiert werden mussten – bereits mittelfristig eine grundsätzlich gleiche Tendenz wie in der Studie von 2012. Die leicht höheren Werte, die sich langfristig gegenüber früheren Vorausberechnungen ergeben, resultieren aus den höheren Zuwanderungen, die den niedrigeren Ausgangswert mehr als kompensieren.

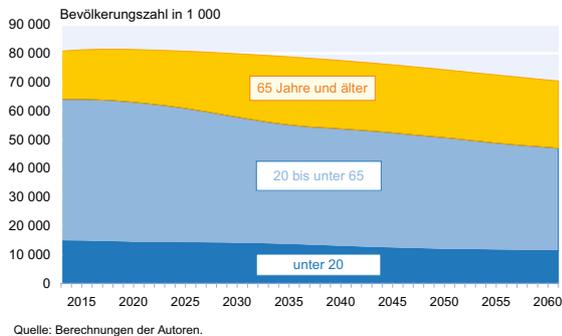
¹³ Diese Einwohnerzahl würde damit näherungsweise der für Ende 2014 erwarteten entsprechen.

Abb. 2
Geburtendefizit in Deutschland 2013–2060



Quelle: Berechnungen der Autoren.

Abb. 3
Bevölkerungszahl und Altersstruktur in Deutschland 2013–2060
(Basisvariante)



In allen Modellrechnungen übersteigt die Anzahl der Sterbefälle eines Jahres die Anzahl der Lebendgeborenen desselben Jahres deutlich. Dies zeigt auch Abbildung 2, in der abhängig von der jeweiligen Variante das Geburtendefizit, also die Differenz zwischen den Sterbefällen und den Geborenen eines Jahres, dargestellt wird.

- In der niedrigen Variante ist das Geburtendefizit im Zeitablauf durchgängig am höchsten. Es steigt von 212 000 im Jahr 2013 auf über 500 000 ab dem Jahr 2031 und erreicht sein Maximum im Jahr 2053 mit über 686 000, 2060 beträgt es knapp 649 000. Da dieses Defizit nur durch eine positive Nettowanderung ausgeglichen werden kann, müsste vereinfacht gesagt diese in den einzelnen Jahren dem Geburtendefizit entsprechen. Dies ist aber nur bis 2017 der Fall. Bereits ab 2018 übersteigt das Geburtendefizit den Wanderungssaldo. Ab 2020 wird in der niedrigen Variante von einer Nettowanderung von nur 100 000 Personen jährlich ausgegangen, das Geburtendefizit kann dann daher durch den Wanderungssaldo auch nicht annähernd ausgeglichen werden.
- In der Basisvariante ergibt sich ein Geburtendefizit, das in der Spitze um 173 000 Personen geringer als nach der niedrigen Variante ausfällt. In dieser Variante kann ab 2019 in keinem Jahr das Geburtendefizit durch die Nettowanderung kompensiert werden, obwohl der ange-

nommene Wanderungssaldo ab 2020 150 000 Personen beträgt. Für 2060 ergibt sich ein Geburtendefizit von rund 490 000 Personen.

- Ein ähnliches Bild, jedoch wegen der höheren Annahmen über die Lebenserwartung und die Fertilität auf deutlich niedrigerem Niveau, zeigt sich in der hohen Variante, in der bis zum Jahr 2027 das Geburtendefizit unter 200 000 Personen jährlich liegt und damit unter der angenommenen Höhe der Nettowanderung. Erst danach steigt das Geburtendefizit an, bis es im Jahr 2052 sein Maximum erreicht. Dieses liegt jedoch nur bei knapp 360 000. 2060 ergibt sich ein Wert von 324 000. Hier machen sich die höheren Annahmen über die Lebenserwartung und die Fertilität bemerkbar.

Abbildung 3 zeigt für die Basisvariante nicht nur noch einmal die Entwicklung der Bevölkerung insgesamt, sondern vor allem auch die Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung vom Jahr 2013 bis zum Jahr 2060. Während sowohl die Anzahl der unter 20 Jahre alten Personen als auch die der 20- bis unter 65-Jährigen bis 2060 kontinuierlich sinkt, steigt im selben Zeitraum die Anzahl der mindestens 65 Jahre alten Personen ständig und das bei insgesamt sinkender Bevölkerung. Im Einzelnen:

- Die Anzahl der unter 20-Jährigen fällt von 14,6 Millionen 2013 auf 11,3 Millionen im Jahr 2060. Der Anteil der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung beträgt im Jahr 2013 18,1%, er liegt 2030 noch bei 17,3 und geht bis 2060 auf 15,9% zurück.
- Die Anzahl der 20- bis unter 65-Jährigen reduziert sich von 49,3 Millionen 2013 auf 36,0 Millionen 2060, also um 27%. Der Anteil von Personen der mittleren Altersklasse liegt 2013 bei 61,0%, er verringert sich bis 2030 bereits auf 55,1% und beträgt 2060 nur noch 51,0%.
- Die Anzahl der mindestens 65 Jahre alten Personen nimmt dagegen deutlich zu: Von 16,8 Millionen auf 23,4 Millionen im Jahr 2060. Ihr Anteil an der Bevölkerung steigt damit von 20,8% 2013 über 27,6% 2030 auf 33,1% 2060. In diesem Jahr wäre demnach jede dritte Person in Deutschland mindestens 65 Jahre alt.

Abb. 4a
Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland, 2013 und 2060
(Altersgrenze zwischen Bevölkerung im Erwerbsalter und im Rentenalter 65 Jahre)

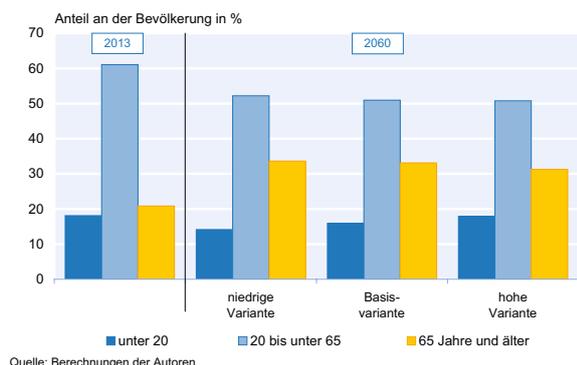
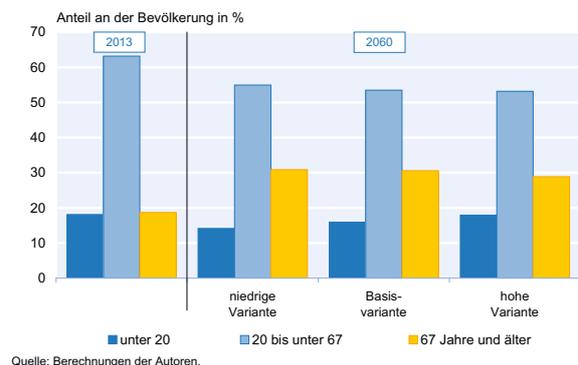


Abb. 4b
Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland, 2013 und 2060
(Altersgrenze zwischen Bevölkerung im Erwerbsalter und im Rentenalter 67 Jahre)



Die Abbildungen 4a und 4b, die sich in der Altersgrenze zwischen der Bevölkerung im Erwerbsalter und der Bevölkerung im Rentenalter unterscheiden, liefern varianten- und altersgrenzenabhängige Darstellungen der Altersstruktur der Bevölkerung für das Jahr 2060 und gestatten einen direkten Vergleich mit den Werten für 2013. Bei Abbildung 4a liegt die genannte Altersgrenze bei 65 Jahren, in Abbildung 4b bei 67 Jahren, wie es der ab 2029 geltenden Regelaltersgrenze für den Renteneintritt entspricht:

- Der Anteil der unter 20-Jährigen an der Gesamtbevölkerung 2060 steigt mit der Fertilitätsannahme. Während er bei der niedrigen Variante nur 14,2% und bei der Basisvariante 15,9% beträgt, liegt er bei der hohen Variante bei 18,0%, entspricht also fast dem Wert des Jahres 2013 (18,1%), in der Spitze ergibt sich sogar ein leicht über dem Wert von 2013 liegender Anteil (18,5% 2034).
- Bei der mittleren und der oberen Altersklasse sind die Unterschiede in den Resultaten der drei Varianten für 2060 weder relativ noch absolut so groß wie bei der unteren Altersklasse. Allerdings unterscheiden sich alle Werte sehr deutlich vom Ausgangswert für das Jahr 2013 (61,0%). Die Werte für die mittlere Altersklasse liegen zwischen 50,8% (hohe Variante) und 52,2% (niedrige Variante). Der Rückgang der Bevölkerung im Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre) ist also deutlich. Die obere Altersklasse startet 2013 bei 20,8%, für 2060 ergeben sich Werte zwischen 31,3% (hohe Variante) und 33,6% (niedrige Variante). Für die mittlere Altersklasse sind die Werte für die Basisvariante und die hohe Variante nahezu identisch, für die obere Altersklasse gilt dies für die niedrige und die Basisvariante.

Wird als Altersgrenze zwischen der Bevölkerung im Erwerbsalter und der Bevölkerung im Rentenalter das Alter von 67 Jahren gewählt, so ergeben sich die in Abbildung 4b dargestellten Ergebnisse.

- Der Anteil der Personen in der unteren Altersklasse an der Bevölkerung ist von dieser Veränderung nicht beeinflusst, die Ergebnisse stimmen mit denen in Abbildung 4a überein.
- Für die mittlere Altersklasse ergeben sich 2060 Anteile, die um rund 2,5 Prozentpunkte höher liegen als bei der Altersgrenze von 65 Jahren. Dementsprechend reduziert sich die Bevölkerung im Rentenalter um diese 2,5 Prozentpunkte. Diese auf den ersten Blick gering erscheinenden Veränderungen sind aber durchaus von Bedeutung. So verändert sich zum Beispiel in der Basisvariante das Verhältnis von Personen im Erwerbsalter zu Personen im Rentenalter von 1,54 auf 1,75. Es erhöht – um nicht zu sagen, verbessert – sich damit um 14%. Ende 2013 lag dieses Verhältnis bei der damaligen Regelaltersgrenze der Rentenversicherung bei knapp 3. Die grundsätzliche Verschlechterung des Verhältnisses zwischen potenziellen

Beitragszahlern der Rentenversicherung und der Anzahl der potenziellen Rentner wird hier deutlich. Sie kann auch durch die gegenüber der Modellrechnung von 2012 anderen Rahmenbedingungen (z.B. die höheren Wanderungen bis 2020) nicht aufgehalten werden.

In Abbildung 5 wird die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung anhand einer einzigen Größe, des Medianalters der Bevölkerung, dargestellt.

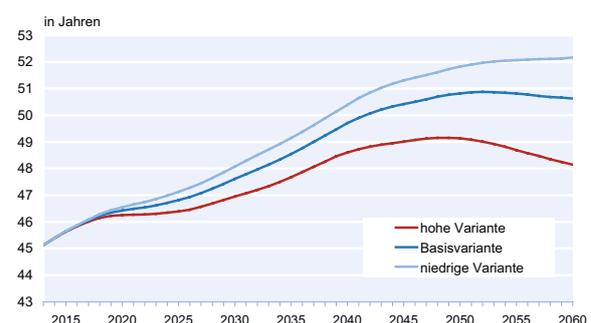
- Das Medianalter teilt die Bevölkerung in eine jüngere und eine ältere Hälfte. 2013 lag es bei 45,1 Jahren.
- In allen drei Varianten steigt es bis zum Jahr 2049 deutlich an. In der niedrigen Variante erreicht es 2060 mit 52,2 Jahren sein Maximum. In der Basisvariante beträgt es 2060 50,6 Jahre, erreicht aber 2052 schon sein Maximum von 50,9 Jahren. In der hohen Variante liegt das Medianalter deutlich niedriger: Es erreicht bereits 2049 mit 49,2 Jahren sein Maximum und liegt 2060 mit 48,1 Jahren immer noch deutlich über dem Wert von 2013.
- Wird das arithmetische Mittel als Durchschnittsalter verwendet, so zeigt sich, dass dieses in fast allen Jahren niedriger als das Medianalter ist, und zwar bis zu 1,5 Jahren. Lediglich in der hohen Variante ergibt sich ab dem Jahr 2056 näherungsweise ein identischer Wert für beide Maßzahlen.

Im Folgenden werden einige Altersklassen der Bevölkerung herausgegriffen, um an ihnen die unterschiedlichen Entwicklungen in den nächsten gut 45 Jahren zu verdeutlichen.

In Abbildung 6 wird zunächst die Entwicklung der Anzahl der Sechsjährigen in Deutschland dargelegt. Diese kann – selbst wenn das Einschulungsalter weiter vorgezogen wird und sich in den einzelnen Bundesländern etwas unterscheidet – näherungsweise unter anderem Auskunft darüber geben, wie sich die Anzahl der Schulanfänger entwickelt.

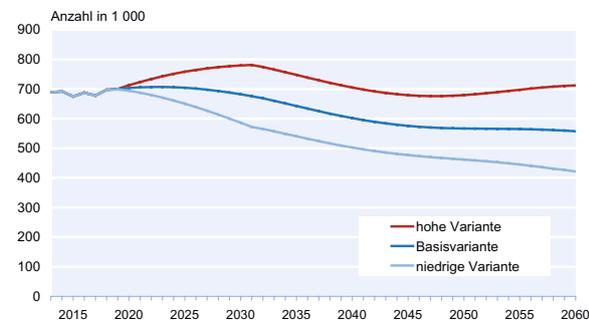
- Bis zum Jahr 2019 ist die Entwicklung in allen drei Varianten nahezu identisch, da diese von der Fertilität gar

Abb. 5
Medianalter der Bevölkerung in Deutschland 2013–2060



Quelle: Berechnungen der Autoren.

Abb. 6
Sechsjährige in Deutschland 2013–2060



Quelle: Berechnungen der Autoren.

nicht und von den unterschiedlichen Wanderungs- bzw. Lebenserwartungsannahmen kaum beeinflusst wird. Danach zeigen sich jedoch wesentliche Differenzen, die in erster Linie auf die verschiedenen Fertilitätsannahmen zurückzuführen sind.

- Die Unterschiede in der Entwicklung der Anzahl der Sechsjährigen steigen nach 2019 bis ungefähr 2030 relativ schnell an. In der Basisvariante ist 2030 mit 682 000, in der unteren Variante mit nur 586 000 Sechsjährigen zu rechnen. In der mittleren Variante bewegt sich die Anzahl der Sechsjährigen ab 2018 bis 2028 immer leicht oberhalb des heutigen Wertes, danach nimmt sie bis 2060 um 133 000 ab. In der oberen Variante beträgt die Anzahl der Sechsjährigen 2030 780 000 und ist damit um 90 000 höher als gegenwärtig. Hier machen sich die Wanderungsannahmen unmittelbar bemerkbar. Nach 2031 geht auch in dieser Variante die Anzahl der Sechsjährigen zunächst zurück – bis auf 676 000, um nach 2047 bis 2060 wieder leicht zuzunehmen auf 712 000, einen Wert, der über dem Ausgangswert für 2013 von 690 000 liegt.
- Im Jahr 2060 sind die Differenzen zwischen den drei Varianten am größten. Während die Anzahl der Sechsjährigen bei der niedrigen Variante bei nur 421 000 liegt, be-

trägt diese Anzahl der Basisvariante nach 557 000¹⁴ und bei der hohen Variante sogar 712 000.

Aus ganz anderer Sicht gibt Abbildung 7a einen Einblick in die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung. Die dargestellte zeitliche Entwicklung der Anzahl der mindestens 80 Jahre alten Personen, der Hochbetagten, ist eindeutig:

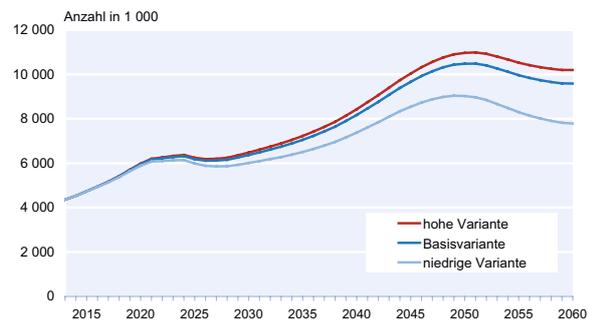
- Selbst in der niedrigen, bezüglich der Lebenserwartung eher pessimistischen Variante steigt die Anzahl der mindestens 80-Jährigen von heute 4,4 Millionen bis zum Jahr 2049 auf über 9,0 Millionen an – und das bei deutlich sinkender Gesamtbevölkerung. Im Jahr 2060 liegt die Anzahl der mindestens 80-Jährigen immer noch bei 7,8 Millionen Personen.
- Viel gravierender stellt sich die Entwicklung der Anzahl der Hochbetagten jedoch in den beiden anderen Varianten dar. In der Basisvariante steigt sie bis auf 10,5, in der hohen Variante sogar auf 11,0 Millionen Personen im Jahr 2051; neun Jahre später leben 9,6 bzw. 10,2 Millionen mindestens 80 Jahre alte Personen in Deutschland.

Wie drastisch diese Zuwächse sind, kann ein Vergleich der Basisvariante hinsichtlich der Anzahl der mindestens 80-Jährigen mit der Anzahl der Null- bis unter Sechsjährigen zeigen (vgl. Abb. 7b).

- Während bis 2060 die Anzahl der unter Sechsjährigen um etwa 20% zurückgeht, nimmt im selben Zeitraum die Anzahl der mindestens 80-Jährigen in der Spitze um über 140% zu (2050), selbst im Jahr 2060 liegt sie noch beim 2,2-fachen des Wertes für 2013.
- Aktuell gibt es rund 7% mehr mindestens 80-Jährige als unter Sechsjährige. Dieses Verhältnis nimmt nahezu kontinuierlich zu, und bereits ab 2047 wird es dreimal – z.T.

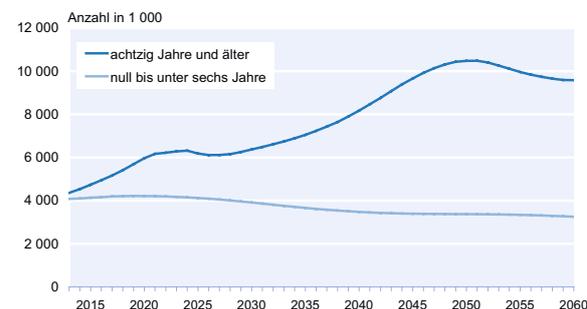
¹⁴ Unter den Fertilitäts- und Lebenserwartungsannahmen der Basisvariante und bei einer Nettowanderung von null ab 2020 würde im Jahr 2030 die Anzahl der Sechsjährigen nur 655 000, im Jahr 2060 nur 483 000 betragen. Die Differenz von 27 000 bzw. 74 000 Personen gegenüber den Werten nach der Basisvariante ist zu einem großen Teil auf den Fertilitätseffekt der Nettowanderung zurückzuführen (vgl. auch Tab. 4).

Abb. 7a
Mindestens Achtzigjährige in Deutschland 2013–2060



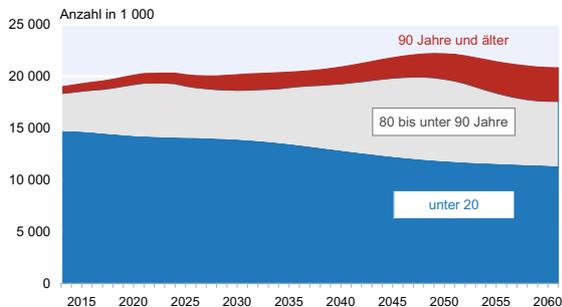
Quelle: Berechnungen der Autoren.

Abb. 7b
Unter Sechs- und mindestens Achtzigjährige in Deutschland 2013–2060 (Basisvariante)



Quelle: Berechnungen der Autoren.

Abb. 8
Unter Zwanzigjährige und Hochbetagte in Deutschland 2013–2060
 (Basisvariante)



Quelle: Berechnungen der Autoren.

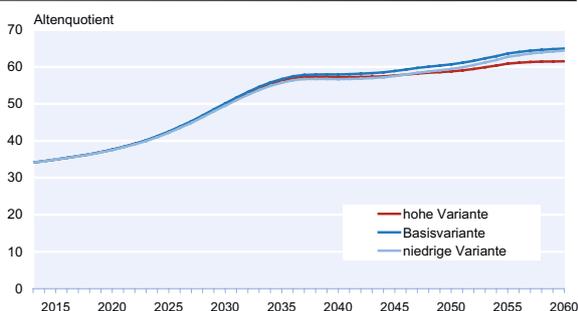
sogar mehr – so viele mindestens 80-Jährige wie unter Sechsjährige geben. Bis 2060 verharrt das Verhältnis näherungsweise auf diesem hohen Niveau.

- In diesen Zahlen für die ältere Bevölkerung liegt – vor allem aber nicht nur wegen der gegenwärtigen Finanzierungsverfahren der sozialen Sicherungssysteme – ein hohes Belastungspotenzial für die Kranken- und Pflegeversicherung und letztlich auch für die Rentenversicherung. Dies wird besonders daran deutlich, dass gleichzeitig die Bevölkerungszahl zurückgeht. Auch diese Daten weisen darauf hin, dass die wirklich großen Belastungen nach 2030 einsetzen, wenn immer mehr Jahrgänge der Babyboomergeneration im Rentenalter sind.

Kaum weniger deutlich zeigt Abbildung 8 die Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung. In dieser Graphik werden die Entwicklung der Anzahl der unter 20-Jährigen und die der mindestens 80-Jährigen gemäß der Basisvariante bis zum Jahr 2060 dargestellt. Dabei wird die obere Altersklasse nochmals in zwei Klassen unterteilt und die Basisvariante der Modellrechnung betrachtet.

- 2013 beträgt die Anzahl der unter 20-Jährigen noch 14,6 Millionen. Sie fällt relativ gleichmäßig bis zum Jahr 2060 auf 11,3 Millionen Personen.
- Im selben Zeitraum steigt die Anzahl der 80 bis unter 90 Jahre alten Personen von 3,7 auf 6,3 Millionen an,

Abb. 9a
Altenquotient in Deutschland 2013–2060
 (Altersgrenze: 65 Jahre)



Quelle: Berechnungen der Autoren.

während die Anzahl der mindestens 90-Jährigen sogar von knapp 0,7 Millionen auf über 3,2 Millionen zunimmt und sich damit nahezu verfünffacht.

- Während Anfang des betrachteten Zeitraums die Anzahl der unter 20-Jährigen noch beim 3,4-fachen der Anzahl der mindestens 80-Jährigen lag, gibt es Ende 2060 nur rund 18 % mehr unter 20-Jährige als mindestens 80-Jährige.

Kenngroßen zur Altersstruktur der Bevölkerung 2013 bis 2060: Die Älteren dominieren die Zukunft stärker

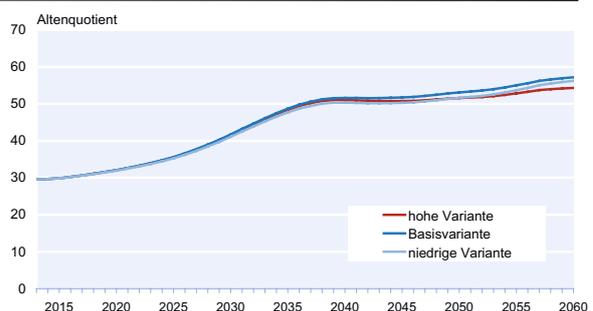
Im Folgenden sollen einige Beziehungszahlen zur Altersstruktur der Bevölkerung die im vorangehenden Abschnitt sich schon abzeichnenden Veränderungen der Altersstruktur der Bevölkerung stärker verdeutlichen, als es die zuvor angegebenen Größen konnten. Die Beziehungszahlen, die hier zur Charakterisierung der Altersstruktur der Bevölkerung dienen, sind der Altenquotient und der Jungenquotient sowie als Summe dieser beiden der Gesamlastquotient. Hinzu kommt das Verhältnis von Jungenquotient zu Altenquotient, das gleich dem aus der Anzahl der unter 20-Jährigen und der Anzahl der 65-Jährigen und Älteren gebildeten Quotienten ist. Nachdem das gesetzliche Renteneintrittsalter in Deutschland von 65 auf 67 Jahre steigen soll – und gegenwärtig schon bei 65 Jahren und drei Monaten liegt, werden bei der Berechnung der genannten Kenngrößen als Altersgrenze zwischen der Bevölkerung im Erwerbsalter und der im Rentenalter einmal 65 und einmal 67 Jahre gewählt.¹⁵

Die Abbildungen 9a und 9b geben die Entwicklung des Altenquotienten in beiden Abgrenzungen an.

- Der Altenquotient 65 steigt von heute 34,1 in der niedrigen Variante auf einen Wert von 49,5 im Jahr 2030 und weiter auf 55,7 (2035), 60,5 (2052) sowie 64,4 (2060).

¹⁵ Welche Altersgrenze jeweils den Größen zugrunde liegt, wird – soweit erforderlich – im Text durch den Zusatz 65 (Jahre) bzw. 67 (Jahre) verdeutlicht.

Abb. 9b
Altenquotient in Deutschland 2013–2060
 (Altersgrenze: 67 Jahre)



Quelle: Berechnungen der Autoren.

- In der Basisvariante ergibt sich für diesen Quotienten im Jahr 2035 mit 56,7 ein Wert, der nur um einen Prozentpunkt höher ist als in der niedrigen Variante; die Differenzen zwischen Werten der beiden Varianten bleiben immer unter zwei Punkten. 2050 beträgt der Altenquotient 65 in der Basisvariante 60,7 und 2060 65,0. Dies ist der höchste Wert, der im betrachteten Zeitraum von einer der drei Varianten erreicht wird. Nur in der modifizierten Basisvariante mit einer Nettowanderung von null ergibt sich für 2060 mit 72,5 ein – sogar deutlich – höherer Wert für den Altenquotienten 65. Dieser Wert weist wiederum daraufhin, dass der in der Basisvariante angenommene jährliche Wanderungssaldo von 150.000 einen deutlich positiven Effekt auf den Altenquotienten hat.
- In der hohen Variante liegt der Altenquotient 65 zunächst nahe am Wert der Basisvariante. Ab 2046 unterschreitet er den Wert der niedrigen Variante. 2060 beträgt der Altenquotient 65 in der hohen Variante 61,5.
- Speziell die Entwicklung des Altenquotienten 65 bis zum Jahr 2035 wird vor allem von den geburtenstarken Jahrgängen der Babyboomergeneration getragen. Diese zeigen sich auch mit einer zeitlichen Verschiebung von 15 Jahren bei der Entwicklung der Anzahl der mindestens 80-jährigen Personen (vgl. Abb. 7a).
- Abbildung 9a veranschaulicht, dass in allen drei Varianten die Altenquotienten dicht beieinander liegen. Dies deutet darauf hin, dass dieser Quotient in seiner negativen Entwicklung relativ stabil ist, und es verdeutlicht gleichzeitig die Notwendigkeit der Verschiebung der Grenze zwischen Erwerbs- und Rentenalter nach oben.
- Abbildung 9b zeigt, welche Auswirkungen eine Verschiebung der Altersgrenze auf 67 Jahre auf den Altenquotienten hat. Grundsätzlich zeigt sich zunächst dasselbe Bild wie bei der Altersgrenze 65, jedoch findet die Entwicklung auf einem niedrigeren Niveau statt. Interessant ist hier insbesondere die Zeit ab 2030, ab der die Altersgrenze von 67 Jahren für das gesetzliche Renteneintrittsalter gilt.¹⁶ In diesem Jahr liegt der Altenquotient 67 bereits deutlich unter dem in Abbildung 9a. Für die niedrige Variante ergibt sich der Wert 41,1 statt 49,5, in der Basisvariante resultiert 41,7 statt 50,1 und in der hohen Variante 41,6 statt 49,9. Es zeigen sich hier bereits die aus der Verschiebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters folgenden positiven Auswirkungen auf die Belastung der jüngeren Generation, d.h. der Generation im Erwerbsalter durch die Generation im Rentenalter.
- Ebenso deutlich zeigen sich die Konsequenzen einer Verschiebung der Altersgrenze auf 67 Jahre, d.h. auch die positiven Folgen der Rente mit 67, wenn die Werte bezogen auf das Jahr 2060 miteinander verglichen werden. In allen drei Varianten liegt der Altenquotient 67 um sieben bis neun Punkte unter den vergleichbaren Werten für den

¹⁶ Genauer gilt das gesetzliche Renteneintrittsalter von 67 Jahren ab 2029. Der erste Jahrgang, für den die Altersgrenze von 67 Jahren für den Renteneintritt gilt, ist der Jahrgang 1964, der demnach 2031 dieses Renteneintrittsalter erreicht.

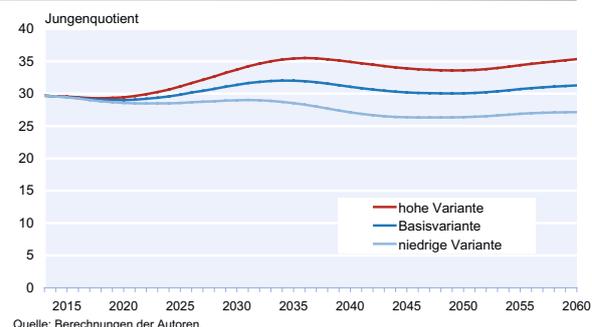
Altenquotienten 65. Diese auf den ersten Blick vielleicht etwas unerwartet großen Auswirkungen sind darauf zurückzuführen, dass durch die Veränderung der Altersgrenze nicht nur der Nenner des Altenquotienten größer, sondern gleichzeitig auch der Zähler kleiner wird; also gewissermaßen ein doppelter Effekt entsteht.

Der Jungenquotient wird an dieser Stelle nur mit der Altersgrenze 65 Jahre für die Bevölkerung im Erwerbsalter dargestellt. Das hat seinen Grund darin, dass die Unterschiede in den Ergebnissen der Berechnungen für die beiden Altersgrenzen nur maximal zwei Punkte betragen. Dies wiederum ist darauf zurückzuführen, dass bei der Berechnung des Jungenquotienten die Altersgrenze nur den Nenner beeinflusst, das heißt, die Heraufsetzung der Altersgrenze auf 67 Jahre führt beim Nenner zu einem höheren Wert, der Zähler bleibt dagegen unverändert.

Während sich beim Altenquotienten die drei Varianten im Verlauf kaum unterscheiden, der Quotient selbst allerdings im Zeitverlauf deutlich ansteigt, zeigt sich hier ein gegensätzliches Bild. Ausgehend von einem Wert von 29,7 im Jahr 2013 ergeben sich in der Basisvariante keine großen Veränderungen. Einem anfänglichen leichten Rückgang des Quotienten folgt eine Zunahme, bis im Jahr 2034 mit 32,0 ein Maximum und 2060 schließlich mit 31,3 ein Wert, der nur geringfügig über dem Ausgangswert von 2013 liegt, erreicht wird.

- In der hohen Variante kommt es bis 2036 zu einer deutlichen Steigerung des Quotienten bis auf einen Wert von 35,5. Anschließend verläuft die Kurve nahezu parallel zu derjenigen der Basisvariante. 2060 liegt der Jungenquotient mit 35,3 um 5,6 Punkte über dem Wert von 2013. Die höhere Fertilitätsannahme macht sich hier bemerkbar.
- In der niedrigen Variante kommt es zunächst zu einem Rückgang auf 26,3 im Jahre 2048. Von da ab verläuft die Kurve nahezu parallel zu den beiden anderen, und für 2060 ergibt sich ein Wert von 27,1. Die Unterschiede in den Ergebnissen für die drei Varianten betragen demnach etwas über 8 Prozentpunkte, das sind bezogen auf den 2060er Wert der niedrigen Variante ungefähr 30%. Diese

Abb. 10
Jungenquotient in Deutschland 2013–2060
(Altersgrenze: 65 Jahre)

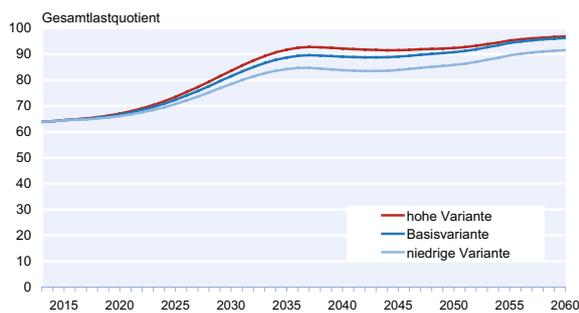


Unterschiede sollten nicht darüber hinweg täuschen, dass die Veränderungen beim Jungenquotienten im Verhältnis zu denen des Altenquotienten gering sind. Gleichzeitig weist dieser Verlauf darauf hin, dass die durch die Zunahme des Altenquotienten signalisierte Belastung nicht durch einen entsprechenden Rückgang des Jungenquotienten kompensiert werden kann.

- Bestätigt wird dies auch durch die Entwicklung des Gesamtlastquotienten (vgl. Abb. 11), der 2013 63,8 beträgt. Er lässt in allen Varianten eine Zunahme erkennen, die zum größten Teil im Zeitraum bis 2037 erfolgt. Danach ergeben sich leichte Veränderungen bis zu einem Höchstwert von 96,9 im Jahr 2060 (hohe Variante). Der Basisvariante nach zeigt sich eine ganz ähnliche Entwicklung bis auf einen Wert von 96,3 (2060). In der niedrigen Variante steigt der Gesamtlastquotient etwas schwächer bis auf einen Wert von 91,6 (2060). Die Steigerung des Gesamtlastquotienten beträgt demnach je nach Variante zwischen 44% und 52%. Interessanterweise ist die Zunahme in der oberen Variante mit der hohen Zuwanderung und der höheren Fertilität am höchsten.¹⁷ Nur in der modifizierten Basisvariante mit einem Wanderungssaldo von null ergibt sich 2060 mit 104,5 ein noch höherer Wert.

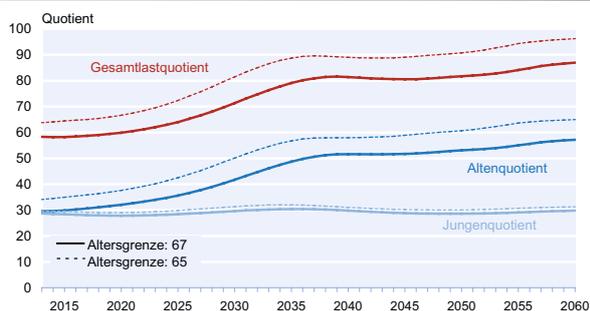
¹⁷ Erst wenn bei der hohen Variante ab 2020 der Wanderungssaldo von 200 000 auf 350 000 jährlich – und damit deutlich – gesteigert würde, fiel 2060 der Gesamtlastquotient unter den Wert der niedrigen Variante, gleichzeitig würde dies 2060 jedoch zu einer Bevölkerung von 87 Millionen führen.

Abb. 11
Gesamtlastquotient in Deutschland 2013–2060
(Altersgrenze: 65 Jahre)



Quelle: Berechnungen der Autoren.

Abb. 12
Kennzahlen zur Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland 2013–2060



Quelle: Berechnungen der Autoren.

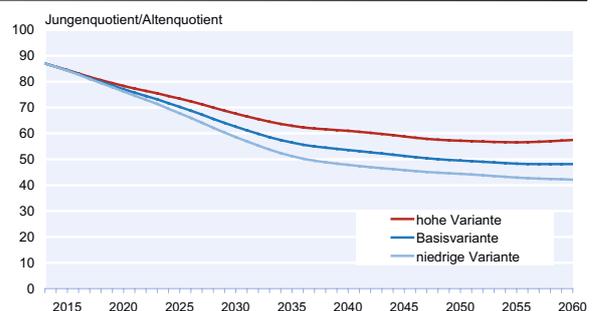
Wie bereits beim Altenquotienten gezeigt, ergibt sich auch beim Gesamtlastquotienten eine leichte Verbesserung der Situation, wenn als Altersgrenze 67 Jahre gewählt wird.

- Abbildung 12 stellt dies vergleichend sowohl für die Altenquotienten als auch für die Jungenquotienten und die Gesamtlastquotienten dar (jeweils Basisvariante). Hier wird nochmals deutlich, dass die Änderung der Altersgrenze für den Jungenquotienten kaum eine Bedeutung hat. Dagegen zeigen sich größere Auswirkungen beim Altenquotienten und beim Gesamtlastquotienten, bei denen es von 2013 bis 2060 zu Steigerungen von ungefähr 90% (Altenquotient 65) bzw. 51% (Gesamtlastquotient 65) kommt. Diese Steigerungen werden durch die – in der Rentenversicherung gleitende – Verschiebung der Altersgrenze auf rund 68% bzw. 36% reduziert.

Eine etwas andere Sicht ergibt das (hier mit 100 multipliziert angegebene) zahlenmäßige Verhältnis von Jungen zu Alten, das sich als Quotient aus Jungenquotient 65 und Altenquotient 65 berechnen lässt (vgl. Abb. 13).

- Der aktuelle Wert beträgt 87,0. Er zeigt damit an, dass es bereits heute weniger Personen gibt, die jünger als 20 Jahre alt sind, als Personen, die mindestens 65 Jahre alt sind. Die Relation fällt in allen drei Varianten, zunächst etwas schneller bis zum Jahr 2036, danach langsamer bis zum Jahr 2055. Ab diesem Jahr stagniert sie in der Basisvariante sowie der hohen Varianten nahezu, während sie in der niedrigen Variante noch etwas zurückgeht. 2060 werden Werte von 42,1 in der niedrigen, 48,1 in der mittleren und 57,4 in der hohen Variante erreicht. Langfristig ist somit davon auszugehen, dass es in Deutschland ungefähr doppelt so viele Personen gibt, die mindestens 65 Jahre alt sind wie unter 20-Jährige.
- Würde auch hier als Altersgrenze nicht 65, sondern 67 Jahre gewählt, so ergäbe sich für 2013 ein Wert von 96,9. Die weitere Entwicklung würde ähnlich wie in der 65er-Variante – aber auf einem anderen Niveau – verlaufen. 2060 werden dann Werte von 45,9 in der niedrigen, 52,1 in der mittleren und 62,2 in der hohen Variante erreicht.

Abb. 13
Jungenquotient/Altenquotient in Deutschland 2013–2060
(Altersgrenze: 65 Jahre)



Quelle: Berechnungen der Autoren.

Bevölkerung im Erwerbsalter 2013 bis 2060: Die Anzahl der Erwerbspersonen nimmt wesentlich schneller und stärker ab als die der Bevölkerung

Bereits im vorangehenden Abschnitt wurde deutlich, dass künftig in Deutschland die Anzahl der Personen im Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre) kräftig zurückgehen wird. Über das Ausmaß dieses Rückgangs geben die Abbildungen 14 bis 17 Auskunft.

- Abbildung 14 zeigt für alle drei Varianten die Entwicklung der Anzahl der Personen im Erwerbsalter bis 2060 (obere Altersgrenze 65 Jahre). Ausgehend von 49,3 Mill. Personen im Erwerbsalter im Jahr 2013 zeigt sich zunächst bis zum Jahr 2040 ein Rückgang auf knapp 40 bis gut 42 Millionen. Im weiteren Verlauf unterscheiden sich die Resultate der drei Varianten stärker. In der hohen Variante gibt es im Jahr 2060 noch 39,8 Millionen, in der Basisvariante 36,0 Millionen und in der niedrigen Variante nur noch 32,3 Millionen Personen im Erwerbsalter. Wird von einer Nettowanderung von null ausgegangen und werden ansonsten die Annahmen der Basisvariante beibehalten, so liegt die Bevölkerung im Erwerbsalter 2060 nur noch bei 30,6 Millionen, also noch unter dem aus der unteren Variante resultierenden Wert.
- Sofern in Anlehnung an die langfristige Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre bei der Berechnung der Personen im Erwerbsalter als Obergrenze das Alter 67 gewählt wird (BEA 67), liegt die Anzahl der Personen im Erwerbsalter 2060 um rund 1,8 Millionen höher als nach der ursprünglichen Altersgrenze. Diese hier in Abbildung 15 für die Basisvariante im Vergleich zur Wahl von 65 als Altersgrenze (BEA 65) gezeigte Entwicklung gilt in ähnlicher Weise auch in den anderen Varianten.
- Aussagekräftiger ist in diesem Zusammenhang der Anteil der Personen im Erwerbsalter an der Gesamtbevölkerung. Wie in Abbildung 16 gezeigt wird, ist der Rückgang dieses Anteils (ABEA 65) in allen drei Varianten deutlich geringer als bei der absoluten Zahl der Personen im Erwerbsalter. Dies hängt damit zusammen, dass die Verringerung der Anzahl der Personen im Erwerbsalter mit einem Rückgang der Bevölkerung insgesamt einhergeht. Es zeigt sich insbesondere, dass der Anteil der Personen im Erwerbsalter von 61,0% Ende 2013 bis zum Jahr 2036 auf Werte von 54,1% (niedrige Variante), 52,8% (Basisvariante) bzw. 51,9% (hohe Variante) deutlich fällt und sich danach bis zum Jahr 2060 nur noch geringfügig ändert, wobei die Unterschiede in den Werten für alle drei Varianten dann unter 1,5 Prozentpunkten liegen (52,2% niedrige Variante, 51,0% Basisvariante, 50,8% hohe Variante).¹⁸
- Wird als Altersgrenze erneut – in Analogie zur Abbildung 15 – das Alter von 67 Jahren (ABEA 67) gewählt, so ergibt sich für das Jahr 2060 ein Anteil der Personen im Erwerbsalter an der Bevölkerung von 53,5% (Basisvari-

Abb. 14
Personen im Erwerbsalter in Deutschland 2013–2060 (Altersgrenze: 65 Jahre)

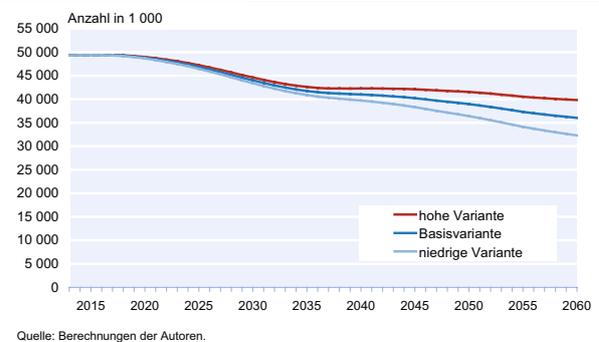


Abb. 15
Personen im Erwerbsalter in Deutschland 2013–2060 (Altersgrenze: 65 bzw. 67 Jahre, Basisvariante)

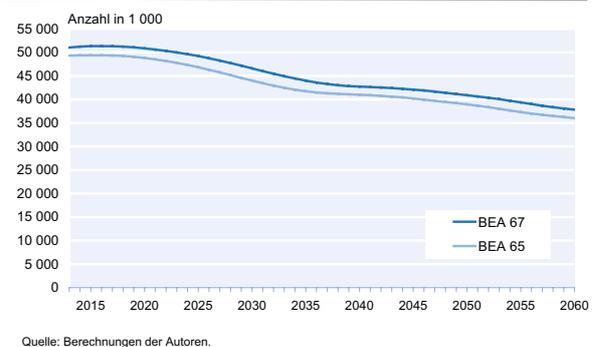


Abb. 16
Anteil der Personen im Erwerbsalter an der Gesamtbevölkerung in Deutschland 2013–2060 (Altersgrenze: 65 Jahre)

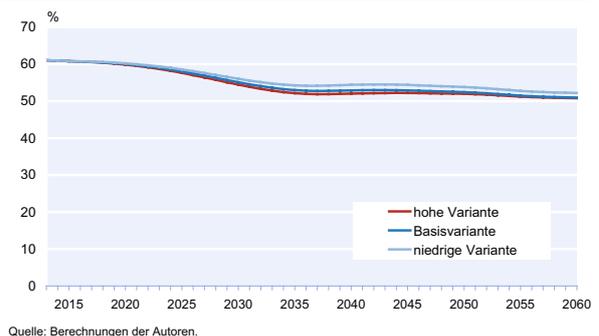
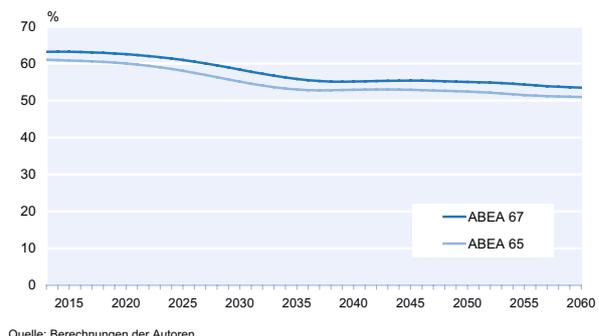


Abb. 17
Anteil der Personen im Erwerbsalter an der Gesamtbevölkerung in Deutschland 2013–2060 (Altersgrenze: 65 bzw. 67 Jahre, Basisvariante)



¹⁸ In der modifizierten Basisvariante beträgt der Wert sogar nur 48,9%.

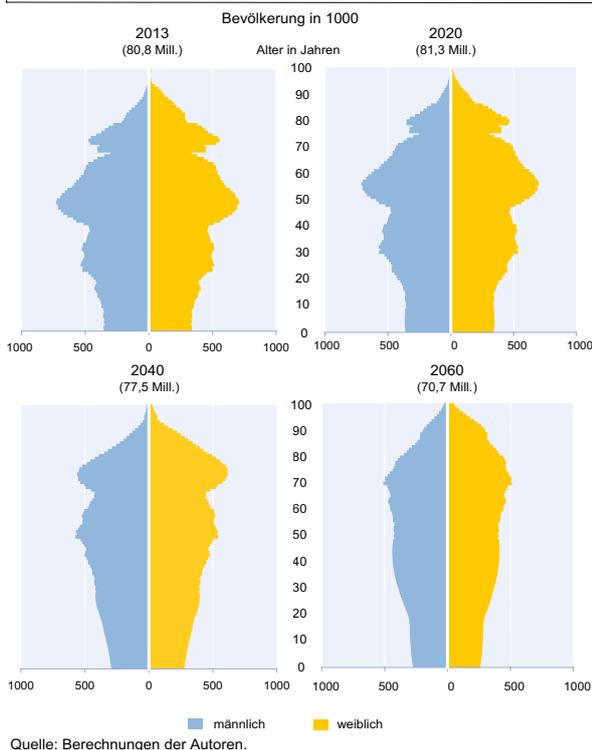
ante) gegenüber einem Wert von 51,0% bei einer Altersgrenze von 65 Jahren (ABEA 65, vgl. Abb. 17). Werden diese Werte mit dem bei der Altersgrenze von 65 Jahren geltenden Wert von 61,0% für 2013 verglichen, so zeigt sich zum einen, dass der Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter an der Gesamtbevölkerung nicht so stark zurückgeht wie die Anzahl der Bevölkerung im Erwerbsalter, zum anderen weist der höhere Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter bei der Altersgrenze 67 Ende 2060 erneut daraufhin, dass zum Beispiel durch bereits getroffene Maßnahmen wie die Einführung der Rente mit 67 ein nicht unwesentlicher Teil des Rückgangs aufgefangen werden kann.¹⁹ Zusätzliche Maßnahmen wie beispielsweise eine Erhöhung der Erwerbsquoten vor allem bei Frauen könnten diese Lücke weiter schließen (vgl. Bomsdorf 2008, S. 144 ff., Bellmann, Bomsdorf et al. 2013).

Demographische Entwicklung in Deutschland vom Zensus 2011 bis zum Jahr 2060: Bevölkerungspyramiden und tabellarische Zusammenfassung ausgewählter Ergebnisse

Abbildung 18 veranschaulicht anhand von Bevölkerungspyramiden die Entwicklung der Bevölkerung Deutschlands von 2013 bis 2060 (Basisvariante).

¹⁹ Um den Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter an der Bevölkerung auf dem heutigen Stand zu halten, müsste die obere Altersgrenze für die Bevölkerung im Erwerbsalter bis 2060 auf rund 71½ Jahre steigen.

Abb. 18
Bevölkerungspyramiden in Deutschland 2013, 2020, 2040 und 2060 (Basisvariante)

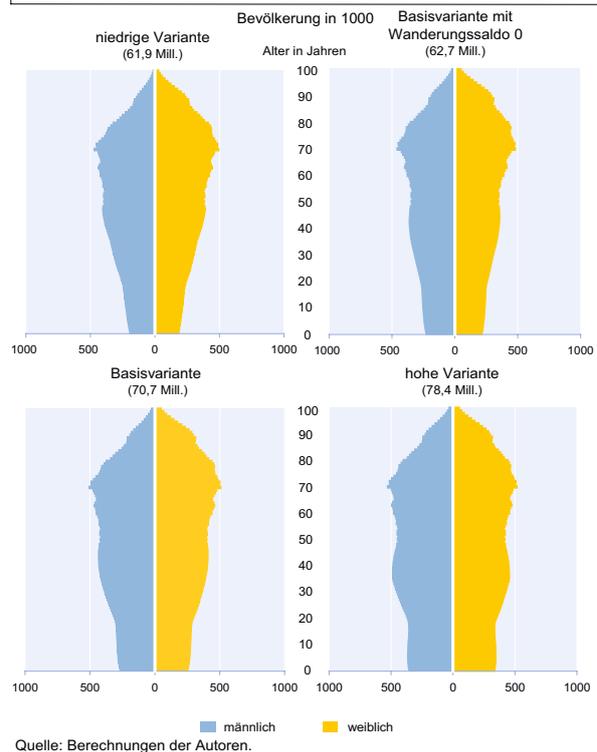


- Es ist klar erkennbar, wie die Bevölkerungspyramiden im Zeitablauf ihre Gestalt verändern. Die u.a. durch die Weltkriege bedingten Unregelmäßigkeiten in der Bevölkerungspyramide von 2013 sind spätestens bei der Bevölkerungspyramide 2040 nicht mehr erkennbar, dagegen machen sich die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre noch deutlich bemerkbar. Keine der sogenannten Bevölkerungspyramiden hat noch die Gestalt einer Pyramide, 2040 ließe sich fast von einer Mumie sprechen. Die Pyramiden werden im Zeitablauf immer schlanker, was auf die unter einem Wert von zwei liegende Fertilitätsrate (1,4) zurückzuführen ist.
- Außer in der Pyramide von 2060 ist in allen Darstellungen der 1967 einsetzende und zunächst 1973 beendete starke Rückgang der Geburtenzahlen und letztlich auch der Fertilitätsrate erkennbar. Für 2060 lässt sich dieser Effekt kaum noch nachvollziehen, da die entsprechenden Jahrgänge mittlerweile zu den Höchstaltrigen und damit den am schwächsten besetzten Jahrgängen gehören. Die Pyramide 2060 ist nicht mehr von Unregelmäßigkeiten geprägt.

Die Ergebnisse der Modellrechnungen für das Jahr 2060 werden in Abbildung 19 für die verschiedenen Varianten dargestellt.

- Die Unregelmäßigkeiten der Bevölkerungspyramide des Jahres 2013 sind in keiner der vier Varianten des Jahres 2060 noch erkennbar. Im Gegenteil, in allen Varianten

Abb. 19
Bevölkerungspyramiden in Deutschland 2060 (verschiedene Varianten)



zeigen die Bevölkerungspyramiden 2060 eine ähnliche Figur, auch wenn bei genauerer Betrachtung Unterschiede sichtbar werden und die verschiedenen Altersstrukturen nicht zu übersehen sind.

- In der unterschiedlichen Stärke der Verjüngung der Pyramiden in den niedrigen Altern machen sich die verschiedenen Fertilitätsannahmen bemerkbar. Entsprechend spiegelt sich bei den Hochaltrigen bei der hohen Variante die höhere Lebenserwartungsannahme wider. Die gesamte Fläche der einzelnen Bevölkerungspyramiden ist zusätzlich natürlich von den unterschiedlichen Wanderungsannahmen abhängig. Die zweite Pyramide geht von denselben Fertilitäts- und Lebenserwartungsannahmen wie die Basisvariante aus, unterstellt jedoch bis 2020 einen Rückgang des Wanderungssaldos auf null. In dieser Variante ergibt sich 2060 eine um 0,8 Millionen höhere Bevölkerungszahl als in der niedrigen Variante. Die gegenüber der niedrigen Variante um 100.000 Personen geringere Nettowanderung wird bezogen auf die Bevölkerungszahl durch die um 0,2 höhere Fertilitätsrate und die höhere Lebenserwartung im Zeitablauf etwas mehr als ausgeglichen. Bei der niedrigen Variante beträgt der Bevölkerungsrückgang von 2013 bis 2060 knapp 19 Millionen, in der Basisvariante mit Nullwanderung dagegen nur gut 18 Millionen Personen.
- Die Pyramiden der Basisvariante und insbesondere der hohen Variante wirken etwas fülliger. Bei der Pyramide der hohen Variante sind die Jahrgänge der 60-Jährigen und Jüngeren am gleichmäßigsten besetzt, dennoch ist auch erkennbar, dass bei den Personen im Alter von 0 bis 20 Jahren eine Verjüngung stattfindet. In den Altern oberhalb wirken noch etwas die geburtenstarken Jahrgänge der Jahre 1950 bis 1970 nach.

In den beiden folgenden Tabellen werden ausgewählte Ergebnisse der Modellrechnungen im Zeitablauf kompakt vorgestellt. Die Tabellen erlauben einen direkten Vergleich der Resultate der verschiedenen Varianten, dabei werden die Kenngrößen Bevölkerung, Bevölkerung im Erwerbsalter, Altersstruktur der Bevölkerung, Anzahl der Sechsjährigen sowie der Altenquotient und der Jungenquotient dargelegt.²⁰ Die Daten sprechen weitgehend für sich, daher werden hier nur einige Ergebnisse hervorgehoben.

In Tabelle 4 werden die jeweiligen Größen selbst präsentiert, während in Tabelle 5 die Entwicklung der in Tabelle 4 erfassten Daten mit Hilfe von Messzahlen wiedergegeben wird. Aus diesen lassen sich die relativen Veränderungen unmittelbar ablesen. In beiden Tabellen wird bei den drei Größen »Bevölkerung im Erwerbsalter«, »Altenquotient« und »Jungenquotient« als Abgrenzung zur älteren Bevölkerung, das heißt gleichsam zur Bevölkerung im bis 2011 geltenden Ren-

teneintrittsalter, das Alter von 65 Jahren gewählt. Zusätzlich wird eine dynamische Variante dargestellt. Bei dieser wird beispielsweise für das Jahr 2013 als obere Altersgrenze das Alter 65 Jahre und zwei Monate, für das Jahr 2020 das Alter von 65¼ Jahren und ab dem Jahr 2030 das Alter von 67 Jahren gewählt. Dies entspricht zeitlich und inhaltlich der Erhöhung der Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung gemäß der geltenden Gesetzgebung. Es lassen sich bei den genannten Größen so unmittelbar die Veränderungen feststellen, die auf die Rente mit 67 zurückgeführt werden können. Die Anzahl der Sechsjährigen kann – selbst wenn die Altersgrenze für die Einschulung unterschiedlich ist – als Anhaltspunkt für die Anzahl der Schulanfänger in den betreffenden Jahren gelten.

Mitunter wird die Frage gestellt, was passiert, wenn keine Wanderungen mehr stattfinden, genauer der Wanderungssaldo null ist. Diese Frage können beispielhaft die Ergebnisse der Basisvariante (0) beantworten, in der von einem Wanderungssaldo von null ab 2020 ausgegangen wird. Zu- und Abwanderung würden sich in dieser Variante dann also ausgleichen. An einigen Stellen ist diese Variante schon im vorangehenden Teil dargestellt worden. Die folgende Interpretation beschränkt sich weitgehend auf die drei Ausgangsvarianten.

- Große Unterschiede in den variantenabhängigen Modellrechnungen zeigen sich unmittelbar in der Entwicklung der Bevölkerung. Im Jahr 2020 beträgt in allen drei Varianten die Bevölkerung noch über 80 Millionen, was trotz der gegenüber den 2012 vorgelegten Modellrechnungen um eine Million niedrigeren Ausgangsbevölkerung für 2013 auf den ersten Blick überraschen mag. Es ist aber auf die aktuell hohen Nettowanderungen und daraus resultierend auf die gegenüber den Berechnungen von 2012 höheren Annahmen bzgl. der Wanderungssalden bis 2020 zurückzuführen. Die Unterschiede zwischen der hohen und der niedrigen Variante liegen 2020 bei einer Million Einwohnern. Danach öffnet sich die Schere zwischen den errechneten Bevölkerungsumfängen immer weiter. Bereits im Jahr 2040 beträgt der Unterschied zwischen der niedrigen und der hohen Variante über 8 Millionen Einwohner (hohe Variante 81,2 Millionen, niedrige Variante 73,0 Million). In der Basisvariante resultiert 2040 eine Bevölkerung von 77,5 Millionen. Die größten Unterschiede zeigen sich natürlich am Ende des Modellierungszeitraums, dem Jahr 2060, mit rund 16,5 Millionen zwischen den beiden extremen Varianten (hohe Variante 78,4 Millionen, Basisvariante 70,7 Millionen, niedrige Variante 61,9 Millionen Einwohner). Werden die in Tabelle 5 ausgewiesenen Messzahlen zur Interpretation der Ergebnisse hinzugezogen, so zeigt sich, dass der Rückgang der Bevölkerung von 2013 bis zum Jahr 2060 je nach Variante zwischen 2,9% und 23,4% beträgt.
- Wird die Bevölkerung im Erwerbsalter (BEA 65) betrachtet, so geht sie in allen drei Varianten deutlich zurück:

²⁰ Die Basisvariante (0) ist die Variante, bei der wie in der Basisvariante bzgl. Fertilität und Mortalität die mittleren Annahmen gelten, der Wanderungssaldo jedoch ab 2020 null gesetzt wurde.

Tab. 4
Eckdaten zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland für ausgewählte Jahre

		Zensus 2011	Jahr					
			2013	2020	2030	2040	2050	2060
Niedrige Variante	Bevölkerung (in 1 000)	80 220	80 767	80 791	77 428	73 007	67 611	61 862
	BEA 65 (in 1 000)	48 882	49 307	48 650	43 387	39 722	36 387	32 293
	BEA 65/67 (in 1 000)	48 882	49 449	49 418	45 969	41 412	38 267	33 992
	Sechsjährige (in 1 000)	704	690	694	586	502	462	421
	unter 20 Jahren	18,5	18,1	17,2	16,2	14,8	14,2	14,2
	Altersstruktur (in % der Gesamtbevölkerung)	60,9	61,0	60,2	56,0	54,4	53,8	52,2
	20 bis unter 65	20,6	20,8	22,6	27,7	30,8	32,0	33,6
	65 und älter	30,3	29,7	28,6	29,0	27,1	26,4	27,1
	Jungenquotient 65	30,3	29,6	28,1	27,3	26,0	25,1	25,8
	Jungenquotient 65/67	33,8	34,1	37,5	49,5	56,7	59,4	64,4
Altenquotient 65/67	33,8	33,7	35,4	41,1	50,3	51,6	56,2	
Basisvariante	Bevölkerung (in 1 000)	80 220	80 767	81 330	79 852	77 500	74 297	70 715
	BEA 65 (in 1 000)	48 882	49 307	48 809	44 002	41 001	38 951	36 032
	BEA 65/67 (in 1 000)	48 882	49 449	49 579	46 605	42 724	40 887	37 820
	Sechsjährige (in 1 000)	704	690	704	682	602	567	557
	unter 20 Jahren	18,5	18,1	17,4	17,3	16,4	15,8	15,9
	Altersstruktur (in % der Gesamtbevölkerung)	60,9	61,0	60,0	55,1	52,9	52,4	51,0
	20 bis unter 65	20,6	20,8	22,6	27,6	30,7	31,8	33,1
	65 und älter	30,3	29,7	29,0	31,4	31,1	30,1	31,3
	Jungenquotient 65	30,3	29,6	28,6	29,6	29,8	28,6	29,8
	Jungenquotient 65/67	33,8	34,1	37,6	50,1	58,0	60,7	65,0
Altenquotient 65/67	33,8	33,7	35,5	41,7	51,6	53,1	57,2	
Hohe Variante	Bevölkerung (in 1 000)	80 220	80 767	81 784	81 896	81 245	79 892	78 412
	BEA 65 (in 1 000)	48 882	49 307	48 964	44 610	42 277	41 528	39 831
	BEA 65/67 (in 1 000)	48 882	49 449	49 734	47 222	44 021	43 506	41 695
	Sechsjährige (in 1 000)	704	690	713	780	705	679	712
	unter 20 Jahren	18,5	18,1	17,6	18,4	18,2	17,5	18,0
	Altersstruktur (in % der Gesamtbevölkerung)	60,9	61,0	59,9	54,5	52,0	52,0	50,8
	20 bis unter 65	20,6	20,8	22,5	27,2	29,8	30,6	31,3
	65 und älter	30,3	29,7	29,4	33,7	34,9	33,6	35,3
	Jungenquotient 65	30,3	29,6	29,0	31,9	33,5	32,1	33,8
	Jungenquotient 65/67	33,8	34,1	37,6	49,9	57,3	58,8	61,5
Altenquotient 65/67	33,8	33,7	35,5	41,6	51,0	51,6	54,3	
Basisvariante (0)	Bevölkerung (in 1 000)	80 220	80 767	80 786	77 597	73 353	68 215	62 664
	BEA 65 (in 1 000)	48 882	49 307	48 360	42 244	37 967	34 643	30 639
	BEA 65/67 (in 1 000)	48 882	49 449	49 130	44 832	39 642	36 478	32 229
	Sechsjährige (in 1 000)	704	690	700	655	551	505	483
	unter 20 Jahren	18,5	18,1	17,4	17,2	16,1	15,4	15,7
	Altersstruktur (in % der Gesamtbevölkerung)	60,9	61,0	59,9	54,4	51,8	50,8	48,9
	20 bis unter 65	20,6	20,8	22,7	28,3	32,1	33,8	35,5
	65 und älter	30,3	29,7	29,1	31,6	31,2	30,3	32,0
	Jungenquotient 65	30,3	29,6	28,6	29,8	29,9	28,8	30,4
	Jungenquotient 65/67	33,8	34,1	38,0	52,1	62,0	66,6	72,5
Altenquotient 65/67	33,8	33,7	35,9	43,3	55,2	58,2	64,0	

Quelle: Berechnungen der Autoren.

von 49,3 Millionen 2013 auf 39,8 (hohe Variante) bis 32,3 Millionen (niedrige Variante). Prozentual gesehen ist dieser Rückgang mit Werten zwischen 19,2% und 34,5% wesentlich stärker als bei der Bevölkerung insgesamt. Wird als Altersgrenze langfristig das Alter von 67 Jahren gewählt (BEA 65/67), so ist der Rückgang zwar geringer, er liegt jedoch immer noch bei 15,7% und 31,3%. Die Übertragung der jeweiligen Regelaltersgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung auf die Berechnung der Bevölkerung im Erwerbsalter kann somit deren Rückgang zwar bremsen, ihn aber keineswegs auf einen

der Höhe des Rückgangs der Bevölkerung entsprechenden Umfang reduzieren. Die bis 2020 gegenüber der Modellrechnung von 2012 höhere Nettowanderung wirkt hier dem Rückgang der Bevölkerung im Erwerbsalter etwas entgegen, zumal wenn berücksichtigt wird, dass die Ausgangsbevölkerung 2013 aufgrund der Ergebnisse des aktuellen Zensus um eine Million niedriger als bei der alten Modellrechnung für 2011 liegt. Etwas besser sieht die Situation aus, wenn der Anteil der Bevölkerung im Erwerbsalter an der Bevölkerung insgesamt betrachtet wird. Diese Werte sind in der 65-Jahre-Abgrenzung

Tab. 5
Messzahlen zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland für ausgewählte Jahre (2013 = 100)

		Jahr					
		2013	2020	2030	2040	2050	2060
Niedrige Variante	Bevölkerung	100	100,0	95,9	90,4	83,7	76,6
	BEA 65	100	98,7	88,0	80,6	73,8	65,5
	BEA 65/67	100	99,9	93,0	83,7	77,4	68,7
	Sechsjährige	100	100,7	85,0	72,9	67,0	61,1
	Altersstruktur						
	unter 20 Jahren	100	94,9	89,6	81,4	78,3	78,2
	20 bis unter 65	100	98,6	91,8	89,1	88,2	85,5
	65 und älter	100	108,4	133,1	148,1	153,6	161,5
	Jungenquotient 65	100	96,2	97,6	91,3	88,8	91,4
	Jungenquotient 65/67	100	95,0	92,4	87,9	84,7	87,1
Altenquotient 65	100	109,9	145,0	166,1	174,2	188,8	
Altenquotient 65/67	100	105,0	121,8	149,0	152,9	166,6	
Basisvariante	Bevölkerung	100	100,7	98,9	96,0	92,0	87,6
	BEA 65	100	99,0	89,2	83,2	79,0	73,1
	BEA 65/67	100	100,3	94,2	86,4	82,7	76,5
	Sechsjährige	100	102,1	99,0	87,3	82,2	80,8
	Altersstruktur						
	unter 20 Jahren	100	96,0	95,3	90,7	86,9	87,9
	20 bis unter 65	100	98,3	90,3	86,7	85,9	83,5
	65 und älter	100	108,4	132,6	147,2	152,7	159,0
	Jungenquotient 65	100	97,7	105,6	104,6	101,3	105,4
	Jungenquotient 65/67	100	96,5	100,0	100,7	96,7	100,7
Altenquotient 65	100	110,3	146,9	169,9	177,9	190,4	
Altenquotient 65/67	100	105,3	123,7	152,9	157,3	169,4	
Hohe Variante	Bevölkerung	100	101,3	101,4	100,6	98,9	97,1
	BEA 65	100	99,3	90,5	85,7	84,2	80,8
	BEA 65/67	100	100,6	95,5	89,0	88,0	84,3
	Sechsjährige	100	103,4	113,1	102,3	98,5	103,3
	Altersstruktur						
	unter 20 Jahren	100	97,3	101,3	100,3	96,4	99,1
	20 bis unter 65	100	98,1	89,2	85,2	85,1	83,2
	65 und älter	100	108,0	130,4	143,0	146,7	150,0
	Jungenquotient 65	100	99,2	113,6	117,6	113,2	119,0
	Jungenquotient 65/67	100	97,9	107,6	113,3	108,4	114,0
Altenquotient 65	100	110,2	146,1	167,6	172,3	180,3	
Altenquotient 65/67	100	105,2	123,2	151,2	152,8	160,9	
Basisvariante (0)	Bevölkerung	100	100,0	96,1	90,8	84,5	77,6
	BEA 65	100	98,1	85,7	77,0	70,3	62,1
	BEA 65/67	100	99,4	90,7	80,2	73,8	65,2
	Sechsjährige	100	101,6	95,0	79,9	73,3	70,0
	Altersstruktur						
	unter 20 Jahren	100	96,1	95,0	89,0	84,9	86,4
	20 bis unter 65	100	98,1	89,2	84,8	83,2	80,1
	65 und älter	100	109,1	136,1	154,1	162,4	170,2
	Jungenquotient 65	100	98,0	106,5	105,0	102,0	107,8
	Jungenquotient 65/67	100	96,8	100,6	100,9	97,1	102,8
Altenquotient 65	100	111,3	152,6	181,8	195,3	212,5	
Altenquotient 65/67	100	106,3	128,3	163,5	172,6	189,7	

Quelle: Berechnungen der Autoren.

- identisch mit dem Anteil der 20- bis unter 65-Jährigen an der Bevölkerung. Dieser reduziert sich nur um 14,5% (niedrige Variante) bis 16,8% (hohe Variante). Bemerkenswert ist hierbei, dass der Rückgang in der ansonsten eher als positiv einzustufenden hohen Variante stärker ist als in der niedrigen Variante.
- Der Rückgang der Anzahl der Sechsjährigen ist in der niedrigen Variante beträchtlich, lediglich bei der hohen Variante, in der neben einer höheren Fertilitätsrate auch eine höhere Nettowanderung angenommen wird, kann die Anzahl der Sechsjährigen bei leichten Schwankungen

stabil gehalten werden. In der niedrigen Variante nimmt sie bis 2060 um 38,9%, in der mittleren um 19,2% ab.

- In allen drei Varianten zeigt sich eine deutliche Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung. Während sich 2013 die Anteile der unter 20-Jährigen sowie die der mindestens 65-Jährigen an der Bevölkerung nur um knapp drei Prozentpunkte unterscheiden, wobei der Anteil der Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 65 Jahren 61% beträgt, findet im Laufe der Zeit in allen Varianten eine deutliche Verschiebung hin zur älteren Bevölkerung statt. 2013 ist ungefähr jeder fünfte mindestens 65 Jah-

re alt, variantenunabhängig gehört 2060 jeder dritte zu dieser Bevölkerungsgruppe. Der Anteil der mindestens 65-Jährigen an der Bevölkerung nimmt bis 2060 um 50% (hohe Variante) bis über 60% (niedrige Variante) zu, und dies zulasten der beiden anderen Altersklassen.

- Dies spiegelt sich natürlich auch im Jungenquotienten und im Altenquotienten wider. Während der Jungenquotient in der 65er- sowie der 65/67er-Variante nur Veränderungen bis zu 19% unterliegt, kommt es in der Basisvariante zu einer Zunahme des Altenquotienten 65 um 90,4%; beim Altenquotienten 65/67 ist die Steigerung mit 69,4% deutlich geringer. Diese Zahlen weisen wie bereits mehrfach erwähnt daraufhin, dass durch die Einführung und die Umsetzung einer Regelaltersgrenze von 67 Jahren die Belastungen der mittleren Generation durch die ältere Generation deutlich schwächer – wenn auch immer noch kräftig – als ohne diese Maßnahme steigen.
- Die Ergebnisse der Zusatzvariante (Basisvariante (0)), bei der die Annahmen der Basisvariante durch einen Wanderungssaldo von null modifiziert werden, lassen sich keiner der drei anderen Varianten eindeutig zuordnen. Bei der Bevölkerungszahl ähneln die Resultate denen der niedrigen Variante, bei der Bevölkerung im Erwerbsalter liegen sie sogar noch darunter, was auf den fehlenden Bevölkerungseffekt der positiven Nettowanderung zurückzuführen ist. Dies macht sich auch unmittelbar in der Altersstruktur der Bevölkerung bemerkbar. In keiner der anderen drei Varianten ist die Zunahme des Anteils der älteren Bevölkerung bis 2060 so hoch wie in dieser Zusatzvariante.

Kann dauerhaft hohe Zuwanderung den demographischen Wandel stoppen?

Im folgenden Abschnitt soll zunächst die Frage, ob dauerhaft hohe Zuwanderung den demographischen Wandel stoppen kann, skizzenhaft beantwortet werden. Bei der Berechnung der in Tabelle 6 vorgelegten Ergebnisse wurden dazu die Annahmen der Basisvariante hinsichtlich der Wanderungen modifiziert. Statt einer Nettowanderung von 150 000 Personen ab 2020 sind hier Werte von 200 000, 300 000 sowie 400 000 angenommen worden. Somit kann der Effekt höherer Wanderungen isoliert dargestellt werden.

Große Auswirkungen zeigen die höheren Wanderungen bei der Bevölkerungszahl und bei der Anzahl der Personen im Erwerbsalter. Dieser auf den ersten Blick positive Effekt relativiert sich allerdings sehr schnell, wenn die Altersstruktur der Bevölkerung und der Jungenquotient sowie der Altenquotient betrachtet werden. Dort sind die Veränderungen eher gering. Das bedeutet auch, dass der hohe positive Wanderungssaldo den demographischen Wandel im Sinne einer Veränderung der Altersstruktur nicht stoppen kann. Der Vergleich der Resultate der Basisvariante in Tabelle 4 mit der Wanderungsvariante 400 000 von Tabelle 6 zeigt

beispielsweise, dass die Auswirkungen des hohen Wanderungssaldos auf den Altenquotienten 65 annähernd genauso hoch sind wie die im Altenquotienten 65/67 dokumentierte Dämpfung der Zunahme dieses Quotienten durch das höhere Renteneintrittsalter.

Diese Betrachtungen weisen zugleich daraufhin, dass eine Zunahme des Wanderungssaldos gegenüber der Basisvariante um 50 000 Personen jährlich dazu führen würde, dass die Bevölkerungszahl Ende 2060 um 2,7 Millionen Personen höher²¹ und gleichzeitig der Altenquotient 65 um 2,1 Punkte, der Jungenquotient 65 um 0,2 Punkte niedriger ist als ohne diese Maßnahme.²² Während die Bevölkerungszahl weitgehend linear mit der Zunahme der Nettowanderung wächst²³, ist das im Fall des Altenquotienten nicht der Fall. Der zusätzliche positive Effekt schwächt sich mit zunehmender Wanderung ab. Eine isolierte Zunahme der Fertilitätsrate gegenüber der Annahme der Basisvariante um 0,1 würde in der Tendenz ähnliche Effekte haben: Die Bevölkerung würde 2060 2,0 Millionen höher als in der Basisvariante liegen, der Altenquotient um 1,7 Punkte abnehmen. Eine Steigerung der Fertilitätsrate um 0,1 hat, vereinfacht gesagt, auf die Bevölkerungszahl 2060 denselben Effekt wie eine zusätzliche Nettowanderung von 37 500 Personen jährlich. Der Altenquotient würde in diesem Fall jedoch etwas geringer zurückgehen (um knapp 1,6 Punkte).

Tabelle 6 geht bzgl. der Fertilität und der Lebenserwartung von den Annahmen der Basisvariante aus. Wird nun noch zusätzlich – nicht isoliert – die Fertilität variiert, so lassen sich die Auswirkungen auf die Bevölkerung im Jahr 2060 unmittelbar darstellen. Tabelle 7a gibt den Umfang der Bevölkerung, Tabelle 7b den Jungenquotienten 65 und den Altenquotienten 65 an. Wie bisher werden die für die Wanderungssalden angegebenen Werte ab 2020 angenommen, die Fertilität von 1,2 bzw. 1,6 soll ab 2025 gelten, wobei jeweils vom Wert 1,4 ausgehend eine lineare Anpassung bis zum Zielwert erfolgt. Die Resultate sprechen für sich. Sie zeigen die ganze Bandbreite der Resultate in Abhängigkeit von den Annahmen an, wobei über die Realitätsnähe der Annahmenkombinationen hier nicht diskutiert werden soll. Das Ganze ist mehr als eine Art Sensitivitätsanalyse zu verstehen.

Eine Zunahme der Fertilitätsrate oder des Wanderungssaldos erhöht den Bevölkerungsumfang. Der Jungenquotient steigt stark mit Zunahme der Fertilität, er fällt leicht mit zunehmendem Wanderungssaldo. Der Altenquotient bewegt sich dagegen jeweils in die entgegengesetzte Richtung wie die Fertilität bzw. die Wanderungen. Die Zunahme der Fertilität erhöht den Gesamtlastquotienten, diesem Effekt

²¹ Der Effekt ist etwas geringer als in den Berechnungen von 2012, da hier in der Basisvariante bis 2020 von einem höheren Wanderungssaldo ausgegangen wird.

²² Entsprechend gilt dies bei einem Rückgang der Nettowanderung.

²³ So ergibt sich die Bevölkerung 2060 der Wanderungsvariante 400 000 näherungsweise aus der Basisvariante durch Addition von $5 \cdot 2,7 = 13,5$ Millionen.

Tab. 6
Eckdaten zur Bevölkerungsentwicklung in Deutschland für ausgewählte Jahre bei hohem Wanderungssaldo
(modifizierte Basisvariante)

Wanderungs- saldo ab 2020		Zensus 2011	Jahr					
			2013	2020	2030	2040	2050	2060
Jährlich 200 000	Bevölkerung (in 1 000)	80 220	80 767	81 511	80 604	78 883	76 325	73 399
	BEA 65 (in 1 000)	48 882	49 307	48 958	44 589	42 013	40 386	37 830
	BEA 65/67 (in 1 000)	48 882	49 449	49 728	47 196	43 751	42 356	39 684
	Sechsjährige (in 1 000)	704	690	705	691	619	587	582
	unter 20 Jahren	18,5	18,1	17,4	17,3	16,5	15,9	16,0
	Altersstruktur (in % der Gesamtbevölkerung) 20 bis unter 65	60,9	61,0	60,1	55,3	53,3	52,9	51,5
	65 und älter	20,6	20,8	22,5	27,4	30,2	31,2	32,4
	Jungenquotient 65	30,3	29,7	29,0	31,3	31,0	30,0	31,1
	Jungenquotient 65/67	30,3	29,6	28,5	29,5	29,8	28,6	29,6
Altenquotient 65	33,8	34,1	37,5	49,5	56,7	59,0	62,9	
Altenquotient 65/67	33,8	33,7	35,4	41,2	50,5	51,6	55,3	
Jährlich 300 000	Bevölkerung (in 1 000)	80 220	80 767	81 873	82 108	81 648	80 380	78 767
	BEA 65 (in 1 000)	48 882	49 307	48 257	45 761	44 036	43 258	41 425
	BEA 65/67 (in 1 000)	48 882	49 449	50 028	48 378	45 806	45 296	43 411
	Sechsjährige (in 1 000)	704	690	708	709	653	628	632
	unter 20 Jahren	18,5	18,1	17,4	17,3	16,7	16,1	16,2
	Altersstruktur (in % der Gesamtbevölkerung) 20 bis unter 65	60,9	61,0	60,2	55,7	53,9	53,8	52,6
	65 und älter	20,6	20,8	22,4	26,9	29,4	30,1	31,2
	Jungenquotient 65	30,3	29,7	28,9	31,1	31,0	29,9	30,7
	Jungenquotient 65/67	30,3	29,6	28,5	29,4	29,8	28,5	29,3
Altenquotient 65	33,8	34,1	37,3	48,3	54,5	55,9	59,4	
Altenquotient 65/67	33,8	33,7	35,2	40,3	48,5	48,9	52,1	
Jährlich 400 000	Bevölkerung (in 1 000)	80 220	80 767	82 263	83 612	84 413	84 435	84 135
	BEA 65 (in 1 000)	48 882	49 307	49 556	46 933	46 058	46 129	45 020
	BEA 65/67 (in 1 000)	48 882	49 449	50 327	49 560	47 860	48 235	47 139
	Sechsjährige (in 1 000)	704	690	710	727	687	669	682
	unter 20 Jahren	18,5	18,1	17,4	17,4	16,9	16,3	16,3
	Altersstruktur (in % der Gesamtbevölkerung) 20 bis unter 65	60,9	61,0	60,2	56,1	54,6	54,6	53,5
	65 und älter	20,6	20,8	22,3	26,5	28,6	29,1	30,2
	Jungenquotient 65	30,3	29,7	28,9	31,0	30,9	29,8	30,4
	Jungenquotient 65/67	30,3	29,6	28,4	29,3	29,7	28,5	29,1
Altenquotient 65	33,8	34,1	37,1	47,2	52,4	53,3	56,4	
Altenquotient 65/67	33,8	33,7	35,0	39,4	46,6	46,6	49,4	

Quelle: Berechnungen der Autoren.

kann nur mit einem beträchtlich erhöhten Wanderungssaldo gegengesteuert werden.²⁴

Die Frage, ob eine Zunahme allein der Wanderungen oder der Fertilitätsrate den Bevölkerungsrückgang stoppen kann, soll hier nur beispielhaft beantwortet werden. Werden die Annahmen der Basisvariante lediglich hinsichtlich einer Komponente modifiziert, so lässt sich leicht zeigen, welcher Wanderungssaldo notwendig ist, um 2060 annähernd auf denselben Bevölkerungsumfang wie 2013 zu kommen. Ein ab 2020 kontinuierlicher Wanderungssaldo von 340 000 jährlich – das würde Zuwanderungen von über einer Million Personen jährlich bedeuten – würde 2060 zu ungefähr demselben Bevölkerungsumfang wie 2013 führen. Soll nur die Fertilitätsrate erhöht werden, um das genannte Ziel zu erreichen, wäre hier-

zu in der Basisvariante eine Anpassung der Fertilitätsrate auf einen Wert von etwa 1,9 erforderlich. Bei beiden Szenarien würde die Bevölkerung zwischenzeitlich auf etwas über 82 Millionen steigen, jedoch nie unter den Ausgangswert sinken. Sie sind jedoch aus gegenwärtiger Sicht wenig realistisch, zudem würden nur in der ersten Modifikation Altenquotient und Jungenquotient etwas unter den Werten in der Basisvariante für 2060 liegen (AQ 65 58,2 bzw. 57,9, JQ 65 30,6 bzw. 38,4). Bei der Steigerung allein der Fertilitätsrate steigt die Gesamtbelastung sogar noch an.

Resümee: Demographischer Wandel ist nicht zu stoppen, nur zu dämpfen

Die Ergebnisse der Modellrechnungen weisen darauf hin, dass der zukünftige Bevölkerungsrückgang in Deutschland kaum abwendbar ist, selbst wenn hohe positive Wanderungssalden unterstellt werden und möglich sein sollten. Da

²⁴ Mit der Bedeutung der einzelnen Komponenten für die Entwicklung der Bevölkerung und deren Altersstruktur beschäftigen sich in einer auf die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes bezogenen Sensitivitätsanalyse ausführlich Bomsdorf und Babel (2007).

Tab. 7a
Bevölkerung in Deutschland 2060 (in Millionen) in Abhängigkeit von Fertilitätsrate und Wanderungssaldo

Fertilitätsrate	Wanderungssaldo jährlich		
	200 000 Bevölkerung	300 000 Bevölkerung	400 000 Bevölkerung
1,2	69,3	74,5	79,7
1,4	73,4	78,8	84,1
1,6	77,7	83,2	88,8

Quelle: Berechnungen der Autoren.

Tab. 7b
Jungenquotient 65 und Altenquotient 65 in Deutschland 2060 in Abhängigkeit von Fertilitätsrate und Wanderungssaldo

Fertilitätsrate	Wanderungssaldo jährlich					
	200 000		300 000		400 000	
	JQ 65	AQ 65	JQ 65	AQ 65	JQ 65	AQ 65
1,2	26,8	66,4	26,5	62,4	26,3	59,2
1,4	31,1	62,9	30,7	59,4	30,4	56,1
1,6	35,4	59,9	35,0	56,7	34,6	53,9

Quelle: Berechnungen der Autoren.

die Fertilitätsrate seit längerer Zeit auf niedrigem Niveau verharrt und aktuell die potenzielle Müttergeneration bereits zu den geburtenschwachen Jahrgängen gehört, wird aus dieser Sicht der Effekt des Rückgangs der Bevölkerung nur verstärkt. Es kann aus gegenwärtiger Sicht nicht erwartet werden, dass das Geburtendefizit in einen Geburtenüberschuss übergeht. Selbst wenn die Zunahme der Lebenserwartung den Rückgang der Bevölkerung leicht bremst, gehen hiervon keine positiven Effekte beispielsweise auf den Arbeitsmarkt oder die sozialen Sicherungssysteme aus.²⁵ Lediglich die Wanderungen, die am ehesten von Politik und Gesellschaft zu beeinflussende Größe, könnten den Bevölkerungsrückgang in größerem Maße dämpfen. Gleichzeitig sind jedoch die Wanderungen auch der am wenigsten kalkulierbare Faktor in einer Modellrechnung der Bevölkerung. Der demographische Wandel wird jedoch, wie dargelegt, nicht in dem Umfang von einem höheren Wanderungssaldo gedämpft, wie in der gesellschaftlichen und politischen Diskussion vielfach angenommen wird. Dies gilt sowohl für die Altersstruktur als auch für den Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung. Die absoluten Zahlen (Bevölkerung, Bevölkerung im Erwerbsalter) täuschen hier eine auf den ersten Blick positive Entwicklung vor, die letztlich nicht gegeben ist.

Die Breite der Varianten soll die Breite der möglichen Entwicklungen wiedergeben. Die niedrige Variante ist eher als worst case zu betrachten, während sich die Annahmen der Basisvariante an der mittelfristigen Situation der Vergangenheit orientieren und die Basisvariante damit aus heutiger Sicht von den vier Varianten am realistischsten erscheint. Die hohe

²⁵ Hier kann jedoch die Erhöhung des gesetzlichen und des faktischen Renteneintrittsalters hilfreich sein, wie auch eine vergleichende Betrachtung des Altenquotienten 65 und des Altenquotienten 65/67 verdeutlicht.

Variante zeichnet dagegen ein optimistisches Szenario. Allerdings hat sich in der jüngeren Vergangenheit einmal mehr gezeigt, wie unkalkulierbar die Höhe der Wanderungen ist. Zudem verdeutlichen die Ergebnisse der Basisvariante – und auch die Sensitivitätsbetrachtung – im Vergleich zu denen der Zusatzvariante, dass (und auch wie und wo) eine positive Nettowanderung zu einer Milderung der Probleme beitragen kann.

Was u.a. bleibt, ist die Bestätigung, dass die Bevölkerung – auch bei höheren Zuwanderungen – schrumpft und vor allem altert. Zugleich geht die Bevölkerung im Erwerbsalter in der Altersabgrenzung 65 Jahre noch stärker zurück als die Bevölkerung insgesamt, dieser Effekt wird durch die schrittweise Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters gedämpft, aber nicht gestoppt. Immerhin ist die Anzahl der Personen im Erwerbsalter, wenn die Altersgrenze von 67 Jahren gewählt

wird, 2030 in allen Varianten um rund 2 Millionen höher als in bei der Altersgrenze von 65 Jahren. Den Alterungsprozess der Bevölkerung zu verhindern, ist allerdings nicht mehr möglich. Lediglich die Geschwindigkeit dieser Veränderung kann noch beeinflusst werden – und das in erster Linie durch qualifizierte Zuwanderung. Aber es gilt weiter, dass Wanderungen kein Allheilmittel sind. Durch diese Entwicklungs- und Schwellenländer zu schwächen, hilft niemandem. Braingain beinhaltet immer auch Braindrain und letzteres gerade bei den wirtschaftlich sowie gesellschaftlich schwachen Ländern. Das kann und darf aber nicht das Ziel sein.

Literatur

Bellmann, L., E. Bomsdorf, W. Eichhorst, H.-P. Klös, St. Moog und M. Schuster (2013), »Arbeitsmarkt«, in: J. Rump und N. Walter (Hrsg.), *Arbeitswelt 2030, Trends, Prognosen, Gestaltungsmöglichkeiten, Schäffer-Poeschel*, Stuttgart, 33–55.

Bomsdorf, E. (2008), »Arbeitskräftepotential und demografischer Wandel. Modellrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland bis 2050«, *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* (1), 123–146.

Bomsdorf, E. (2010), »Die Lebenserwartung in Deutschland – ein Blick in die Zukunft«, *ifo Schnelldienst* 63(22), 25–32.

Bomsdorf, E. und B. Babel (2007), »Annahmenflexible Bevölkerungsvorausberechnungen und die 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes«, *Wirtschaft und Statistik* (9), 905–912.

Bomsdorf, E. und M. Trimborn (1992), »Sterbetafel 2000. Modellrechnungen der Sterbetafel«, *Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft* 81, 457–485.

Bomsdorf, E. und J. Winkelhausen (2012), »Deutschlands Bevölkerung bis 2060. Das Geburtendefizit steigt dramatisch. Modellrechnungen auf der Basis der Bevölkerungsdaten von 2011«, *ifo Schnelldienst* 65(19), 26–41.

Pöttsch, O. (2013), »Wie wirkt sich der Geburtenaufschub auf die Kohortenfertilität in West und Ost aus?«, *Wirtschaft und Statistik* (2), 87–100.

Stadt Mannheim (2014), »Stadt Mannheim klagt gegen Zensus-Ergebnis«, Pressemitteilung der Stadt Mannheim, 2. April 2014.

Statistisches Bundesamt (2013a), »Fachserie 1 Reihe 1.3. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 2011. Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage der Volkszählung 1987 (Westen) bzw. 1990 (Osten)«, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2013b), »Sterbetafel 2009/11«, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2014a), »Zensus 2011. Bevölkerung nach Geschlecht für Kreise und kreisfreie Städte Ergebnisse des Zensus am 9. Mai 2011 sowie Ergebnisse der bisherigen Fortschreibung zum 30. April 2011«, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2014b), »Tabelle B15. Bevölkerung am 31.12.2011 nach Alters- und Geburtsjahren«, Wiesbaden.

Der ifo Indikator für die Weltwirtschaft ist im Vergleich zum Vorquartal von 105,0 auf 95,0 Punkte gefallen. Das ist der schlechteste Wert seit dem dritten Quartal 2013 (vgl. Abb. 1). Er liegt nun knapp unter seinem langfristigen Durchschnittswert von 95,5. Die Einschätzungen zur aktuellen Lage haben sich nur leicht verschlechtert. Die Konjunkturerwartungen wurden allerdings stark nach unten korrigiert (vgl. Abb. 3). Der weltwirtschaftliche Aufschwung erhält einen Dämpfer. Das ifo Wirtschaftsklima trübte sich in allen Regionen ein. In *Nordamerika* liegt der ifo Index mit 101,3 Punkten trotz des Rückgangs weit über seinem 15-Jahresdurchschnitt von 90,1. In *Asien* dagegen bleibt er mit 93,9 nur knapp über dem langfristigen Durchschnitt. Vor allem aus *Japan* und *China* kommen wieder leichte Bremssignale. In *Europa* und den *GUS-Staaten* war der Rückgang des ifo Klimaindex sehr ausgeprägt. Während der ifo Index für Europa nur leicht unter dem Durchschnitt liegt, bilden die *GUS-Staaten* gemeinsam mit *Lateinamerika* das Schlusslicht: In beiden Regionen ist das ifo Wirtschaftsklima so unterkühlt wie zuletzt vor fünf Jahren. Die ungelöste Krise in der *Ukraine* hinterließ Spuren in den Umfrageergebnissen. Sowohl in der *Ukraine* als auch in *Russland* haben sich beide Urteile zur aktuellen Lage und den Aussichten für die kommenden Monate verschlechtert.

Die wichtigsten Ergebnisse

- Das Wirtschaftsklima trübte sich in allen Regionen ein.
- Die *Konjunkturerwartungen für die kommenden sechs Monate* sind nahezu überall weniger positiv als noch vor drei Monaten.
- Der *erwartete Preisanstieg* für das Jahr 2014 bleibt mit 3,2% im Welt-durchschnitt unverändert moderat.
- *Kurz- und langfristige Zinsen* werden sich im Verlauf der nächsten sechs Monate kaum ändern.
- Der *US-Dollar* wird voraussichtlich an Wert gewinnen.

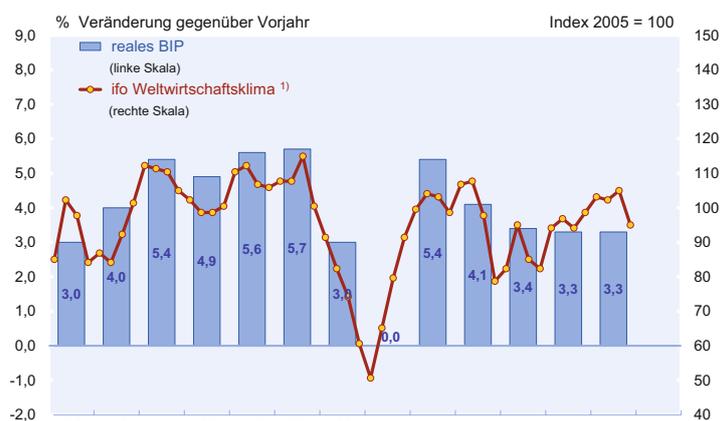
Konjunktorentwicklung in den Weltregionen

Der ifo Indikator für die Wirtschaft im Euroraum ist im vierten Quartal von 118,9

auf 102,3 Punkte gesunken. Das ist der niedrigste Stand seit dem dritten Quartal 2013 (vgl. Abb. 2). Damit liegt er leicht unter seinem langfristigen Durchschnitt. Sowohl die Beurteilung zur Wirtschaftslage als auch die Konjunkturerwartungen für die nächsten sechs Monate haben deutlich nachgegeben. Eine hohe Arbeitslosigkeit, fehlende Nachfrage und öffentliche Haushaltsdefizite führen weiterhin die Liste der drängendsten Wirtschaftsprobleme an (vgl. Tab. 1). Ein Ende der Konjunkturschwäche zeichnet sich derzeit nicht ab. In fast allen Ländern des *Euroraums* hat sich den befragten Experten zufolge die aktuelle Wirtschaftslage gegenüber dem Vorquartal verschlechtert. Vor allem in *Deutschland* sehen die Experten die wirtschaftliche Situation deutlich weniger positiv als noch in den vergangenen Quartalen. Hier werden für

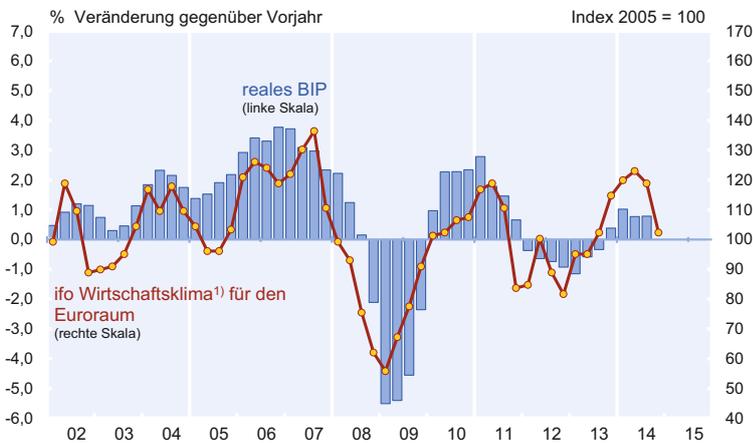
¹ Im Oktober 2014 hat das ifo Institut zum 126. Mal seine weltweite Umfrage »Ifo World Economic Survey« – kurz WES – bei 1 108 Wirtschaftsexperten multinationaler Unternehmen und kompetenter Institutionen in 120 Ländern durchgeführt. Die Aufgabe des WES ist es, vierteljährlich ein möglichst aktuelles Bild über die Wirtschaftslage sowie Prognosen für wichtige Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zu liefern. Im Gegensatz zur amtlichen Statistik, die in erster Linie auf quantitativen (in Werteinheiten messbaren) Informationen aufbaut, werden beim WES qualitative Informationen – Urteile und Erwartungen von Wirtschaftsexperten – abgefragt. Während amtliche Statistiken auf internationaler Ebene oft nur mit großen Zeitverzögerungen erhältlich sind, zeichnen sich die WES-Umfrageergebnisse durch ihre hohe Aktualität und internationale Vergleichbarkeit aus. Gerade in Ländern, in denen die amtliche Statistik auf einer unsicheren Datenbasis steht, sind die von Wirtschaftsexperten vor Ort abgegebenen Urteile und Erwartungen von besonderer Bedeutung.

Abb. 1
Weltkonjunktur und ifo Weltwirtschaftsklima



¹) Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.
Quelle: IWF, World Economic Outlook Oktober 2014; ifo World Economic Survey (WES) IV/2014.

Abb. 2
Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für den Euroraum



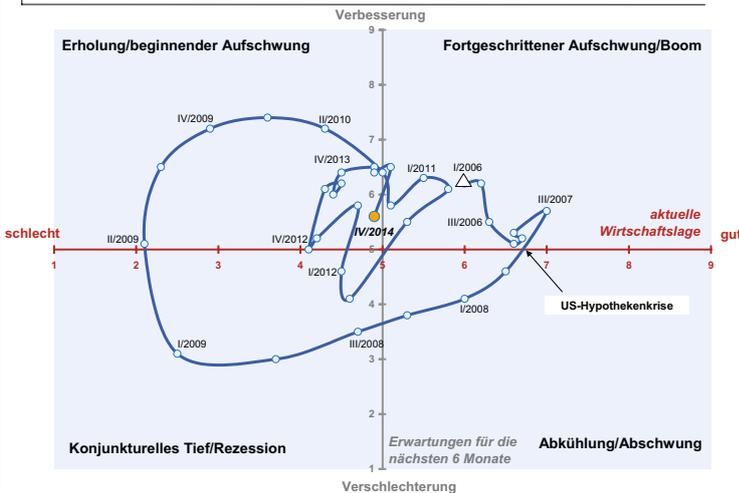
¹⁾ Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: Eurostat, Ifo World Economic Survey (WES) IV/2014.

Box 1
ifo Konjunkturuhr und das ifo Weltwirtschaftsklima

Die ifo Konjunkturuhr für das ifo Weltwirtschaftsklima verdeutlicht die aktuelle Datenkonstellation im globalen Konjunkturzyklus. Nach den Ergebnissen im Oktober verschlechterte sich der ifo Indikator für die Weltwirtschaft deutlich. Während sich die Urteile zur aktuellen Geschäftslage nur leicht eintrübten, wurden die Konjunkturerwartungen für die nächsten sechs Monate hingegen stark nach unten revidiert. Nachdem der Indikator im dritten Quartal den Quadranten »fortgeschrittener Aufschwung« erreichte, fiel er im vierten Quartal wieder auf den Erholungsquadranten zurück. Der Aufschwung der Weltwirtschaft hat einen Dämpfer erhalten.

ifo Konjunkturuhr: Weltwirtschaft



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) IV/2014.

Das ifo Weltwirtschaftsklima ist das arithmetische Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung in den nächsten sechs Monaten. Der Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten des Weltwirtschaftsklimas kann in einem Vierquadrantenschema dargestellt werden (»ifo Weltkonjunkturuhr«). Auf der Abszisse der Konjunkturuhr werden die Meldungen der befragten WES-Experten zur gegenwärtigen Lage aufgetragen, auf der Ordinate die Antworten zur erwarteten Entwicklung. Durch das Fadenkreuz der beiden Linien, die nach der WES-Werteskala eine zufriedenstellende Beurteilung der Lage (5) bzw. eine unveränderte Einschätzung der Erwartungen (5) markieren, wird das Diagramm in vier Quadranten geteilt, welche die vier Phasen der Weltkonjunktur definieren.

die nächsten Monate schwindende Impulse aus dem Exportgeschäft erwartet. Aber auch in *Italien* und *Frankreich* sinken die Werte für die aktuelle Lage. Lediglich aus *Spanien* und *Portugal* kommen bessere Signale: Die aktuelle Lage erhielt die besten Beurteilungen seit fast sechs Jahren, sie liegt aber auch damit noch weit im ungünstigen Bereich. Der Optimismus hinsichtlich der künftigen Entwicklung in den nächsten sechs Monaten hat nahezu überall nachgelassen. Lediglich in *Portugal* und *Slowenien* verbesserten sich die Konjunkturerwartungen gegenüber der vorherigen Umfrage.

In den Ländern **Westeuropas außerhalb des Euroraums** scheint die allgemeine wirtschaftliche Verfassung weitaus freundlicher, auch wenn Anpassungen nach unten – vor allem in den Konjunkturerwartungen – sichtbar werden. Trotz dieser leichten Verschlechterung bleiben die Einschätzungen zur allgemeinen Wirtschaftslage für *Schweden*, der *Schweiz* und dem *Vereinigten Königreich* insgesamt günstig. Vor allem in *Schweden* berichten die WES-Experten von wachsenden privaten Konsumausgaben. Allerdings ist in allen drei Ländern der Wirtschaftsausblick weniger positiv als noch vor drei Monaten. In *Norwegen* verbesserte sich die derzeitige Wirtschaftslage wieder und wird so gut beurteilt wie im zweiten Quartal. Die Konjunkturerwartungen wurden dagegen deutlich herabgestuft und signalisieren mehr eine Stabilisierung statt wirtschaftlicher Expansion. In *Dänemark* verschoben sich die Einschätzungen zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage in leicht ungünstiges Terrain. Auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten sechs Monaten sind die WES-Experten weniger optimistisch als im Vorquartal.

Nachdem der Wirtschaftsklimaindikator für **Nordamerika** im vorherigen Quartal seinen höchsten Stand seit fast zehn Jahren erreicht hatte, fiel er in der aktuellen Umfrage auf 101,3 Indexpunkte. Mit diesem Wert bleibt der Indikator aber immer noch deutlich über seinem 15-Jahresdurchschnitt von 90,1. Die Verschlechterung des Wirtschaftsklimas wurde vor allem vom stark abnehmenden Optimismus hinsichtlich des Sechsmonatsausblicks angetrieben. Die Beurteilung zur aktuellen Wirtschaftslage fiel dagegen wie-

Tab. 1
Rangfolge der drei bedeutendsten wirtschaftlichen Probleme

	Welt	West-europa	Nord-amerika	Latein-amerika	Ozeanien	Asien	Naher Osten	Afrika	Mittel- u. Osteuropa	GUS
Mangelndes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung	2,5		3	1		1		2,5	3	3
Unzureichende Nachfrage	1	1			3		2		2	
Arbeitslosigkeit		2,5	2		2		3	1	1	
Inflation										
Mangelnde internationale Wettbewerbsfähigkeit				2	1	2,5		2,5		1
Mangel an Fachkräften						2,5	1	2,5		
Haushaltsdefizite	2,5	2,5	1	3						
Kapitalknappheit										2

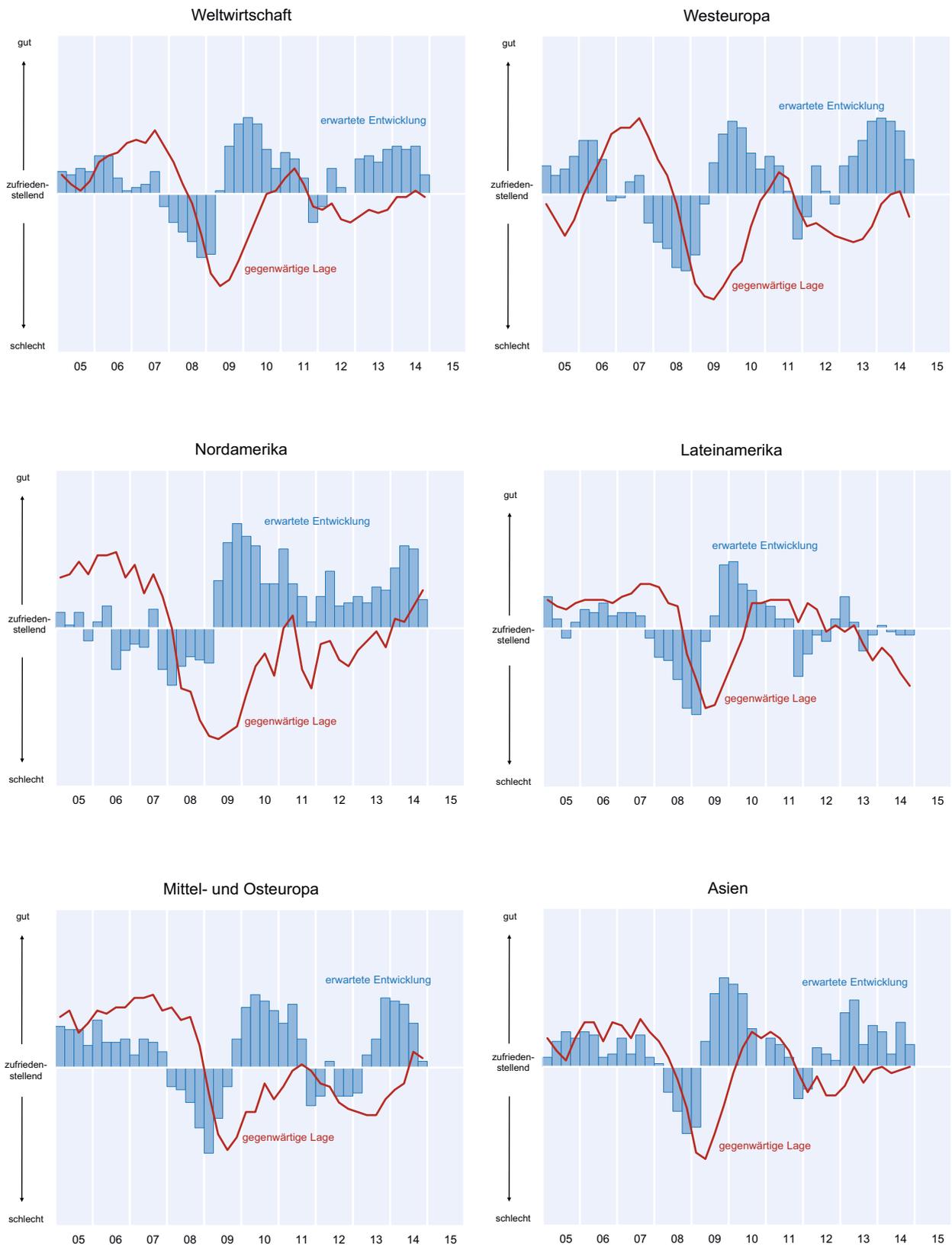
Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) IV/2014.

der positiver aus. Dieses Muster gilt vor allem für die USA. Hier wurden die gleichen wirtschaftlichen Probleme wie in der April-Umfrage identifiziert. Dieses Mal jedoch rangiert Arbeitslosigkeit nur an zweiter Stelle in der Liste der dringendsten Probleme und steht nicht, wie in früheren Erhebungen, ganz oben. An dritter Stelle folgt das mangelnde Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung. Hohe Staatsdefizite werden derzeit als das wichtigste wirtschaftliche Problem gesehen. In Kanada sank der Wirtschaftsklimaindikator ebenfalls, vor allem aufgrund ungünstigerer Konjunkturerwartungen. Die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage bleiben zufriedenstellend, trotz einer leichten Abwärtsrevision im Vergleich zur Umfrage im Juli. In Kanada scheint laut den befragten Experten der Fachkräftemangel das derzeit größte wirtschaftliche Hindernis zu sein.

Mit einem Minus von 5,2 Indexpunkten war der Rückgang des Wirtschaftsklimaindex für Asien weniger ausgeprägt als in anderen Regionen: Mit 93,9 Punkten steht der Indikator knapp über seinem 15-Jahresdurchschnitt von 90,4. Während sich die Einschätzungen zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage leicht verbesserten, war der wirtschaftliche Ausblick für die nächsten sechs Monate weniger positiv als im Vorquartal. Die wichtigsten wirtschaftlichen Probleme, mit denen die Region derzeit konfrontiert ist, sind mangelndes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung, schlechte internationale Wettbewerbsfähigkeit und eine Knappheit an qualifizierten Arbeitskräften. In erster Linie waren die wirtschaftlich bedeutendsten Länder in der Region, China und Japan, für den Rückgang des Indikators verantwortlich. In China verschlechterte sich das Wirtschaftsklima wieder aufgrund der vermehrt negativen Einschätzungen zur aktuellen Wirtschaftslage. Vor allem Investitionsausgaben werden als schwach beurteilt. Die befragten Experten revidierten die Konjunkturerwartungen erheblich nach unten und rechnen nun damit, dass sich ihre Volkswirtschaft eher stabilisiert, statt expandiert. In Japan folgen die Einschätzungen zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage seit dem zweiten Quartal

einem Abwärtstrend und bewegen sich jetzt auf ungünstigem Gebiet. Nach Erreichen eines Zwischenhochs im vorherigen Quartal wurden die Konjunkturerwartungen im Oktober wieder deutlich nach unten korrigiert, und der Optimismus für die nächsten sechs Monate ist verfliegen. Die wichtigsten wirtschaftlichen Probleme des Landes sind hohe öffentliche Defizite und eine unzureichende Nachfrage. Die WES-Experten in Hongkong, Indonesien, den Philippinen und Singapur beurteilten die aktuelle Wirtschaftslage ihrer jeweiligen Volkswirtschaft günstiger als vor drei Monaten. Auch der Sechsmonatsausblick hat sich für die Mehrheit dieser Länder aufgehellt. Für Hongkong dagegen sind die Konjunkturperspektiven etwas weniger positiv als im Juli. Die deutlichsten Aufwärtskorrekturen gegenüber der Vorquartalsumfrage fanden in Indien statt. Hier erreichten die Einschätzungen zur derzeitigen wirtschaftlichen Situation zum ersten Mal seit fast drei Jahren die Zufriedenheitsmarke. Die WES-Experten bleiben auch hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklungen für die nächsten sechs Monate sehr optimistisch. Es bleibt abzuwarten, ob es sich hierbei nur um Vorschusslorbeeren für den neuen Premierminister Modi handelt oder ob die wirtschaftliche Entwicklung tatsächlich wieder mehr Dynamik erhält. Inflation ist weiterhin das derzeit wichtigste Wirtschaftsproblem, wenn auch in diesem Quartal weniger ausgeprägt als in den letzten Jahren. Die WES-Experten in Bangladesch und Sri Lanka bewerteten den gegenwärtigen Zustand ihrer jeweiligen Volkswirtschaften zunehmend als gut. Was die Konjunkturerwartungen betrifft, so sind die befragten Experten für Bangladesch etwas weniger optimistisch als im Juli. In Sri Lanka ist eine Stabilisierung der aktuellen guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den kommenden Monaten wahrscheinlich. In Malaysia, Südkorea und Vietnam wurde die aktuelle Wirtschaftslage erneut als zufriedenstellend bewertet, wenn auch in etwas geringerem Maße als im Vorquartal. Die Konjunkturerwartungen signalisieren weitere Verbesserungen für die nächsten sechs Monate, mit Ausnahme von Malaysia, wo die WES-Experten vorsichtig bleiben und etwas skeptisch

Abb. 3
Wirtschaftliche Lage



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) IV/2014.

Tab. 2
Wachstumserwartungen des realen Bruttoinlandsprodukts für die nächsten drei bis fünf Jahre
 (in %, im Oktober 2014 und Oktober 2013)

Region	IV/2014	IV/2013	Region	IV/2014	IV/2013
Durchschnitt der Länder^{a)}	2,7	2,6	Nordamerika	2,6	2,3
EU (28 Länder)	1,7	1,6	Kanada	2,3	2,7
EU (alte Mitglieder) ^{b)}	1,6	1,4	USA	2,6	2,2
EU (neue Mitglieder) ^{c)}	2,5	2,4			
Euroraum ^{d)}	1,5	1,3	Lateinamerika	2,9	3,2
Westeuropa	1,6	1,5	Argentinien	2,5	2,6
Belgien	1,2	1,3	Bolivien	4,8	3,8
Dänemark	1,7	1,3	Brasilien	2,2	2,6
Deutschland	1,6	1,4	Chile	3,3	3,8
Finnland	1,5	1,5	Costa Rica	(4,2)	2,7
Frankreich	1,4	1,3	Dominikanische Republik	4,8	2,7
Griechenland	2,0	1,2	Ecuador	3,8	4,1
Irland	3,6	1,7	El Salvador	1,7	0,5
Italien	0,9	1,2	Guatemala	3,6	3,8
Luxemburg	2,1	1,5	Kolumbien	4,4	3,9
Monaco	1,7	2,7	Kuba	(4,0)	(3,8)
Niederlande	1,7	1,3	Mexiko	3,1	3,4
Norwegen	2,5	2,7	Panama	(6,0)	(6,5)
Österreich	1,2	1,2	Paraguay	4,5	4,0
Portugal	1,5	1,0	Peru	4,7	5,0
Schweden	2,1	2,0	Trinidad und Tobago	(3,0)	---
Schweiz	1,7	1,4	Uruguay	3,1	3,8
Spanien	1,9	1,0	Venezuela	-0,1	1,4
Vereinigtes Königreich	2,2	2,3			
Zypern	1,3	0,0	GUS	2,2	2,5
Mittel- und Osteuropa	2,5	2,4	Armenien	4,0	3,8
Albanien	3,0	2,1	Kasachstan	4,4	4,9
Bosnien und Herzegowina	2,8	1,5	Kirgisien	3,5	(6,0)
Bulgarien	2,1	1,9	Russland	1,5	2,1
Estland	2,9	3,8	Ukraine	4,2	1,5
Kosovo	3,3	---			
Kroatien	1,6	1,5	Afrika	4,5	3,6
Lettland	3,0	2,9	Nördliches Afrika	3,5	3,4
Litauen	3,5	3,8	Ägypten	3,6	3,3
Mazedonien	3,8	3,8	Algerien	3,3	3,6
Polen	3,0	3,3	Libyen	(5,0)	(7,0)
Rumänien	2,2	2,1	Marokko	3,8	(3,8)
Serbien	1,7	3,0	Tunesien	3,5	2,9
Slowakei	2,5	2,5	Subsaharisches Afrika	5,1	3,7
Slowenien	1,7	0,5	Angola	(5,5)	(7,0)
Tschechien	2,2	2,3	Äthiopien	(10,0)	(8,0)
Ungarn	2,1	1,5	Benin	5,5	5,5
Naher Osten	4,5	3,8	Burundi	(8,0)	0,0
Israel	3,0	3,8	Cabo Verde	2,2	---
Libanon	1,8	2,7	Elfenbeinküste	7,6	(8,0)
Katar	(7,0)	(3,8)	Gabun	(3,5)	(3,8)
Saudi-Arabien	(3,5)	---	Kenia	5,3	4,5
Türkei	4,3	4,1	Komoren	(2,0)	3,8
Vereinigte Arabische Emirate	5,5	3,8	Kongo Demo. Republik	8,9	8,0
Ozeanien	2,8	3,5	Republik Kongo	7,3	3,8
Australien	2,8	3,6	Lesotho	3,1	3,8
Neuseeland	2,4	2,8	Liberia	4,0	7,9
Asien	3,7	3,7	Madagaskar	5,3	3,2
Bangladesch	6,8	3,8	Malawi	(5,0)	(5,0)
China	6,4	6,8	Mauretania	4,5	3,8
Hongkong	3,3	3,7	Mauritius	4,3	3,8
Indien	6,8	5,6	Namibia	4,8	3,8
Indonesien	6,0	5,6	Niger	5,0	2,7
Japan	1,0	1,4	Nigeria	7,0	3,3
Malaysia	4,2	3,4	Sambia	6,4	6,6
Pakistan	4,1	2,9	Senegal	(6,0)	(3,8)
Philippinen	6,1	6,3	Sierra Leone	7,3	9,4
Sri Lanka	6,1	4,9	Simbabwe	2,7	3,0
Südkorea	3,0	3,4	Südafrika	2,7	3,2
Taiwan	3,2	3,1	Sudan	3,3	1,4
Thailand	3,9	3,5	Swasiland	1,9	1,5
Vietnam	4,8	5,3	Tansania	7,5	---
			Togo	5,8	(3,8)
			Uganda	5,9	6,3
			Zentralafrikanische Republik	(1,5)	---

^{a)} Innerhalb jeder Ländergruppe sind die Ergebnisse nach den Export-/Importanteilen am Weltdurchschnitt gewichtet. – ^{b)} Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich. – ^{c)} Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. – ^{d)} Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern. – () Die Daten in Klammern resultieren von wenig Antworten.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) IV/2014 und IV/2013.

tisch in Bezug auf die weitere wirtschaftliche Entwicklung in ihrem Land sind. Für *Taiwan* bleiben die Expertengutachten zur aktuellen Situation zufriedenstellend. Die Konjunkturerwartungen sind jedoch deutlich weniger optimistisch als vor drei Monaten. Das Wirtschaftsklima für *Thailand* verschlechterte sich wieder aufgrund vermehrt negativer Einschätzungen zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage. Die Konjunkturerwartungen der Experten signalisieren eine leichte Erholung in den nächsten sechs Monaten. In *Pakistan* verschlechterte sich die aktuelle Wirtschaftslage erneut. Die Konjunkturerwartungen bleiben insgesamt positiv und deuten auf eine Verbesserung der aktuell schwachen Wirtschaftsverfassung.

In **Mittel- und Osteuropa** sank der Wirtschaftsklimaindikator auf 83,5 von 94,6 Punkten im Vorquartal. Dies ist der erste Rückgang seit Anfang 2013. Sowohl die Urteile zur aktuellen Lage, und in noch stärkerem Maße die Konjunkturerwartungen, sind weniger positiv als vor drei Monaten. Arbeitslosigkeit, fehlende Nachfrage und mangelndes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung wurden erneut als die derzeit bedeutendsten wirtschaftlichen Probleme der Region identifiziert. In der *Tschechischen Republik* und *Polen* wurden die Expertenschätzungen zur aktuellen Situation leicht nach unten revidiert, bleiben aber insgesamt positiv. Diese beiden Länder zusammen mit *Litauen* und der *Slowakei* erhielten die besten WES-Wertungen zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage in der Region. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung in den kommenden Monaten sind die befragten Experten in diesen Ländern weniger positiv als im Juli. Sie erwarten geringere Impulse aus dem Exportgeschäft. In *Ungarn* und *Rumänien* verbesserte sich die wirtschaftliche Lage gegenüber dem Vorquartal, und die Experteneinschätzungen in beiden Ländern erreichten ein zufriedenstellendes Terrain zum ersten Mal seit über sechs Jahren. Allerdings werden die Investitionsausgaben in *Rumänien* gegenwärtig immer noch als zu schwach empfunden. Die Konjunkturerwartungen der rumänischen Experten signalisieren eine Stabilisierung auf dem derzeitigen zufriedenstellenden Niveau. Im Gegenzug hat sich der wirtschaftliche Ausblick für *Ungarn* seit Anfang 2014 kontinuierlich eingetrübt und signalisiert jetzt Skepsis für die nächsten sechs Monate. In *Kroatien* sind keine Ansätze einer Besserung zu erkennen: Wieder einmal bestätigten alle befragten Wirtschaftsexperten einstimmig die schlechte Wirtschaftslage ihrer Volkswirtschaft. Auch für *Bulgarien* verschlechterte sich die Einschätzung zur aktuellen wirtschaftlichen Lage erheblich im Vergleich zu vergangenen Quartalen. Die Konjunkturerwartungen deuten auf keine Entspannung der derzeit schwierigen wirtschaftlichen Lage in beiden Ländern.

Der ifo Wirtschaftsklimaindikator für die **GUS-Staaten** (*Russland, Ukraine, Kasachstan, Kirgisien, Usbekistan* und *Armenien*) fiel auf den niedrigsten Stand seit Anfang 2009. Noch niedrigere Levels herrschten nur zum Höhepunkt der Finanzkrise 2008/2009 und im Zuge der Russlandkrise

1998. Die Beurteilungen zur derzeitigen Wirtschaftslage und auch die Erwartungen für die nächsten sechs Monate verschlechterten sich deutlich, die negative Stimmung gewann die Oberhand. Dieses Muster war besonders dominant für *Russland* und für die *Ukraine*. Die befragten Experten nannten in beiden Ländern Kapitalmangel als das derzeit wichtigste wirtschaftliche Problem, da die Sanktionen russischen Banken und Unternehmen Zugang zu den westlichen Kapitalmärkten erschweren. Die WES-Experten erwarten zudem, dass die Handelssanktionen zu einem Rückgang der Export- und Importmengen führt und im Zuge der daraus resultierenden Warenknappheit die Inflation weiter befeuern dürfte. In *Kirgisien* wurden keine positiven Veränderungen gemeldet, und die Beurteilungen zur wirtschaftlichen Situation liegen weiterhin auf einem ungünstigen Niveau. Die Konjunkturerwartungen deuten auf eine weitere Verschlechterung in den kommenden Monaten hin. In *Armenien* und *Kasachstan* herrscht eine weitaus günstigere aktuelle Wirtschaftslage als in den anderen GUS-Staaten, obwohl im Vergleich zur Umfrage im Juli auch hier Anpassungen nach unten sichtbar sind. Im Hinblick auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung sind die befragten Experten in *Armenien* skeptisch geworden. Die WES-Experten in *Kasachstan* hingegen behalten insgesamt ihren positiven Ausblick bei.

In **Ozeanien** sank der Wirtschaftsklimaindikator auf 90,6 Indexpunkte, von 96,1 im Juli (langfristiger Durchschnitt: 100,7). Die Beurteilungen zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage waren weniger positiv als vor drei Monaten. Die Konjunkturerwartungen hellten sich zwar leicht auf, signalisieren aber im Mittel weiterhin Skepsis. Dieses Muster gilt vor allem für *Australien*. Hier sind ein Mangel an internationaler Wettbewerbsfähigkeit, Arbeitslosigkeit und fehlende Nachfrage als die wichtigsten wirtschaftlichen Probleme derzeit erkennbar. Im Gegensatz dazu leidet *Neuseeland* weitgehend unter einem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Den WES-Experten zufolge ist hier die allgemeine Wirtschaftslage weiterhin sehr günstig. Allerdings waren die Konjunkturerwartungen weniger positiv als bei der letzten Umfrage.

Der ifo Indikator für das Wirtschaftsklima in **Lateinamerika** sank in diesem Quartal auf 72,4 Punkte, wobei der Rückgang um 3,6 Indexpunkte nicht ganz so ausgeprägt war wie in der vorherigen Umfrage. Der neue Wert markiert den tiefsten Stand seit Ende 2009 und liegt weit unter dem langfristigen Durchschnitt (1998–2013: 91,3). Während sich die Einschätzungen zur aktuellen Wirtschaftslage weiter verschlechterten, bleibt der Sechsmonatsausblick konstant neutral, was auf keine großen Veränderungen in den kommenden Monaten hindeutet. Geringes Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Regierung, diesmal auf Platz 1, gefolgt von einer mangelnden internationalen Wettbewerbsfähigkeit führten die befragten Experten als derzeit dringendste Probleme in dieser Region an. *Argentinien, Venezuela* sowie *Uruguay* leiden unter anderem unter einer hohen Inflations-

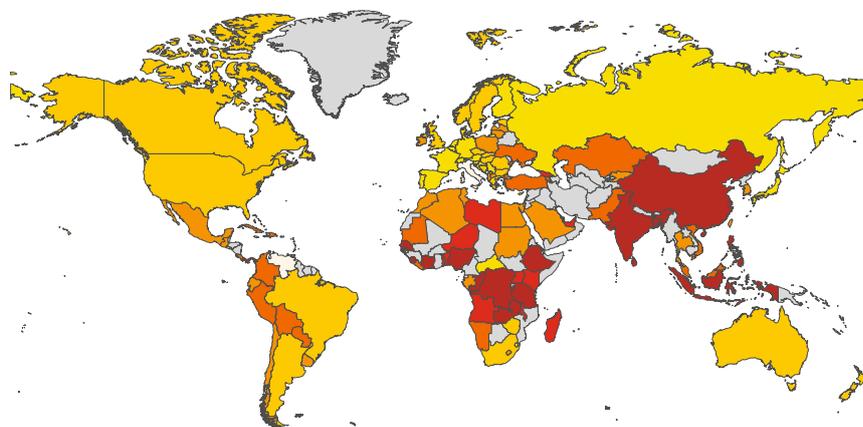
Box 2

Ausblick auf das mittelfristige Wirtschaftswachstum weitgehend unverändert

Im Durchschnitt aller in die Umfrage einbezogenen 120 Länder wird in den nächsten drei bis fünf Jahren ein jährliches Wirtschaftswachstum von 2,7%¹ erwartet; vor einem Jahr lag dieser Wert mit 2,6% nur geringfügig darunter (vgl. Tab. 2). Während jedoch die mittelfristige Wachstumsprognose für *Nordamerika*, den *Nahen Osten* und *Afrika* im Vergleich zum Vorjahr generell etwas nach oben revidiert wurde, gab es entgegengesetzte Tendenzen in den *GUS-Ländern*, *Lateinamerika* und *Ozeanien*. In *West- bzw. Mittel- und Osteuropa* sowie *Asien* erfolgten keine wesentlichen Änderungen im Vergleich zu der Umfrage vor einem Jahr. Generell sind, wie bisher, die Wachstumsraten in Ländern mit mittlerem und niedrigem Einkommen höher als in Hochlohnländern. Die Unterschiede in den Wachstumsraten zwischen Industrie- und Schwellenländern beginnen sich aber wieder mehr auszuweiten.

Die höchsten mittelfristigen Wachstumsraten werden mit jeweils durchschnittlich 4,5% für den *Nahen Osten* und *Afrika* erwartet. Im *Subsaharischen Afrika*, wo die meisten Niedriglohnländer beheimatet sind, ist der wirtschaftliche Aufholprozess entsprechend höher; dort wird im Durchschnitt von einer jährlichen Wachstumsrate von 5,1% ausgegangen und ein Maximum von 7,5% bis zu 10% für einzelne Länder prognostiziert (z.B. *Tansania*, *Burundi*, *Kongo Dem. Republik* und *Äthiopien*).

Durchschnittlich hohe Wachstumsraten von 3,7% werden auch für *Asien* vorhergesagt. Zu den dort am schnellsten wachsenden Ländern zählt wieder einmal *China*, auch wenn dort der Mittelfristausblick von 6,8% im Jahr 2013 auf 6,4% für 2014 leicht nach unten revidiert wurde. Die mittelfristigen Wachstumsperspektiven für *Indien*, *Indonesien* und *Sri Lanka* (jeweils über 6% p.a.) hellten sich gegenüber der Vorjahresumfrage erheblich auf.



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) IV/2014.

amerika mit einer geschätzten mittelfristigen Wachstumsprognose von 2,6% (Vorjahr: 2,3%). In dieser Region werden die *USA* mit 2,6% p.a. voraussichtlich höhere Wachstumsraten erleben als in den letzten Jahren. Die Wachstumsdynamik in *Ozeanien* wird dagegen etwas nachlassen, da die BIP-Prognosen der Experten erheblich niedriger sind als noch im letzten Jahr: 2,8% jährlich für *Australien* (Vorjahr: 3,6%) und 2,4% für *Neuseeland* (versus 2,8% 2013).

In *Westeuropa* sowie *Mittel- und Osteuropa* bleiben die geschätzten Wachstumsraten im Aggregat weitgehend stabil und sind nur ein Zehntel höher als vor einem Jahr (1,6% bzw. 2,5%). Unter den krisengebeutelten Ländern des *Euroraums* – *Griechenland*, *Italien*, *Spanien* und *Portugal* – dürfte lediglich *Italien* mit 0,9% unter dem Durchschnitt des *Euroraums* von 1,5% liegen. *Irland* wird mit einem erwarteten durchschnittlichen Wachstum von 3,6% die höchste Rate im *Euroraum* erzielen und knüpft damit fast wieder an seine Vorkrisenwachstumsraten von über 4% an.

¹ Es handelt sich hierbei um Zuwachsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in den jeweiligen Ländern, zusammengewichtet mit dem jeweiligen Länderanteil am Welt-handel. Diese Zahlen sind nicht vergleichbar mit Angaben für das Wachstum der Weltwirtschaft, bei denen Kaufkraftparitäten bei der Gewichtung zugrunde liegen, wie dies z.B. bei Schätzungen des IWF üblich ist.

In *Lateinamerika* fielen die Schätzungen zum mittelfristigen Wachstumspotenzial erneut schwächer aus als in den vorangegangenen Erhebungen. Dies liegt vor allem an den erwarteten niedrigeren jährlichen BIP-Raten für *Brasilien* (2,2%), *Argentinien* (2,5%), *Mexiko* (3,1%) und *Chile* (3,3%). Im Ländervergleich wird *Brasilien* mit einer relativ niedrigen jährlichen Wachstumsrate lediglich die von *Venezuela* (-0,1%) und *El Salvador* (1,7%) übertreffen. *Bolivien*, *Peru*, *Paraguay* und *Kolumbien* werden voraussichtlich mit jährlichen Wachstumsraten von über 4% expandieren. Auch in den *GUS*-Staaten ist die geschätzte durchschnittliche jährliche BIP-Expansion niedriger als vor einem Jahr (2,2% gegenüber 2,5% im Vorjahr). Die Befragten revidierten ihre Mittelfristprognose vor allem für *Russland* (1,5% vs. 2,1% 2013) nach unten.

Auf dem mittleren Rang steht *Nord-*

rate. In *Brasilien* setzte sich der Abwärtstrend in den Lagebeurteilungen fort und fällt in diesem Quartal auf den tiefsten Punkt in über 15 Jahren. Den befragten Experten zufolge mangelt es vor allem an Ausgaben für Bau- und Ausrüstungsinvestitionen. Nach Abschluss der WES-Umfrage war das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen noch offen und hinterließ einige Fragezeichen in den Konjunkturerwartungen der WES-Experten. Allerdings wurde klar, dass die Wirtschaftspolitik unter Dilma Rousseff auf wenig Zustimmung im Land stößt: Die befragten Experten zitierten dies als wichtigstes ökonomisches Hindernis. Mit ihrer Wiederwahl ist eine Änderung in der Politik unwahrscheinlich, und dies wird

voraussichtlich weitere Wolken über die Konjunkturaussichten ziehen lassen. In *Argentinien* kam der Abwärtstrend in den Lagebeurteilungen, der Ende des vergangenen Jahres begonnen hatte, zwar zum Erliegen, befindet sich aber damit auf dem niedrigsten Stand seit Ende 2009. Die Wirtschaftsaussichten für die nächsten sechs Monate verschlechterten sich weiter, da sich mehr Experten skeptisch über die zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklungen äußerten. Weder aus *Venezuela* noch aus *El Salvador* gab es positive Nachrichten, und den WES-Experten zufolge zeigen sich diese Volkswirtschaften nach wie vor wirtschaftlich angeschlagen. In beiden Ländern deuten die Konjunkturerwar-

tungen auf keine Entspannung der derzeitigen schwierigen wirtschaftlichen Situation hin. In *Venezuela* wird sich die Situation voraussichtlich sogar weiter verschlechtern. Die Umfrageteilnehmer warnten vor einer steigenden Inflationsrate in den kommenden Monaten. Mit einer jährlichen Inflationsrate von fast 60% führt *Venezuela* die Rangliste unter allen WES-Ländern an. In *Mexiko*, dem wirtschaftlich zweitwichtigsten Land in der Region, wurde die allgemeine Wirtschaftslage wieder als ungünstig beurteilt. Hier stellt eine unzureichende Nachfrage derzeit das wichtigste Problem für die Wirtschaft dar. Die Konjunkturerwartungen sind weniger positiv als vor drei Monaten und deuten auf keine wesentlichen Verbesserungen in den nächsten sechs Monaten hin. Die stärksten Anpassungen nach unten erfolgten in *Chile*, *Guatemala* und *Peru*. Dort erreichten die Expertenmeinungen zur aktuellen wirtschaftlichen Situation ungünstiges Terrain. Die Entwicklungen der Expertenerwartungen senden jedoch unterschiedliche Signale für jedes Land: Die konjunkturelle Entwicklung in *Chile* könnte bereits die Talsohle durchschritten haben, da die wirtschaftlichen Aussichten zum ersten Mal seit drei Jahren wieder im positiven Bereich liegen. In *Guatemala* setzte sich der Trend zu fallenden Konjunkturerwartungen fort, während die WES-Experten die sechsmonatigen Wirtschaftsaussichten für *Peru* erheblich nach oben korrigierten. In *Ecuador* und *Uruguay* sehen die befragten Experten die derzeitige wirtschaftliche Verfassung ihrer Volkswirtschaften als zufriedenstellend an. Allerdings sind die WES-Experten bezüglich der Entwicklungen in den nächsten sechs Monaten überwiegend pessimistisch gestimmt. In *Bolivien* und *Paraguay* verbesserte sich die Situation gegenüber der letzten Umfrage und sie gehören nun, neben *Kolumbien*, zu den leistungsfähigsten Wirtschaften der Region. Den WES-Experten zufolge ist für *Bolivien* und *Paraguay* eine Stabilisierung der aktuell guten Wirtschaftsaktivität wahrscheinlich. Dagegen könnte für *Kolumbien* der Wendepunkt erreicht sein, da sich die negativen Stimmen für die konjunkturellen Aussichten jetzt erstmals wieder durchsetzten.

Im **Nahen Osten** sank der Wirtschaftsklimaindikator weiter und liegt mit 87,7 Punkten nur noch leicht über seinem 15-Jahresdurchschnitt von 86,5. Während die Einschätzungen zur derzeitigen wirtschaftlichen Lage im Großen und Ganzen günstig bleiben, trübten sich die Konjunkturaussichten weiter ein. Wie in früheren Umfragen wurde ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften als wichtigstes wirtschaftliches Problem eingestuft, war aber in diesem Quartal besonders ausgeprägt. Im *Libanon*, *Katar* und *Saudi-Arabien* gab es keine Änderungen gegenüber der Vorquartalsumfrage, und die aktuelle Wirtschaftslage bleibt günstig. Dies gilt auch für die *Vereinigten Arabischen Emirate*, wo die Einschätzungen sogar noch positiver waren als vor drei Monaten. Die Konjunkturerwartungen in allen vier Ländern bleiben auf der positiven Seite. Die deutlichsten Korrekturen nach unten fanden in *Israel* statt: Zum ersten Mal seit fast vier Jahren erreichten

die Expertenmeinungen zur aktuellen Wirtschaftslage wieder ungünstiges Terrain. Die Konjunkturerwartungen wurden weiter nach unten revidiert und signalisieren eine wirtschaftliche Verschlechterung in den kommenden Monaten. Nachdem sich das Wirtschaftsklima in der *Türkei* im Juli vorübergehend gebessert hatte, bildeten sich auch hier Wolken über den Konjunkturerwartungen. Zwar bleibt die Lage in etwa zufriedenstellend, die Konjunkturaussichten verschlechterten sich hingegen deutlich, und die Mehrheit der Experten ist für die kommenden Monate pessimistisch geworden. Die *Türkei* ist eines der wenigen Länder in der Welt, in denen Inflation den befragten Experten Sorgen bereitet.

Das Wirtschaftsklima für **Nordafrika**, das die Länder *Ägypten*, *Algerien*, *Marokko*, *Libyen* und *Tunesien* umfasst, verbesserte sich leicht dank positiverer Beurteilungen der aktuellen Lage und der Erwartungen. In *Algerien* gab es keine Änderungen, und die gegenwärtige Situation gilt als zufriedenstellend und dürfte auch so für die nächsten sechs Monate bleiben. In *Marokko* erreichten die Expertenbeurteilungen zur aktuellen Lage wieder zufriedenstellendes Gebiet. Der Sechsmonatsausblick bleibt allerdings vorsichtig. Die WES-Experten in *Libyen* und *Tunesien* berichten über eine aktuell schwache Verfassung ihrer jeweiligen Volkswirtschaften. Während für *Libyen* eine leichte wirtschaftliche Verbesserung in den nächsten sechs Monaten erwartet wird, gibt es nach Einschätzung der befragten Experten keine Hinweise auf große positive Veränderungen in *Tunesien*. In *Ägypten* gab es starke Aufwärtsrevisionen sowohl in der Beurteilung zur aktuellen Wirtschaftslage als auch in den Konjunkturerwartungen. Unterm Strich bleibt die aktuelle wirtschaftliche Situation dennoch weiterhin ungünstig. Dagegen erreichten die Erwartungen für die nächsten sechs Monate den optimistischsten Stand seit langer Zeit. Die Wirtschaftsleistung dürfte sich folglich in den kommenden Monaten verbessern. Das Wirtschaftsklima für **Südafrika** bleibt nahezu unverändert eingetrübt. Die aktuelle Wirtschaftslage wurde erneut als ungünstig beurteilt. Die Konjunkturerwartungen sind nur geringfügig positiver als in der letzten Umfrage und signalisieren keine Verbesserungen in den nächsten sechs Monaten.

Inflationserwartungen bleiben moderat

Für 2014 erwarten die WES-Experten im weltweiten Durchschnitt unverändert einen Preisanstieg von 3,2% (vgl. Tab. 3). Die Inflationserwartungen für den **Euroraum** sind nochmals leicht zurückgegangen: Erwarteten die WES-Experten für 2014 zu Jahresanfang noch eine Inflationsrate von 1,5% und von 1,1% laut der Juli-Umfrage, sind es nun nur noch 0,9%. Selbst die zuletzt gemeldete Inflationsrate für 2014 dürfte nach den aktuellen Preisdaten noch zu hoch sein und weiter nach unten revidiert werden. Die sich für 2014 abzeichnende Inflationsrate liegt damit klar unter der Zielmar-

Tab. 3
Inflationserwartungen der WES-Teilnehmer für 2014 und ihre Erwartungen für die nächsten drei bis fünf Jahre

Region	IV/2014	nächste drei bis fünf Jahre	Region	IV/2014	nächste drei bis fünf Jahre
Durchschnitt der Länder^{a)}	3,2	3,2	Nordamerika	1,9	2,4
EU (28 Länder)	1,0	1,8	Kanada	2,0	2,2
EU (alte Mitglieder) ^{b)}	1,0	1,7	USA	1,9	2,4
EU (neue Mitglieder) ^{c)}	1,1	2,2			
Euroraum ^{d)}	0,9	1,6	Lateinamerika	10,8	8,2
Westeuropa	1,0	1,7	Argentinien	39,7	19,4
Belgien	0,7	1,5	Bolivien	6,1	6,0
Dänemark	0,8	1,5	Brasilien	6,5	5,3
Deutschland	1,2	1,8	Chile	4,3	3,8
Finnland	1,1	1,6	Costa Rica	(5,8)	(5,0)
Frankreich	0,8	1,4	Dominikanische Republik	4,3	4,0
Griechenland	-0,5	1,5	Ecuador	4,1	4,0
Irland	0,7	1,4	El Salvador	2,4	3,5
Italien	0,4	1,5	Guatemala	4,0	4,5
Luxemburg	1,0	1,9	Kolumbien	3,1	3,1
Monaco	1,5	1,3	Kuba	(3,0)	(3,0)
Niederlande	1,2	1,8	Mexiko	4,3	4,1
Norwegen	1,5	2,3	Panama	(4,0)	(3,5)
Österreich	1,7	1,8	Paraguay	4,8	4,9
Portugal	0,2	0,9	Peru	2,8	2,8
Schweden	0,5	1,7	Trinidad und Tobago	(7,0)	(12,0)
Schweiz	0,1	0,9	Uruguay	8,7	7,6
Spanien	0,5	1,6	Venezuela	65,2	49,3
Vereinigtes Königreich	2,0	2,4	Naher Osten	4,5	4,5
Zypern	-0,7	1,3	Israel	1,8	2,4
Mittel- und Osteuropa	1,1	2,2	Katar	(3,8)	---
Albanien	1,8	2,7	Libanon	3,3	4,5
Bosnien und Herzegowina	1,7	1,8	Saudi-Arabien	(3,0)	(2,5)
Bulgarien	1,1	2,6	Türkei	9,0	7,5
Estland	0,4	2,4	Vereinigte Arab. Emirate	3,7	4,7
Kosovo	0,9	1,8	Afrika	6,9	6,7
Kroatien	1,0	2,1	Nördliches Afrika	5,8	5,9
Lettland	1,9	2,9	Ägypten	12,5	11,0
Litauen	0,9	2,2	Algerien	2,8	3,8
Mazedonien	1,3	2,5	Libyen	(5,0)	(5,0)
Polen	0,6	2,0	Marokko	2,5	3,1
Rumänien	3,1	2,2	Tunesien	5,7	5,7
Serbien	2,5	3,7	Subsaharisches Afrika	7,7	7,2
Slowakei	1,0	2,2	Äthiopien	(9,0)	---
Slowenien	0,7	1,7	Angola	(7,0)	(6,5)
Tschechien	1,0	1,9	Benin	3,0	3,5
Ungarn	1,1	2,9	Burundi	(25,0)	(10,0)
GUS	9,7	7,6	Cabo Verde	1,7	2,4
Armenien	7,0	11,0	Elfenbeinküste	2,2	2,5
Kasachstan	8,0	7,2	Gabun	(3,0)	(2,8)
Kirgisien	9,5	7,5	Kenia	7,4	7,3
Russland	8,8	7,3	Komoren	(5,0)	(5,0)
Ukraine	16,6	9,6	Kongo Dem. Rep.	2,5	3,6
Ozeanien	2,6	2,9	Kongo Republik	(2,9)	(3,0)
Australien	2,7	3,0	Lesotho	6,2	6,2
Neuseeland	1,8	2,3	Liberia	9,5	7,5
Asien	3,5	3,3	Madagaskar	7,2	(6,0)
Bangladesch	7,3	6,8	Malawi	(20,0)	(14,0)
China	2,7	3,3	Mauretanien	5,7	6,0
Hongkong	3,9	4,0	Mauritius	3,6	3,5
Indien	6,8	5,3	Namibia	5,8	5,6
Indonesien	7,0	5,3	Niger	3,3	3,1
Japan	2,4	1,7	Nigeria	8,7	8,2
Malaysia	3,5	3,7	Sambia	8,2	7,8
Pakistan	9,9	10,4	Senegal	(-0,5)	(1,4)
Philippinen	4,3	4,4	Sierra Leone	11,3	7,6
Singapur	(3,0)	(3,0)	Simbabwe	1,9	3,4
Sri Lanka	6,7	6,6	Südafrika	6,5	6,0
Südkorea	2,1	2,3	Sudan	42,0	34,3
Taiwan	1,6	1,7	Swasiland	6,4	6,6
Thailand	2,1	2,8	Tansania	7,0	7,3
Vietnam	6,8	6,3	Togo	2,9	3,3
			Uganda	4,3	5,0
			Zentralafrikanische Rep.	(7,5)	(3,5)

^{a)} Innerhalb jeder Ländergruppe sind die Ergebnisse nach den Export-/Importanteilen am Weltdurchschnitt gewichtet. – ^{b)} Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich. – ^{c)} Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern. – ^{d)} Belgien, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Lettland, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien, Spanien, Zypern. – () Die Daten in Klammern resultieren von wenig Antworten.

Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) IV/2014.

ke der EZB von knapp 2%. Die mittelfristigen Inflationserwartungen für die nächsten drei bis fünf Jahre sind dagegen nicht weit vom Inflationsziel der EZB entfernt. Es wird also von den WES-Experten auf mittlere Sicht nicht mit einer Deflationsgefahr im *Euroraum* gerechnet. Die niedrigsten Inflationsraten im *Euroraum* werden weiterhin in den »Euro-Krisenländern« *Griechenland* (– 0,5%), *Zypern* (– 0,7%), *Portugal* (0,2%), *Italien* (0,4%) sowie *Irland* und *Slowenien* (jeweils 0,7%) erwartet. Die mittelfristigen Inflationserwartungen (nächste drei bis fünf Jahre) unterscheiden sich in den Krisenländern nur wenig vom Durchschnitt im *Euroraum*. Auch in den Krisenländern wird demnach von den WES-Experten zumindest mittelfristig nicht mit Deflation gerechnet.

In **Westeuropa außerhalb des Euroraums** reicht die Spannweite der Inflationserwartungen von 0,1% in der *Schweiz* bis 2,0% im *Vereinigten Königreich* (vgl. Tab. 3). Während im *Vereinigten Königreich* die für 2014 und auf mittlere Sicht (nächste drei bis fünf Jahre) erwarteten Inflationsraten nicht weit auseinanderklaffen (2,0% gegenüber 2,4%), ist dies in der *Schweiz* sehr wohl der Fall (0,1% gegenüber 0,9%).

Auch in **Mittel- und Osteuropa** zeichnet sich für 2014 ein Niedrigpreistrend ab. Von den WES-Experten wird im laufenden Jahr nur mehr mit einer Inflationsrate von 1,1% gerechnet, während die entsprechenden Erwartungen zu Jahresanfang noch bei 2,0% lagen. Auf mittlere Sicht wird aber nicht mit einem Anhalten des derzeitigen Niedrigpreistrends gerechnet, sondern eine durchschnittlich jährliche Inflationsrate von 2,2% in den nächsten drei bis fünf Jahren erwartet. Niedrig wird nach Ansicht der WES-Experten die Preissteigerung in diesem Jahr vor allem im Euroland *Estland* (0,4%) sowie in *Polen* (0,6%) sein. Auf der anderen Seite herrschen auch in diesem Jahr die höchsten Inflationserwartungen in *Serbien* (2,5%) vor; gegenüber der Schätzung vom Juli dieses Jahres (5,8%) bedeutet dies allerdings eine leichte Entspannung an der Inflationsfront.

In **Nordamerika** haben sich die Inflationserwartungen für das laufende Jahr leicht zurückgebildet (von 2,1% auf 1,9%) und entsprechen sowohl in den *USA* wie in *Kanada* weitgehend den Zielvorstellungen der jeweiligen Zentralbank. Die Lücke zwischen der erwarteten Inflationsentwicklung in diesem Jahr und auf mittlere Sicht (nächste drei bis fünf Jahre) ist in den *USA* wesentlich geringer als in *Europa*.

In **Asien** bleiben die Inflationserwartungen für 2014 unverändert bei 3,5%. Differenziert nach Ländern, ergeben sich jedoch weiterhin erhebliche Unterschiede: In *China* wurden die Inflationserwartungen für 2014 gegenüber der Umfrage im Juli nach unten korrigiert (von 3,1% auf 2,7%), was die Hoffnung auf eine weitere Zinslockerung schürt. Letzteres gilt auch für *Indien*, auch wenn hier die Korrektur der Preis-erwartungen von einem deutlich höheren Niveau ausgeht.

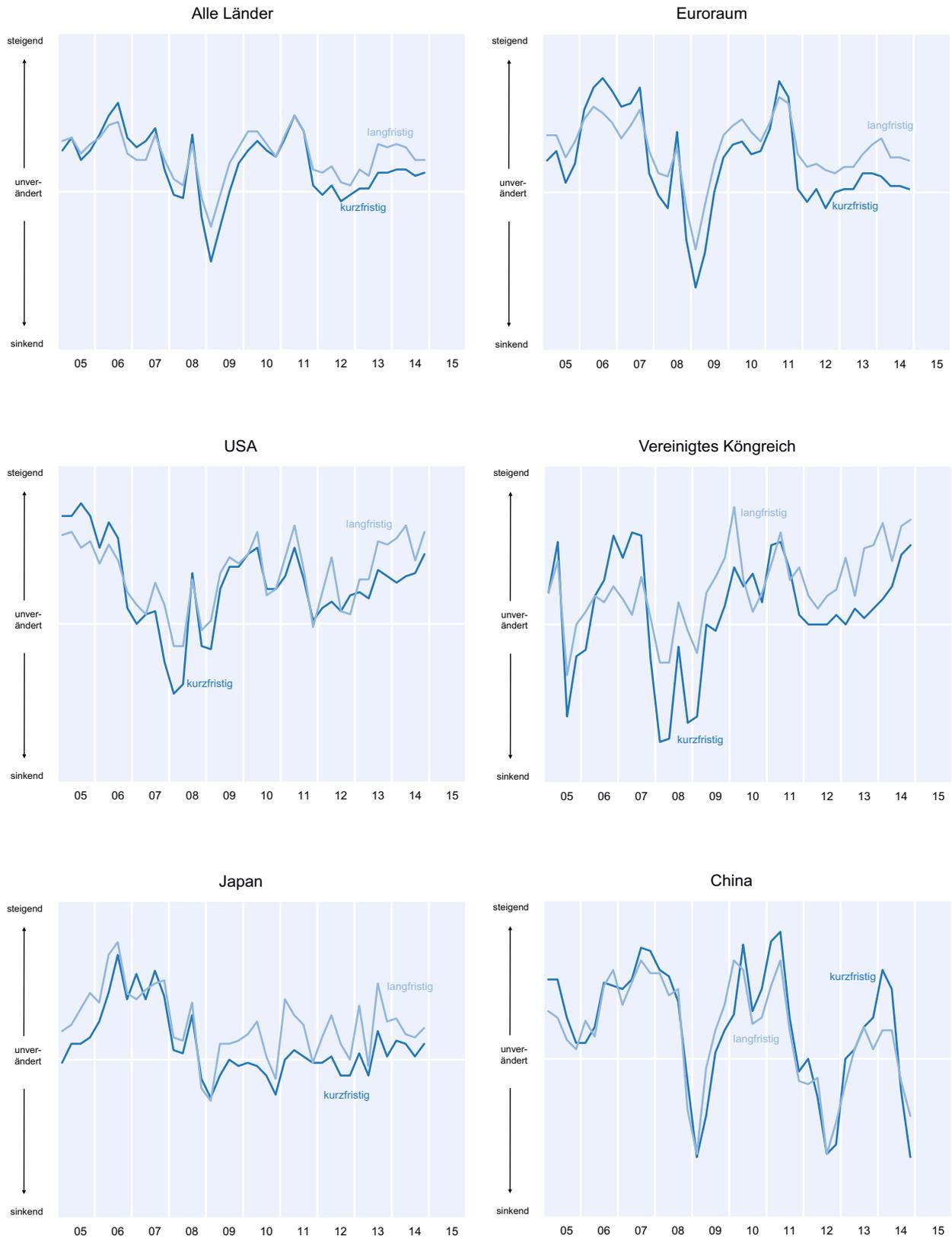
In *Japan* scheinen sich die Inflationserwartungen für 2014 auf über 2% zu stabilisieren, was allerdings zu einem erheblichen Grad mit der Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes im Frühjahr zusammenhängt, aber auch mit anderen Bemühungen der Abe-Regierung, die jahrelange Deflationstendenz in *Japan* zu beenden. Auf mittlere Sicht (nächste drei bis fünf Jahre) wird in *Japan* mit einer Inflationsrate von 1,7% gerechnet. Auch in einigen anderen *asiatischen* Ländern nahmen die Inflationserwartungen für 2014 etwas zu: In *Indonesien* stiegen sie von 6,3% auf 7,0% und in *Vietnam* von 5,9% auf 6,8%. Auf mittlere Sicht wird jedoch in beiden Ländern mit einer Eindämmung der derzeitigen relativ hohen Inflationsrate gerechnet (in *Indonesien* von 7,0% auf 5,3% und in *Vietnam* von 6,8% auf 6,3%).

In **Ozeanien** bleiben die Inflationserwartungen für 2014 unverändert bei 2,6%, wobei die Inflationsrate für *Australien* mit 2,7% höher sein dürfte als für *Neuseeland* (1,8%). Wie in den *USA* wird die mittelfristige Inflationsrate nur leicht höher eingeschätzt als die derzeitige Rate (2,9% gegenüber 2,6%).

In **Lateinamerika** bleiben die Inflationserwartungen für 2014 hoch (10,8% nach 10,6% im Juli). Gegenüber den erwarteten mittelfristigen Inflationsraten für die nächsten drei bis fünf Jahre sind sie 2,6 Prozentpunkte höher (10,8% gegenüber 8,2%). Eine solche Diskrepanz liegt in abgeschwächter Form auch in *Brasilien* vor, dem wirtschaftlich wichtigsten Land in der Region (6,5% gegenüber 5,3% auf mittlere Sicht). Die aktuell hohe Inflation könnte die brasilianische Zentralbank dazu bewegen, die Zinssätze trotz der derzeitigen Konjunkturschwäche in der Realwirtschaft weiter zu erhöhen. Hierauf deuten die Zinserwartungen der WES-Experten für die nächsten sechs Monate hin. In *Chile* und *Mexiko* belaufen sich in beiden Fällen die Inflationserwartungen für 2014 auf 4,3% und waren damit nur geringfügig höher als in der vorangegangenen Erhebung. Auch verglichen mit der auf mittlere Sicht erwarteten Inflationsrate ergab sich – anders als im Falle *Brasiliens* – nur eine relativ geringe Differenz. Die niedrigsten Inflationsraten für 2014 werden in *El Salvador* (2,4%), *Peru* (2,8%) und *Kolumbien* (3,1%) erwartet; auch auf mittlere Sicht wird in diesen drei Ländern mit einer vergleichsweise niedrigen Inflationsrate gerechnet. Die Problemländer, was die Inflation anbelangt, bleiben *Venezuela* (65,2%) und *Argentinien* (39,7%). In beiden Ländern wird auch auf mittlere Sicht nur eine leichte Dämpfung der hohen Inflation erwartet (49,3% bzw. 19,4%).

In den **GUS-Staaten** sind die Inflationserwartungen für dieses Jahr deutlich angestiegen, vor allem in *Russland* (von 7,5% auf 8,8%), wo die Sanktionen des Westens offenbar mehr und mehr auf das dortige Preisniveau durchschlagen. Auch in *Kirgisien* nahmen die Inflationsbefürchtungen für 2014 deutlich zu (von 5,5% auf 9,5%). Die höchste Inflationsrate in diesem Jahr wird in dieser Region weiterhin in

Abb. 4
Kurz- und langfristige Zinsen
 Erwartungen für die nächsten sechs Monate



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) IV/2014.

der *Ukraine* erwartet, auch wenn die voraussichtliche Jahresrate von 18,0% auf 16,6% korrigiert wurde. Im Durchschnitt der *GUS*-Staaten rechnen die WES-Experten auf mittlere Sicht mit einer jährlichen Inflationsrate von 7,6% nach voraussichtlich 9,7% in diesem Jahr (vgl. Tab. 3).

Für den **Nahen Osten** bleiben die Inflationserwartungen für 2014 nahezu unverändert bei 4,5%. Die höchste Inflationsrate in der Region wird weiterhin in der *Türkei* (9,0%) und die niedrigste in *Israel* (1,8%) erwartet. Die mittelfristigen Inflationserwartungen stimmen im Durchschnitt der Region mit der aktuell erwarteten Preissteigerung überein.

In **Afrika** liegt die für 2014 erwartete Preissteigerung bei 6,9%. Differenziert nach Ländern ergibt sich nach wie vor ein sehr heterogenes Bild. In *Südafrika*, dem wirtschaftlich bedeutendsten Land der Region, liegt die für 2014 erwartete Inflationsrate mit 6,5% nahe am Durchschnittswert für den Kontinent. Die niedrigsten Inflationsraten 2014 werden weiterhin in folgenden Ländern *Afrikas* erwartet: *Cabo Verde* (1,7%), *Simbabwe* (1,9%), *Elfenbeinküste* (2,2%), Demokratische Republik Kongo (2,5%), *Algerien* (2,8%), *Togo* (2,9%) und *Benin* (3,0%). In *Sierra Leone* stiegen die Preis-erwartungen für 2014 von 8,3% in der vorangegangenen Erhebung auf nun 11,3%; ein Teil dieses Anstiegs dürfte mit den wirtschaftlichen Auswirkungen der Ebola-Krise zusammenhängen. Die höchsten Inflationserwartungen in der Region herrschen 2014 weiterhin im *Sudan* vor (42%). Die auf mittlere Sicht (nächste drei bis fünf Jahre) erwartete Inflationsrate im Durchschnitt des Kontinents unterscheidet sich nur wenig von der für 2014 erwarteten Preissteigerungsrate (6,7% gegenüber 6,9%; vgl. Tab. 3).

Zinssätze werden auf dem derzeit niedrigen Niveau verharren

Im weltweiten Durchschnitt wird ebenso selten wie in der vorangegangenen Umfrage mit steigenden langfristigen Zinsen im Laufe der nächsten sechs Monate gerechnet (vgl. Abb. 4). Auch die kurzfristigen Zinsen werden nach Ansicht der WES-Experten in den kommenden sechs Monaten weitgehend stabil bleiben. Häufiger als im Weltdurchschnitt wird lediglich in den *USA* und zu einem geringeren Grad auch in *Ozeanien* – in *Australien* und *Neuseeland* gleichermaßen – im Laufe der nächsten sechs Monate mit steigenden Lang- und Kurzfristzinsen gerechnet. Während dies in den *USA* und *Ozeanien* als ein Zeichen der konjunkturellen Stärke der jeweiligen Volkswirtschaften interpretiert werden kann, ist der erwartete weitere Zinsanstieg in *Russland* und *Brasilien* eher auf das

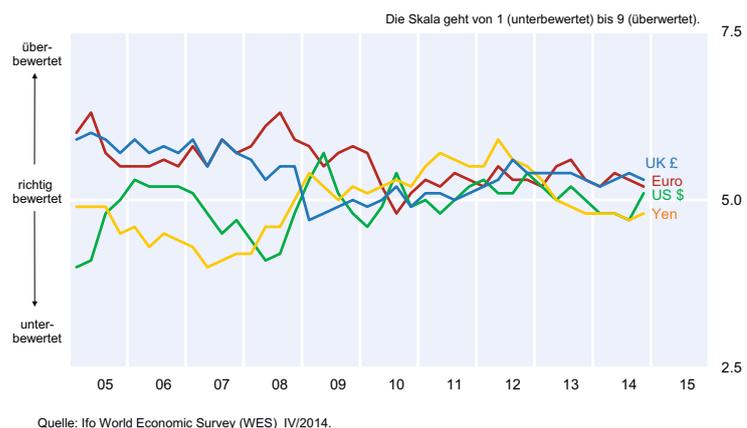
Bemühen der dortigen Zentralbanken zurückzuführen, die Abwertung des Rubel bzw. des Real zu stoppen, bzw. zumindest zu verlangsamen. Im *Euroraum* werden die kurzfristigen Zinsen nach Ansicht der WES-Experten auf ihrem derzeitigen niedrigen Niveaus verharren und die Langfristzinsen werden nur sehr moderat im Laufe der nächsten sechs Monate steigen. In *Asien* dürften die Zinsen – kurzfristige und langfristige Zinsen – in den nächsten Monaten weitgehend unverändert bleiben. Allerdings herrscht hier kein einheitlicher Trend vor: Während in *China*, *Indien* und *Südkorea* mit einem Rückgang der Zinsen im Laufe der nächsten Monate gerechnet wird, dürften nach Ansicht der WES-Experten die Zinsen in *Taiwan*, *Hongkong* und den *Philippinen* eher steigen. In *Mittel- und Osteuropa* dürften sowohl die kurz- wie die langfristigen Zinsen im Laufe der nächsten sechs Monate fallen, insbesondere in *Polen*.

Aufwertung des US-Dollar erwartet

Die vier Leitwährungen (*US-Dollar*, *Euro*, *Yen* und *britisches Pfund*) werden im weltweiten Durchschnitt nahe an ihrem jeweiligen Gleichgewichtskurs gesehen (vgl. Abb. 5). Nach Ländern differenziert, ergeben sich jedoch erhebliche Unterschiede: Als generell überbewertet wird von den WES-Experten der Schweizer Franken eingestuft. Als unterbewertet gelten ihrer Meinung nach jedoch die Währungen in einigen osteuropäischen Ländern (*Bulgarien*, *Tschechien* und *Lettland*), wie auch in einigen *GUS*-Staaten (*Russland* und *Kasachstan*), in *Indien*, in der *Dominikanischen Republik* und in einigen *afrikanischen* Ländern (insbesondere *Demokratische Republik Kongo* sowie *Algerien*).

In den *USA* werden der Euro und das britische Pfund weiterhin als leicht überbewertet eingeschätzt, während der japanische Yen als unterbewertet gilt. In *Kanada* wird der US-Dollar als unterbewertet bezeichnet, während sowohl der Euro als auch das britische Pfund und der Yen gegen-

Abb. 5
Währungsbeurteilung



über dem kanadischen Dollar als überbewertet eingeschätzt wurden.

Die Antworten auf die zusätzliche Frage, wie sich der US-Dollar im Laufe der nächsten sechs Monate entwickeln wird, gleichgültig wie die fundamentalen Trends eingeschätzt werden, signalisieren noch verbreiteter als in der vorangegangenen Umfrage eine weitere Aufwertung des US-Dollar. Die einzigen Ausnahmen von diesem generellen Trend sind *Norwegen, China, Indien, Indonesien* und einige wenige *afrikanische* Länder wie *Marokko* und *Mauretanien*, wo mit einer leichten Abwertung des US-Dollar gegenüber der eigenen Währung im Laufe der nächsten sechs Monate gerechnet wird.

Eine ausführlichere Analyse zu den einzelnen Weltregionen, der Zinsentwicklung, Inflation und Währung findet sich in der englischsprachigen Veröffentlichung »CESifo World Economic Survey«.

Ergebnisse der ifo Sonderumfrage zu Löhnen, Beschäftigung und Finanzierung

Im Juni 2014 führte das ifo Institut eine einmalige Sonderumfrage zu Löhnen, Beschäftigung und Finanzierung durch. Sie erfolgte im Auftrag der Deutschen Bundesbank im Rahmen eines Projektes der Europäischen Zentralbank in der gesamten Eurozone. An der ifo-Umfrage nahmen mehr als 2 400 Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Groß- und Einzelhandel sowie dem Baugewerbe teil.

Abb. 1a

Entwicklung des Geschäftsfeldes 2010–2013
(im Vergleich zum Vorkrisenniveau)

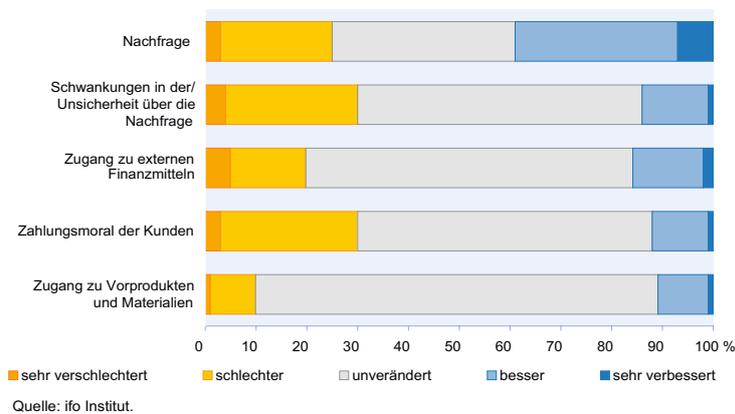


Abb. 1b

Auswirkungen eines veränderten Geschäftsfeldes

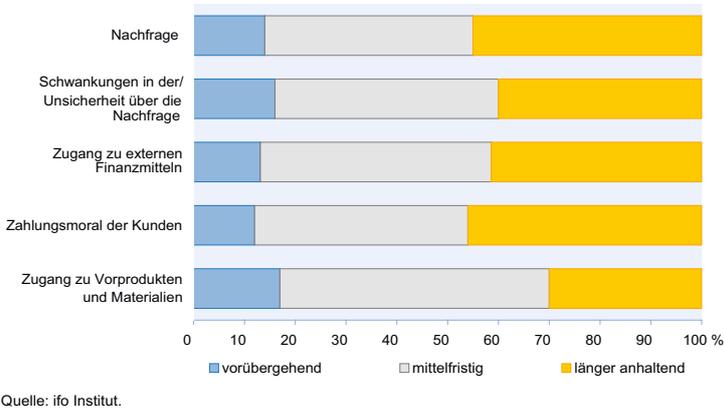
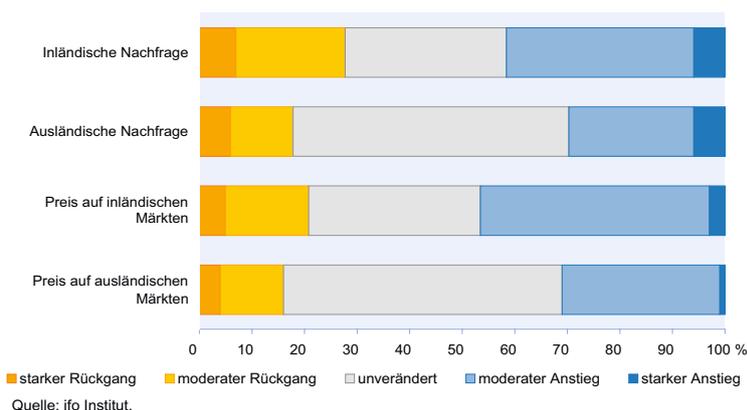


Abb. 1c

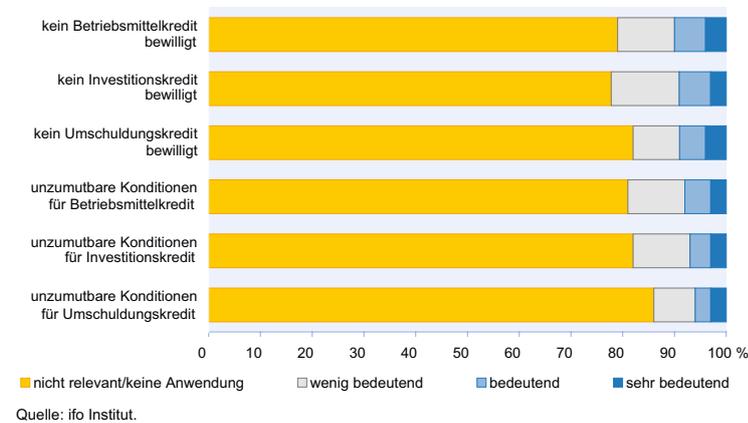
Entwicklung von Preisen und Nachfrage nach dem Hauptprodukt 2010–2013
(im Vergleich zum Vorkrisenniveau)



Die Sonderumfrage hatte zum Ziel, das wirtschaftliche Umfeld – insbesondere die Finanzierungsbedingungen – der deutschen Unternehmen nach der vergangenen Rezession zu erfassen, die Entwicklung der Arbeitskosten und die Bedeutung von Arbeitsmaßnahmen während und nach der Krise zu vergleichen, sowie Informationen zur Art der Lohnsetzung und der Häufigkeit von Lohnänderungen vor, während und nach der Krise zu erhalten.

Der erste Teil der Umfrage befasste sich mit dem wirtschaftlichen Umfeld der Unternehmen während der Jahre 2010 bis 2013. Abbildung 1a fasst zusammen, wie viel Prozent der Firmenangaben, dass sich durchschnittlich in diesem Zeitraum der jeweilige Faktor ihres Geschäftsfeldes im Vergleich zum Vorkrisenniveau sehr verschlechtert, sich schlechter entwickelt, sich nicht verändert, sich besser entwickelt oder sehr verbessert hatte. Insgesamt verbesserte sich die Produktnachfrage – 39% der Unternehmen mit einer (deutlich) besseren Entwicklung stehen hier 25% der Unternehmen mit einer (deutlich) schlechteren Entwicklung gegenüber. Jedoch nahmen die Schwankungen in der Produktnachfrage bzw. die Unsicherheit über die Nachfrageentwicklung bei 30% der Unternehmen zu. Ein ebenso großer Teil der Befragten gab an, dass sich die Bereitschaft der Kunden, die Zahlungsziele und vertraglichen Bestimmungen einzuhalten, (deutlich) verschlechtert hatte. Der Zugang zu externen Finanzmitteln über die üblichen Finanzierungskanäle sowie der Zugang zu Vorprodukten und Materialien hingegen waren insgesamt nahezu unverändert im Vergleich zum Vorkrisenniveau; die Anteile der Unternehmen mit einer (deutlich) besseren und einer (deutlich) schlechteren Entwicklung sind ähnlich groß. Die Auswirkungen einer veränderten Geschäftsentwicklung schätzt die Mehrzahl der Unternehmen als

Abb. 1d
Relevanz von Finanzierungsbeschränkungen 2010–2013



mittel- oder langfristig ein; nur gut 14% gaben im Durchschnitt über alle abgefragten Faktoren des Geschäftsfeldes die Antwort »vorübergehend« an (vgl. Abb. 1b).

Abbildung 1c verdeutlicht, dass die Nachfrage (hier nach dem Hauptprodukt) zwischen 2010 und 2013 vor allem im Inland zunahm (bei über 40% der Unternehmen), während sie im Ausland nur bei 30% der Firmen zulegte und bei über 50% auf dem Vorkrisenniveau blieb. Dementsprechend stieg auch der inländische Preis des Hauptprodukts bei deutlich mehr Unternehmen (knapp 50%) als der ausländische Preis (rund 30%).

Finanzierungsbeschränkungen waren für den Großteil der Unternehmen in den Jahren von 2010 bis 2013 nicht relevant – sei es, weil ihnen Kredite zu zumutbaren Konditionen bewilligt wurden, weil sie keinen Kredit beantragten oder weil sie sich alternativ finanzieren konnten. Nur durchschnittlich 9% der Befragten gaben an, dass es für sie »bedeutend« oder »sehr bedeutend« war, dass ihnen kein Kredit bewilligt wurde, um umzuschulden oder um Betriebsmittel oder neue Investitionen zu finanzieren. Für durchschnittlich 7% der Unternehmen war es bedeutend oder sehr bedeutend, dass ein Kredit zwar zur Verfügung stand, die Konditionen (Zinsen und andere Vertragsbestandteile) aber unzumutbar waren (vgl. Abb. 1d).

Der zweite Teil der Umfrage beschäftigte sich vor allem mit der Veränderung der Arbeitskosten und der Mitarbeiterzahl im Zeit-

raum 2010 bis 2013 im Vergleich zu den Jahren 2008 und 2009. Insgesamt scheinen die Kosten im Vergleich zum Umsatz nach der Krise etwas mehr zulegt zu haben als während der Krise; der Anteil der Firmen, die gestiegene Gesamtkosten berichteten, lag für 2010 bis 2013 um 10 Prozentpunkte höher als für 2008 bis 2009, während der Anteil der Firmen, die für den gleichen Zeitraum gesunkene Kosten angaben, nur 3 Prozentpunkte höher lag. Dabei schlugen vor allem die Arbeitskosten zu Buche, gefolgt von den Kosten für Vorleistungsgüter; der Anteil der Unternehmen, die hier Steigerungen zu verzeichnen hatten, erhöhte sich für die Jahre 2010 bis 2013 um 15 bzw. 10 Prozentpunkte im Vergleich zum Zeitraum von 2008 bis 2009. Der Anteil der Finanzierungskosten, der während der Krise nur moderat zugelegt hatte, ging in den folgenden vier Jahren insgesamt zurück (vgl. Abb. 2a).

Abb. 2a
Veränderung der Kostenkomponenten

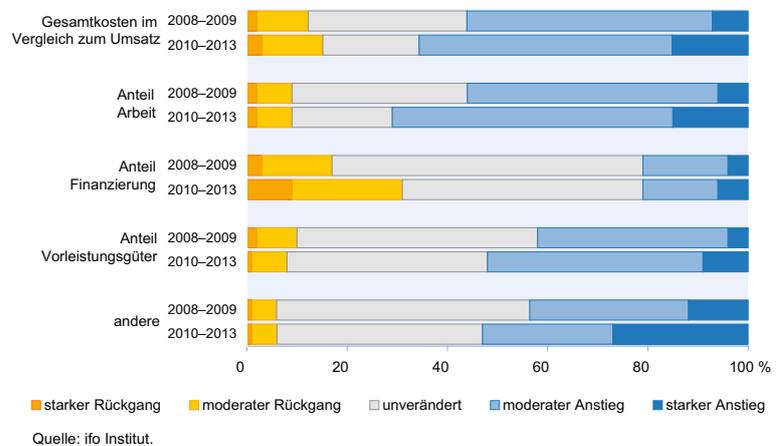


Abb. 2b
Veränderung der Arbeitskostenkomponenten

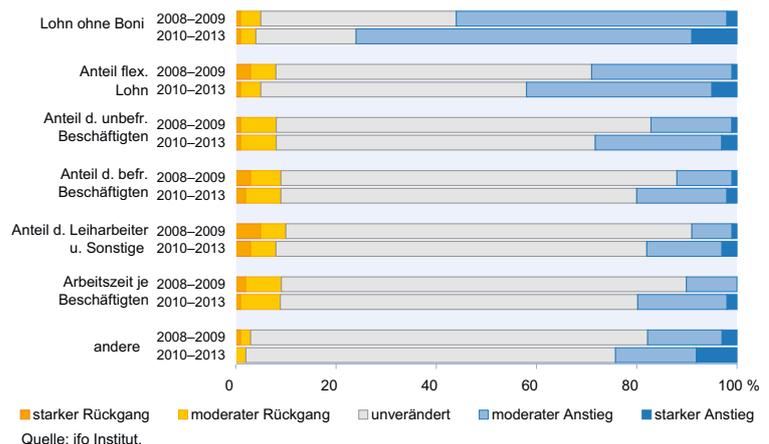


Abb. 2c

Relevanz von Arbeitsmaßnahmen

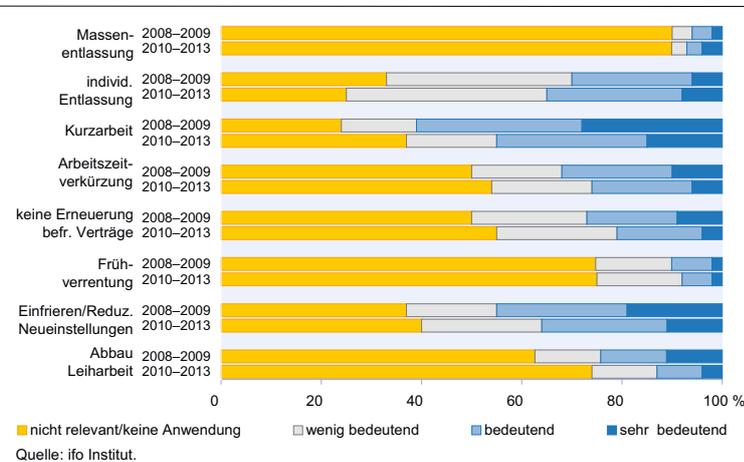


Abb. 2d

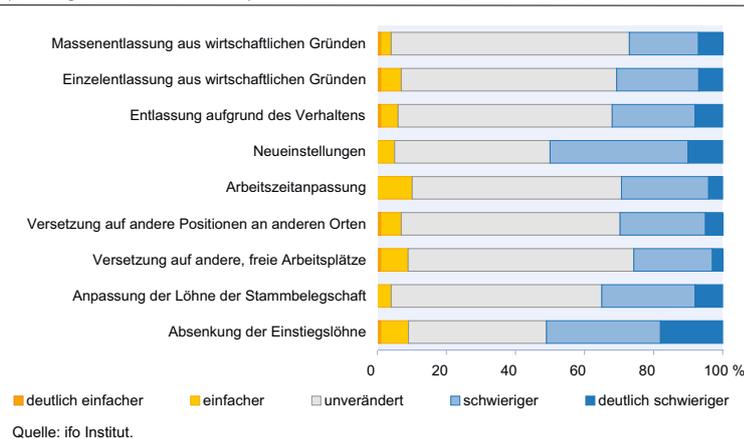
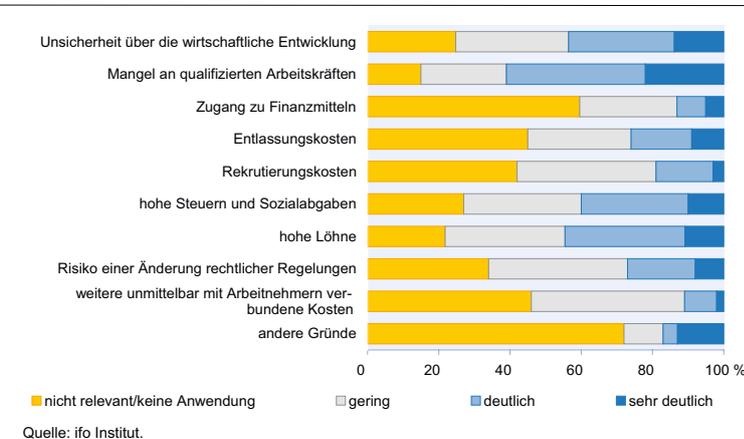
Umsetzung von Arbeitsmaßnahmen heute
(im Vergleich zum Jahr 2010)

Abb. 2e

Faktoren, die die Einstellung neuer Arbeitskräfte mit unbefristeten Arbeitsverträgen verhindern (Ende 2013)



Betrachtet man die Veränderungen der Arbeitskosten im Detail, so zeigt sich, dass vor allem die Lohnkosten in den Jahren nach der Krise eine größere Rolle spielten als während der Krise. Der Anteil der Firmen, die moderate oder starke Zuwächse bei der durchschnittlichen Vergütung (ohne

ne Boni) zu verzeichnen hatten, lag um 20 Prozentpunkte höher als 2008/2009 und bei der flexiblen Lohnkomponente um 13 Prozentpunkte höher. Der Anteil an unbefristet Beschäftigten, der Anteil an Leiharbeitern und Sonstigen (Freiberufliche, mithelfende Familienangehörige etc.) und die Arbeitszeit je Beschäftigten trugen jeweils in etwa gleichem Ausmaß zu der Steigerung der Arbeitskosten bei; hier lag der Anteil der Firmen mit höheren Kosten in den Jahren 2010 bis 2013 um rund 10 Prozentpunkte höher als in den beiden Jahren zuvor (vgl. Abb. 2b).

Arbeitsmaßnahmen wie Entlassungen oder Kurzarbeit mussten während der Krise von 31% der Unternehmen ergriffen werden und zwischen 2010 und 2013 noch von 23% der Unternehmen. Während der Anteil der Firmen, die Arbeitsmaßnahmen durchführten, im Verarbeitenden Gewerbe von 52% auf 29% sank, verharnte der Anteil der Firmen im Baugewerbe auch zwischen 2010 und 2013 bei gut 40%. Dabei war während der Krise vor allem die gesetzliche oder tarifliche Kurzarbeit von Relevanz; sie war für gut 60% der Umfrageteilnehmer, die in diesem Zeitraum Arbeitsmaßnahmen durchführten, bedeutend oder sehr bedeutend. Für 45% dieser Unternehmen war die Einfrierung oder Reduzierung von Neueinstellungen relevant und für 32% die Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnzuschläge (einschließlich dem Abbau von Überstunden). 30% bzw. 27% der Unternehmen nahmen individuelle Entlassungen in bedeutendem Umfang vor oder erneuerten befristete Verträge nicht. Massenentlassungen und Frühverrentungsmaßnahmen hingegen spielten während der Krise kaum eine Rolle. In den Jahren von 2010 bis 2013 war Kurzarbeit noch für 45% der Firmen, die in diesem Zeitraum Arbeitsmaßnahmen durchführten, relevant und für 36% das Einfrieren oder die Reduzierung der Anzahl an Neueinstellungen. Der Anteil der Unternehmen, für die individuelle Entlassungen von Bedeutung waren, stieg auf 35% (vgl. Abb. 2c).

Derzeit schätzen die befragten Unternehmen die Umsetzung von Arbeitsmaßnahmen insgesamt als schwieriger gegenüber dem Jahr 2010 ein. Die Absenkung von Einstiegsgehältern und Neueinstellungen findet sogar die Hälfte aller Teilnehmer heute schwieriger oder deutlich schwieriger (vgl. Abb. 2d).

Tab. 1
Einfrierung oder Kürzung der Löhne (in %)

		Lohn- einfrierung	Lohn- kürzung
2008	Anteil der Unternehmen	8	1
	Durchschnittlicher Anteil der betroffenen Arbeitnehmer	92	74
	Durchschnittliche Lohnkürzung		11
2009	Anteil der Unternehmen	14	2
	Durchschnittlicher Anteil der betroffenen Arbeitnehmer	92	68
	Durchschnittliche Lohnkürzung		7
2010	Anteil der Unternehmen	10	1
	Durchschnittlicher Anteil der betroffenen Arbeitnehmer	90	60
	Durchschnittliche Lohnkürzung		10
2011	Anteil der Unternehmen	6	1
	Durchschnittlicher Anteil der betroffenen Arbeitnehmer	90	60
	Durchschnittliche Lohnkürzung		11
2012	Anteil der Unternehmen	6	1
	Durchschnittlicher Anteil der betroffenen Arbeitnehmer	87	57
	Durchschnittliche Lohnkürzung		11
2013	Anteil der Unternehmen	6	1
	Durchschnittlicher Anteil der betroffenen Arbeitnehmer	89	70
	Durchschnittliche Lohnkürzung		9

Quelle: ifo Sonderbefragung 2014.

nehmen den Lohn einmal pro Jahr an (34%), gefolgt von 27%, die den Lohn alle ein bis zwei Jahre anpassten. Durchschnittlich 13% der Firmen änderten diesen Lohn alle zwei Jahre und 18% seltener. Rund 9% der befragten Unternehmen änderten den Lohn der stärksten Mitarbeitergruppe in diesem Zeitraum nicht.

Die Frage nach der Einfrierung oder Kürzung der Löhne allgemein im Zeitraum von 2008 bis 2013 bejahte 23% der Firmen. Tabelle 1 fasst die detaillierten Antworten für die einzelnen Jahre zusammen. Die Ergebnisse zeigen, dass Lohnkürzungen nur eine sehr untergeordnete Rolle spielten; der Anteil der Unternehmen, die angaben, in einem bestimmten Jahr zwischen 2008 und 2013 die Löhne gekürzt zu haben, variiert zwischen 1% und 2%. Die Einfrierung von Löhnen war besonders relevant im Jahr 2009, als 14% der Unternehmen diese Maßnahme ergriffen. Ab 2011 lag der Anteil der Firmen, die die Löhne einfroren, jedoch nur noch bei 6%.

Ende 2013 waren als Faktoren, die die Einstellung neuer Arbeitskräfte mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag behinderten, vor allem der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften (61% der Firmen), hohe Löhne (45%) und die Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung (44%) relevant (vgl. Abb. 2e).

Der letzte Abschnitt der Umfrage zielte auf die Lohnsetzung der Firmen und die Häufigkeit von Lohnänderungen ab. Im Durchschnitt betrug der Anteil der Arbeitskosten an den Gesamtkosten im Jahr 2013 43% und der Anteil der individuellen oder firmenspezifischen Boni an der betrieblichen Lohn- und Gehaltssumme 5%. In 13% der Firmen galt 2013 ein Firmen-/Haustarifvertrag und in 39% ein Branchentarifvertrag. Bei diesen Firmen betrug der Anteil der tariflich vergüteten Beschäftigten im Durchschnitt 88%. Bei dem Großteil der Unternehmen, in denen ein Tarifvertrag angewandt wird, wird dieser einmal in ein bis zwei Jahren ausgehandelt (40%) und bei je rund 20% einmal pro Jahr, alle zwei Jahre oder seltener/nie. Vor 2010 orientierten sich 35% der befragten Firmen bei Lohnänderungen (ohne Boni) an der Inflation, zwischen 2010 und 2013 waren es 39%. Nur 2% der Firmen gaben an, sich trotz einer Indexierungsregelung nicht an der Inflation orientiert zu haben.

Die Häufigkeit, mit der der Lohn eines Mitarbeiters in der am stärksten besetzten Mitarbeitergruppe geändert wurde, blieb über die Zeit weitgehend konstant. Im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2013 passte der größte Teil der Unter-

Der Arbeitskreis »Steuerschätzungen« hat die Aufkommensprognosen für die Jahre ab 2015 deutlich gesenkt. Während die Schätzungen für das laufende Jahr kaum korrigiert wurden, wird bereits im Jahr 2015 mit Mindereinnahmen von insgesamt 6,4 Mrd. Euro gerechnet. Die reduzierten Erwartungen des Arbeitskreises sind auf die ebenfalls schwächeren Konjunkturaussichten zurückzuführen. Sowohl die Gemeinschaftsdiagnose als auch die Bundesregierung haben die Wachstumsprognosen im Oktober für das laufende und kommende Jahr nach unten revidiert. Trotz der gesunkenen Steuerbasis hält die Bundesregierung am Ziel des ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2015 fest. Ob dieses Ziel erreicht wird, ist jedoch auch vom weiteren konjunkturellen Verlauf abhängig.

Steuerschätzung und Steuerstruktur

Der Arbeitskreis »Steuerschätzungen« hat nach seiner 145. Sitzung die Prog-

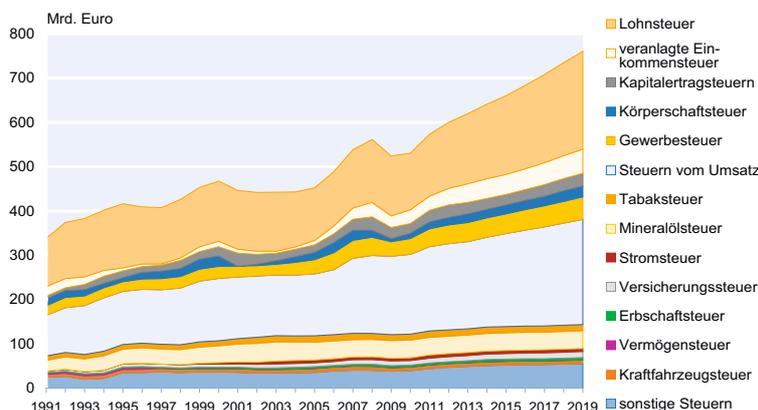
nosen über das erwartete Steueraufkommen deutlich gesenkt. Zwar wurde die Aufkommensprognose für das laufende Jahr gegenüber der Schätzung vom Mai kaum korrigiert; für die kommenden Jahre wird jedoch mit erheblichen Mindereinnahmen gerechnet (vgl. Tab. 1). Bereits für das Jahr 2015 wird das prognostizierte Steueraufkommen um 6,4 Mrd. Euro reduziert. Die gedämpften Aufkommenserwartungen folgen vor allem den seit Sommer rückläufigen Konjunkturindikatoren. Dabei verhält sich die Lohnsteuer aufgrund der weiterhin stabilen Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter verhältnismäßig robust. Die Struktur des erwarteten Steueraufkommens wird in Abbildung 1 dargestellt.¹

Tab. 1
Steueraufkommen, Prognose des Arbeitskreises »Steuerschätzungen« in Mrd. Euro

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Mai 2014	600,0	619,7	639,9	666,6	690,6	712,4	738,5
Nov. 2014	600,0	619,7	640,9	660,2	683,7	707,8	734,6
Schätzungs-korrektur	0,0	0,0	0,9	-6,4	-6,9	-4,6	-3,9

Quelle: BMF (2014a; 2014b).

Abb. 1
Steueraufkommen



Ab 2014: Prognose des Arbeitskreises »Steuerschätzungen«.
Quelle: BMF (2014).

Tab. 2
Bruttoinlandsprodukt und Steueraufkommen
Veränderung gegenüber Vorjahr in % (in jeweiligen Preisen)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Bruttoinlandsprodukt, Prognose der Bundesregierung						
Apr. 2014	2,7	3,5	3,8	3,1	3,1	3,1
Okt. 2014	2,2	3,2	3,2	3,1	3,1	3,1
Differenz	-0,5	-0,3	-0,6	0,0	0,0	0,0
Steueraufkommen, Prognose des Arbeitskreises »Steuerschätzungen«						
Mai 2014	3,3	3,3	4,2	3,6	3,2	3,7
Nov. 2014	3,3	3,4	3,0	3,6	3,5	3,8
Differenz	0,0	0,1	-1,2	0,0	0,3	0,1

Quelle: BMF (2014a; 2014b); BMF und BMWi (2014a; 2014b).

Prognoserevisionen

Seit den Schätzungen im Frühjahr 2014 haben sich die Prognosen für die deutsche Konjunktur deutlich reduziert. Die für den Arbeitskreis »Steuerschätzungen« verwendete und von der Bundesregierung erstellte Herbstprojektion (vgl. BMWi 2014b) erwartet sowohl für das laufende als auch im kommenden Jahr ein geringeres Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts (vgl. Tab. 2). In beiden Jahren rechnet die Bundesregierung mit einem nominalen Wachstum des BIP von 3,2%. Im kommenden Jahr reduziert sich die Wachstumsprognose um 0,6 Prozentpunkte, was entsprechend auf das erwartete Steueraufkommen wirkt. Die Prognose der Bundesregierung ist dabei etwas optimistischer als die Gemeinschaftsdiagnose der

¹ Tabelle 4 zeigt die einzelnen Ergebnisse des Arbeitskreises »Steuerschätzungen«.

Tab. 3
Arbeitnehmerentgelte und Lohnsteueraufkommen
 Veränderung gegenüber Vorjahr in % (in jeweiligen Preisen)

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Arbeitnehmerentgelte, Prognose der Bundesregierung						
Apr. 2014	2,8	3,4	3,7	3,0	3,0	3,0
Oktober 2014	2,8	3,6	3,6	2,9	3,0	3,0
Differenz	0,0	0,2	-0,1	-0,1	0,0	0,0
Lohnsteueraufkommen, Prognose des Arbeitskreises »Steuerschätzungen«						
Mai 2014	6,1	6,0	6,4	5,7	5,5	5,4
Nov. 2014	6,1	6,1	5,8	6,0	5,6	5,4
Differenz	0,0	0,1	-0,6	0,3	0,1	0,0

Quelle: BMF (2014a; 2014b); BMF und BMWI (2014a; 2014b).

Wirtschaftsforschungsinstitute, die im Oktober für die Jahre 2014 und 2015 ein nominales Wachstum in Höhe von jeweils 3,1 bzw. 2,9% prognostiziert hatten (vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2014).

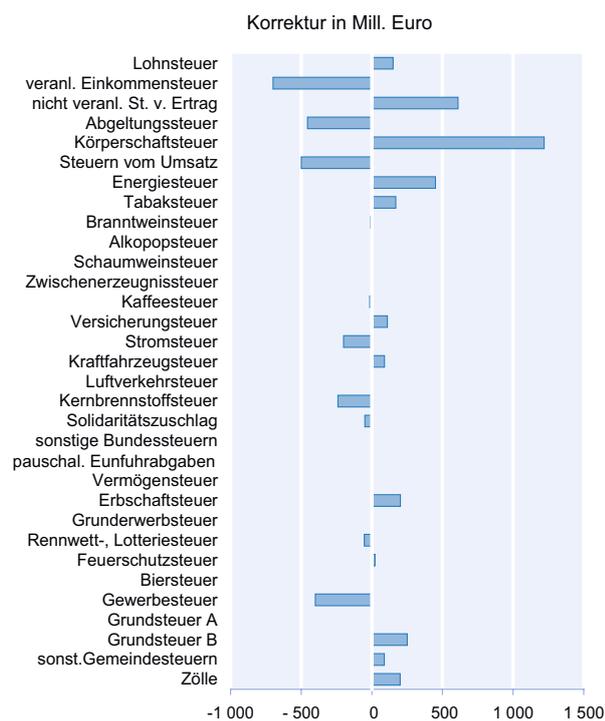
Während sich das konjunkturelle Umfeld nun ungünstiger als erwartet entwickelt, verhält sich das Steueraufkommen am aktuellen Rand hingegen noch verhältnismäßig robust. Wenig Anpassungsbedarf gibt es etwa bei der Aufkommensprognose der großen Steuerarten (Lohnsteuer und Umsatzsteuer) für das laufende Jahr, welche mit + 150 Mill. Euro (Lohnsteuer) bzw. - 500 Mill. Euro (Umsatzsteuer) kaum korrigiert wurden. Vor allem die Lohnsteuer folgt dabei dem

weiterhin sehr robusten Verlauf der Bemessungsgrundlage (Arbeitnehmerentgelte) im laufenden Jahr (vgl. Tab. 3).

Für die Unternehmensteuern ergeben sich Korrekturen in beide Richtungen. So wurde die Aufkommensprognose vom Mai für die Einkommensteuer im Jahr 2014 leicht nach unten angepasst (- 700 Mill. Euro), während die Körperschaftsteuer sogar besser als erwartet ausfällt (+ 1,22 Mrd. Euro). Für die Folgejahre (ab 2015) ergibt sich ein ungünstigeres Bild (vgl. Abb. 3).

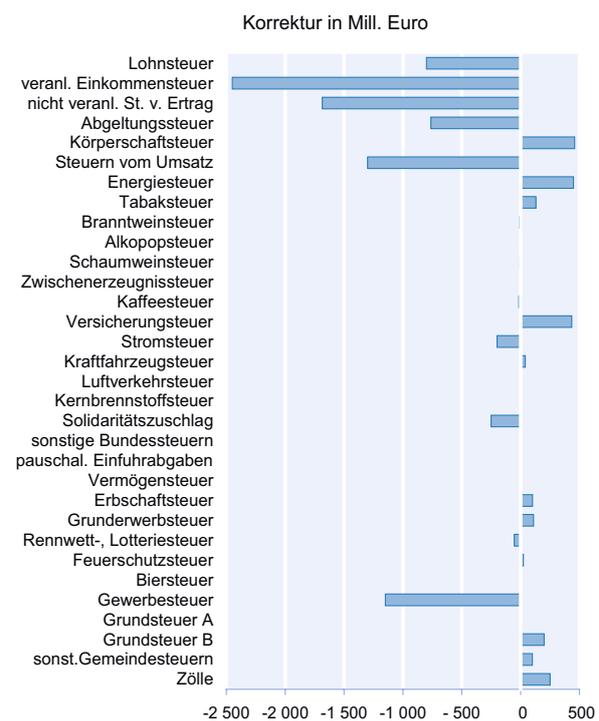
So werden sich nach dem aktuellen Konjunkturbild die Unternehmens- und Vermögenseinkommen schwächer entwickeln, als im Frühjahr geschätzt, was das erwartete Wachstum der Unternehmensteuern dämpft. Allerdings wird sich auch die Lohnsteuer leicht weniger dynamisch entwickeln, als im Frühjahr vermutet (vgl. Tab. 3). Aufgrund des progressiven Steuertarifs ergibt sich jedoch ein überproportionales Wachstum der Lohnsteuer in der mittleren Frist. Aufgrund dieser Progressionseffekte schätzt der Arbeitskreis »Steuerschätzungen« die Elastizität des Gesamtsteueraufkommens auf etwas über 1. Insgesamt beträgt die geschätzte durchschnittliche Gesamtelastizität ca. 1,14 im mittelfristigen Zeitraum, so dass mit einer steigenden Steuerquote gerechnet wird (vgl. Abb. 4).

Abb. 2
Veränderung der Prognosen für das Jahr 2014 im Vergleich zur Schätzung vom Mai 2014



Quelle: BMF (2014a; 2014b).

Abb. 3
Veränderung der Prognosen für das Jahr 2015 im Vergleich zur Schätzung vom Mai 2014



Quelle: BMF (2014a; 2014b).

Tab. 4
Ergebnisse der Steuerschätzung vom November 2014

Steuereinnahmen in Mill. Euro	realisiert				Prognose November 2014			
	2011	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Gemeinsch. Steuern	426 190	442 752	459 323	476 664	497 376	519 745	543 489	566 158
Lohnsteuer	149 064,6	158 198,1	167 850	177 600	188 250	198 850	209 650	221 050
veranl. Einkommensteuer	37 262,4	42 279,5	44 750	45 350	47 300	49 600	51 850	54 200
nicht veranl. St. v. Ertrag	20 059,5	17 259	16 610	15 675	16 095	18 030	18 660	19 395
Abgeltungssteuer	8 234,1	8 664,4	7 943	7 889	8 141	8 445	8 799	9 253
Körperschaftsteuer	16 934,5	19 507,6	19 270	20 200	20 890	21 370	24 080	24 660
Steuern vom Umsatz	194 634,9	196 843,2	202 900	209 950	216 700	223 450	230 450	237 600
Bundessteuern	99 794	100 453	101 968	102 793	103 713	103 463	104 413	105 363
Energiesteuer	39 304,7	39 363,9	39 900	39 800	39 850	39 850	39 900	39 950
Tabaksteuer	14 143,4	13 819,9	14 470	14 060	14 140	14 050	13 960	13 870
Branntweinsteuer	2 121,4	2 102,4	2 050	2 030	2 010	1 990	1 970	1 950
Alkopopsteuer	2	2	2	2	2	2	2	2
Schaumweinsteuer	450	434,3	415	415	415	415	415	415
Zwischenerzeugnissteuer	14,3	14,4	14	14	14	14	14	14
Kaffeesteuer	1 053,5	1 021,1	1 025	1 025	1 025	1 025	1 025	1 025
Versicherungsteuer	11 138	11 552,8	12 060	12 515	12 815	13 115	13 415	13 715
Stromsteuer	6 973,2	7 009,2	6 650	6 900	6 900	6 900	6 900	6 900
Kraftfahrzeugsteuer	8 422,7	8 490,3	8 490	8 440	8 390	8 340	8 290	8 240
Luftverkehrssteuer	948,4	978,4	980	990	1 000	1 010	1 020	1 030
Kernbrennstoffsteuer	1 577	1 285,1	1 060	1 200	1 100	0	0	0
Solidaritätszuschlag	13 623,7	14 378	14 850	15 400	16 050	16 750	17 500	18 250
Sonstige Bundessteuern	0,1	0	0	0	0	0	0	0
Pauschal. Einfuhrabgaben	1,7	1,6	2	2	2	2	2	2
Ländersteuern	14 201	15 722	17 308	17 196	17 315	17 578	17 842	18 105
Vermögensteuer	-1	-1	0	0	0	0	0	0
Erbschaftsteuer	4 304,6	4 633	5 389	5 011	4 913	5 015	5 117	5 219
Grunderwerbsteuer	7 389,1	8 394,2	9 150	9 420	9 640	9 805	9 970	10 135
Rennwett- u. Lotteriesteuer	1 431,7	1 635,3	1 682	1 682	1 682	1 682	1 682	1 682
Feuerschutzsteuer	380,4	391,9	405	407	410	412	415	417
Biersteuer	696,6	668,9	682	676	670	664	658	652
Gemeindesteuern	55 398	56 549	57 771	58 947	60 573	62 249	63 975	65 651
Gewerbesteuer	42 344,5	43 027	43 550	44 550	46 000	47 500	49 050	50 550
Grundsteuer A	375	384,7	390	390	390	390	390	390
Grundsteuer B	11 641,6	11 992,2	12 550	12 715	12 880	13 045	13 210	13 375
Grunderwerbsteuer	0	0	0	0	0	0	0	0
Sonstige Gemeindesteuern	1 037	1 144,9	1 281	1 292	1 303	1 314	1 325	1 336
Zölle	4 462,4	4 231,4	4 500	4 600	4 700	4 800	4 900	5 000
Steuern insgesamt	600 046	619 708	640 870	660 200	683 677	707 835	734 619	760 277

Quelle: Arbeitskreises »Steuerschätzungen«.

Fazit und finanzpolitische Implikationen

Die sich abzeichnende Verschlechterung der Steuereinnahmehasis hatte bereits im Vorfeld der Steuerschätzung Kontroversen über die Möglichkeiten der Bundesregierung ausgelöst, erstmals seit dem Jahr 1969 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt ausweisen zu können. Natürlich erweisen sich dabei die sinkenden Steuereinnahmen im Bundeshaushalt 2015 als Hypothek. Aufgrund der Eigenschaft des Steuersystems als automatischer Stabilisator führt eine sich abschwächende Konjunktur immer auch zu Steuerminderungen und wirkt so direkt auf die Haushaltsplanungen von Bund und Ländern.

Wenn beispielsweise die Elastizität des Steuersystems in etwa 1 beträgt, sinkt bei einem Rückgang des nominalen BIP um 1% auch das Steueraufkommen um 1 Prozentpunkt. Dies trifft in etwa für das Jahr 2015 zu. So berechnet der Arbeitskreis »Steuerschätzungen« Mindereinnahmen von ca. 1 Prozentpunkt im Jahr 2015 (vgl. Tab. 1), nachdem der erwartete Zuwachs des BIP (in den Jahren 2014 und 2015) insgesamt um ca. 1 Prozentpunkt nach unten revidiert worden ist (vgl. Tab. 2). Auch für den Bundeshaushalt hätten sich Mindereinnahmen von etwa 1 Prozentpunkt (ca. 2,7 Mrd. Euro) ergeben, wenn nicht die EU-Abführungen ebenfalls revidiert worden wären.

Hierdurch und durch weitere Korrekturen ist es zu erklären, dass der Bundeshaushalt trotz der konjunkturellen Abküh-

Abb. 4
Steueraufkommen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt



Quelle: BMF (2014); Berechnungen des ifo Instituts.

lung und den gesunkenen Steuereinnahmen wohl ohne Nettokreditaufnahme geplant werden kann. Eine weitere Verschlechterung der konjunkturellen Aussichten würde hingegen auch die Steuereinnahmen reduzieren und damit den Haushalt ins Minus treiben.² Dies ist nicht ganz unwahrscheinlich. So hat das ifo Institut im November seine Konjunkturprognose abermals nach unten korrigiert und erwartet nur noch ein Wachstum von rund 1% (vgl. ifo Institut 2014).

Nach der neuen Schuldenregel, die für den Bund eine strukturelle Neuverschuldung vorsieht, wird für diese konjunkturellen Effekte zwar kontrolliert (die mögliche Nettokreditaufnahme erhöht sich, wenn die Konjunktur um 1% sinkt); das Ziel der Bundesregierung ist jedoch ein tatsächlich ausgeglichener Haushalt (unabhängig von konjunkturellen Effekten). Ob dieses Ziel erreicht wird, dürfte auch vom weiteren konjunkturellen Verlauf abhängig sein.

Literatur

BMF – Bundesministerium der Finanzen (2014a), *Ergebnisse der 144. Sitzung des Arbeitskreises »Steuerschätzungen«*, online verfügbar unter: <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2014/05/2014-05-08-pm-steuerschaetzung.html>.

BMF – Bundesministerium der Finanzen (2014b), *Ergebnisse der 145. Sitzung des Arbeitskreises »Steuerschätzungen«*, online verfügbar unter: <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2014/11/2014-11-06-PM46-steuerschaetzung.html>.

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, und BMF – Bundesministerium der Finanzen (2014a), *Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten – Stand: Frühjahrsprojektion der Bundesregierung vom 15. April 2014*, online verfügbar unter: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/G/gesamtwirtschaftliches-produktionspotenzial-fruehjahrsprojektion-2014,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>.

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, und BMF – Bundesministerium der Finanzen (2014b), *Gesamtwirtschaftliches Produk-*

tionspotenzial und Konjunkturkomponenten – Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 14. Oktober 2014, online verfügbar unter: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/G/gesamtwirtschaftliches-produktionspotenzial-herbstprojektion-2014,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf>.

ifo Institut (2014), »ifo Institut revidiert Konjunkturprognose für Deutschland nach unten«, Pressemitteilung, 5. November.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2014a), *Deutsche Konjunktur im Aufschwung – aber Gegenwind von der Wirtschaftspolitik, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2014*, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, Berlin.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2014b), *Deutsche Wirtschaft stagniert – Jetzt Wachstumskräfte stärken, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2014*, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, Berlin.

² Auf weitere Risiken für den Bundeshaushalt – so etwa im Zusammenhang mit noch ausstehenden Gerichtsentscheidungen zur Kernbrennstoffsteuer – soll an dieser Stelle ebenfalls hingewiesen werden.

ifo Institut

im Internet:

<http://www.cesifo-group.de>

